Nr. 32 ♦ 44. Jahrg.
Ausgabe A Nr. 17

Bezugspreis.
Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 3.– Reichsmark voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Danzig, Saar- und Memelgebiet, Oesterreich, Litauen, Luxemburg 4,50 Reichsmark, für das übrige Ausland 5,50 Reichsmark pro Monat.

Der „Vorwärts" mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Volk und Zeit" sowie den Beilagen „Unterhaltung und Wissen", „Aus der Filmwelt", „Frauenstimme", „Der Kinderfreund", „Jugend-Vorwärts" und „Blick in die Bücherwelt" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin"

Morgenausgabe

Vorwärts
Berliner Volksblatt
Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

10 Pfennig

Anzeigenpreise:
Die einspaltige Nonpareillezeile 80 Pfennig. Reklamezeile 5,– Reichsmark. „Kleine Anzeigen" das fettgedruckte Wort 25 Pfennig (zulässig zwei fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 12 Pfennig. Stellengesuche das erste Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Zeile 60 Pfennig. Familienanzeigen für Abonnenten Zeile 40 Pfennig.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4½ Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 8½ Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292–297.

Donnerstag, den 20. Januar 1927

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3
Postscheckkonto: Berlin 37 536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Hallstr. 65; Diskonto-Gesellschaft, Depositenkasse Lindenstr. 3.

Dunkle Winkel im Reichswehretat.

Gefahren für das Budgetrecht des Reichstags.

Artikel 85 der Reichsverfassung bestimmt u. a.: Alle Einnahmen und Ausgaben des Reiches müssen für jedes Rechnungsjahr veranschlagt und in den Haushaltsplan eingestellt werden. Der Haushaltsplan wird vor Beginn des Rechnungsjahres durch ein Gesetz festgestellt. Die Ausgaben werden in der Regel für ein Jahr bewilligt; sie können in besonderen Fällen auch für eine längere Dauer bewilligt werden. Diese grundlegenden Bestimmungen der Verfassung werden durch die Reichshaushaltsordnung im einzelnen ergänzt. Es dürfen danach im Haushaltsplan bewilligte Beträge nur zu dem im Haushaltsplan bezeichneten Zwecke, soweit und solange dieser fortdauert, und nur innerhalb des Rechnungsjahres verwendet werden. Sofern bewilligte Mittel ausdrücklich als „übertragbar" bezeichnet werden, bleiben die nicht ausgegebenen Beträge für die unter die Zweckbestimmung fallenden Ausgaben über das Rechnungsjahr hinaus zur Verfügung.

„Töpfchen".

Diese Bestimmungen besagen also zunächst, daß die Verwaltung bezüglich der Verwendung der bewilligten Mittel an die im Haushaltsplan angegebene Zweckbestimmung gebunden ist. Die Verwendung von Haushaltsmitteln zu anderen als den bewilligten Zwecken ist unzulässig und die hierfür aufgewendeten Mittel müssen als „außerplanmäßig" ausgegeben angesehen werden. Das besagt: bei der Rechnungslegung muß die Regierung für sie die Genehmigung und Entlastung nachsuchen. Des weiteren schreiben die angezogenen Bestimmungen der Haushaltsordnung vor, daß die bewilligten Beträge nur innerhalb des Rechnungsjahres verwendet werden dürfen, für das der betreffende Haushaltsplan gilt.

Eine Ausnahme besteht nur bei den ausdrücklich als übertragbar bezeichneten Mitteln. Bei diesen treten die nicht verbrauchten Teile den im folgenden Rechnungsjahr für den gleichen Zweck neu bewilligten Beträgen einfach hinzu. Wenn also ein Ministerialdezernent es verstanden hat, die für seine Zwecke und Aufgaben bestimmte Etatsposition hoch zu bemessen, sie mehrere Jahre ungekürzt und als „übertragbar" bewilligt zu erhalten, kommt er bald in die Lage, sich ein sogenanntes „Töpfchen" anzulegen, d. h. über einen Fonds zu verfügen, von dessen Existenz und Höhe das Parlament zunächst, d. h. bis zur dermaleinstigen Kontrolle der Reichshaushaltsrechnung, keine Ahnung hat.

Um feststehende Tatsachen bei dieser Gelegenheit noch einmal zu wiederholen: seit der Stabilisierung der Währung, also seit dem Rechnungsjahr 1924, hat die Reichsregierung dem Reichstag erst einmal, im März 1926, eine Haushaltsrechnung, und zwar die des Jahres 1924 vorgelegt. Die Nachprüfung durch den Rechnungsausschuß war bis Mitte Januar 1927 noch nicht begonnen worden. Aber selbst wenn diese unerhörten Zustände infolge unserer wiederholten Feststellungen sich bessern sollten, wird immer noch zwischen der Anlegung der „Töpfchen" und der Prüfung ihres Inhalts durch den Rechnungsausschuß eine längere Zeit verstreichen.

Nun ist es gewiß richtig, daß auch diese übertragenen aufgesammelten Fonds nur für die Zwecke verwendet werden dürfen, die für die bewilligte Etatsposition im Haushaltsplan angegeben sind. Es könnte also gesagt werden, da das Parlament selber die Verwendung der Gelder durch die im Etat angegebene Zweckbestimmung festgelegt hat, habe die Ansammlung solcher „Töpfchen" vom Standpunkt des Budgetrechtes des Parlaments keine Gefahr. Dieser Auffassung stehen indessen harte Tatsachen entgegen. Man braucht statt vieler nur an vier Vorgänge zu erinnern, nämlich an die Entschädigung der Ruhrindustriellen, an die Bezahlung der Sowjetgranaten, an das Konto des Obersten Buchholz, und an die Herrichtung einer Kaserne in Friedrichsort als Marineschule. Wenn Summen, wie sie hier verausgabt wurden, ohne, ja, wie im Falle der Marineschule, gegen den ausdrücklichen Beschluß des Reichstages ausgegeben werden konnten, so ist

tiefstes Mißtrauen gegen die Verwendung von Fonds geboten,

die jahrelang aufgesammelt und der Kontrolle des Parlaments entzogen werden können. Das Mißtrauen muß genährt werden durch die Beobachtung, daß die für die Etatsberatung maßgebenden Instanzen des Reichsfinanzministeriums jedem Versuch des Haushaltsausschusses, das Budgetrecht des Reichstags wirksamer zu gestalten, entgegentreten und ihn mit dem Hinweis auf die später einmal erfolgende Rechnungslegung abzuwehren suchen.

Ein Drittel des Wehretats „übertragbar".

Das Recht des Parlaments, Mittel von einem Rechnungsjahr zum anderen übertragbar zu machen, verlor in der Inflationszeit, wie so vieles andere, jeden Sinn. Aus diesem Grunde ist auch die Uebertragbarkeit von Mitteln im Haushaltsplan von 1923 nur noch in ganz wenigen Fällen vorgesehen gewesen. Mit dem Jahre 1924 setzte das Verlangen der Verwaltung, Mittel als „übertragbare" bewilligt zu erhalten, wieder ein und steigerte sich ständig wie an einigen Zahlen aus dem Wehretat gezeigt werden kann. Die fortdauernden Ausgaben im Haushalt des Wehrministeriums schließen ab mit 434,4 Millionen. Von diesen waren im Etat von 1926, also in den drei Jahren seit 1924, bereits

135,9 Millionen als „übertragbar"

bewilligt. Im Etatsentwurf von 1927 wird die Uebertragbarkeit von weiteren 6,7 Millionen nachgesucht. Wird diesem Ersuchen stattgegeben, so werden in 1927 142,6 von 434,4 Millionen, also rund 33 Proz. der gesamten fortdauernden Ausgaben übertragbar sein. Bei der Marine liegen die Verhältnisse fast noch schlimmer. Die fortdauernden Ausgaben betragen hier im Etatsentwurf für 1927 136,8 Millionen. Von diesen waren bis einschließlich 1926 ein Drittel übertragbar. In 1927 sollen nach dem Antrag der Marineleitung weitere 19 Millionen übertragbar gemacht werden und damit 52,7 Millionen übertragbar sein. Der Prozentsatz der übertragbaren zu den gesamten fortdauernden Ausgaben beläuft sich im Marineetat danach auf fast 40 Proz. Als Begründung für das Verlangen,

Volkspartei gegen Mitte.

Verhandlungen ohne Ergebnis.

Amtlich wird gemeldet: Nachdem Reichskanzler Dr. Marx noch vorgestern abend die Mitteilung des Abgeordneten Hermann Müller über die Haltung des Vorstandes der sozialdemokratischen Fraktion entgegengenommen hatte, empfing er gestern vormittag zunächst den Fraktionsvorsitzenden der Deutschen Volkspartei, Abgeordneten Dr. Scholz, zu einer erneuten Aussprache. Hieran schloß sich vor dem Zusammentritt der sozialdemokratischen Fraktion in den Mittagsstunden eine kurze Besprechung mit dem Abgeordneten Hermann Müller.

Da sich die Bekanntgabe der verschiedenen Fraktionsbeschlüsse bis in die Abendstunden hinzog, konnten weitere Schritte des Reichskanzlers zur Behebung der Regierungskrise gestern nicht mehr unternommen werden.

*

Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei hielt gestern eine Sitzung ab, über die folgendes Kommuniqué ausgegeben wird:

Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei nahm die Berichte der Abgg. Dr. Scholz und Dr. Curtius über den bisherigen Gang der Regierungsbildung entgegen. Die Fraktion sprach dem Abg. Dr. Curtius den Dank für seine Führung der Verhandlungen aus und erklärte sich einmütig mit der Art dieser aussichtsreich geführten Verhandlungen einverstanden. Die Fraktion stellte fest, daß infolge des Abbruchs dieser Verhandlungen durch die Zentrumsfraktion die Frage nicht endgültig geklärt ist, ob die sachlichen Voraussetzungen für ein Zusammenwirken mit der deutschnationalen Fraktion auf innen- und außenpolitischem Gebiete gegeben sind. Die Fraktion betraute ihren Vorsitzenden mit der Weiterführung der Verhandlungen und wird diese auf der Grundlage ihrer bisherigen Beschlüsse führen.

*

Die Reichstagsfraktion der Wirtschaftlichen Vereinigung kennzeichnete in ihrer gestrigen Fraktionssitzung ihre Stellung etwa dahin:

Die Wirtschaftliche Vereinigung, deren Vertreter bisher noch nicht über ihre Stellungnahme befragt worden sind, hält an ihrem alten Standpunkt fest, daß sie sich keinem Kabinett gegenüber dauernd binden, sondern ihre jeweilige Entscheidung nach den wirtschaftlichen Bedürfnissen der von ihr vertretenen Volkskreise treffen muß. Im Interesse dieser Volkskreise würde sie Bedenken gegen ein Kabinett der Mitte haben, das in sozialpolitischr Beziehung zu weitgehende Bindungen eingeht.

Demokraten gegen Geßler.

Protest der demokratischen Reichstagsfraktion gegen das Auftreten Reinhardts.

Die demokratische Reichstagsfraktion faßte gestern nachmittag folgenden Beschluß:

Die demokratische Reichstagsfraktion, die sich durch ihre berufenen Vertreter stets für die Reichswehr eingesetzt und deren Entpolitisierung als Voraussetzung der Wehrhaftigkeit der Nation gefordert hat, mißbilligt auf das schärfste, daß ein General in die Politik eingreift und dabei verletzende und durch Tatsachen widerlegte Angriffe gegen die Deutsche Demokratische Partei erhebt. Sie ersucht ihren Vorstand, die nötigen Schritte gegen die Wiederholung eines solchen Vorgehens und für die Beseitigung von Mißständen, die ihm zugrunde liegen, zu tun, weil nur dann die Reichswehr die Sache des gesamten Volkes werden kann.

*

Der Beschluß, den die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion gestern nachmittag faßte, ist das Weiteste an Entgegenkommen für das Zentrum, das überhaupt erwartet werden konnte. Er spricht sich zugunsten einer Regierung der Mitte aus. Daß die Sozialdemokratische Fraktion sich ihre endgültige Stellungnahme vorbehält, ist selbstverständlich. Sie kann nicht die Katze im Sack kaufen, sie kann nicht einer Regierung, deren Zusammensetzung und Programm noch ganz im Dunkeln liegen, ihre Unterstützung in bindender Form zusagen.

Die Wünsche der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion für die Zusammensetzung und das Programm der neuen Regierung sind nicht schwer zu erraten. Herr Marx hätte schon gestern eine Ministerliste und ein Programm aufstellen können, die ihm die Unterstützung der Sozialdemokratie gesichert hätten. Er hätte können — wenn nicht die Volkspartei wäre!

Die Volkspartei hat Herrn Scholz beauftragt, weiter über die Rechtsregierung zu verhandeln. Die Volkspartei verhandelt also nach rechts, das Zentrum verhandelt nach links.

Regierungsgemeinschaft der Mitte!

Die Volkspartei will das Zentrum zwingen, nach rechts zu gehen. Die Frage ist, ob sich das Zentrum zwingen lassen wird. Für einen solchen Umfall sprechen bisher keine Anzeichen, obwohl Aeußerungen des Arbeitsministers Brauns bekannt geworden sind, die ihn ankündigen. Sie waren schon vorgestern Gegenstand von Besprechungen im Fraktionsvorstand des Zentrums. Der Beschluß, an der Regierung der Mitte festzuhalten, ist die Antwort auf sie.

Neben dem Ringen zwischen der Volkspartei und dem Zentrum geht der Kampf zwischen den Demokraten und Geßler. Die Frage ist, ob ein Mann, der seine eigene Partei nicht mehr hinter sich hat und dessen Wiederkehr offenbar nur noch eine Minderheit will, wieder zum Minister ernannt werden kann.

Das Zentrum kann sich dem Druck der Volkspartei dadurch entziehen, daß Herr Marx seine Ministerliste und sein Programm aufstellt und beide so einrichtet, daß der Sozialdemokratie die Unterstützung nicht unmöglich gemacht wird. Scheitert dann die Regierungsbildung an der Volkspartei und hält das Zentrum an seinem Widerstand gegen eine Rechtsregierung fest, dann bleibt tatsächlich nur noch eines übrig: nämlich das Volk selbst entscheiden zu lassen, ob es den Deutschnationalen oder den Sozialdemokraten mitbestimmenden Einfluß in der Reichsregierung gewähren will.

Mittel „übertragbar" zu gestalten, findet sich in allen Fällen die kurze Bemerkung eingesetzt: „Die Uebertragbarkeit ist aus wirtschaftlichen Gründen zweckmäßig."

Hinter dem Schleier der „Selbstbewirtschaftung".

Es entziehen sich aber nicht nur die übertragbaren Mittel der fortdauernden Ausgaben zunächst der Kontrolle des Parlaments, sondern insbesondere im Haushalt des Wehrministeriums werden hohe Summen in der Weise angefordert, daß aus ihnen zahlreichen Dienststellen Mittel zur „Selbstbewirtschaftung" überwiesen werden dürfen. Ueber die Verwendung solcher Selbstbewirtschaftungsmittel braucht nicht wie hinsichtlich aller übrigen Ausgaben, Rechnung gelegt zu werden. Bei ihnen hat auch der Rechnungshof nur die Verausgabung an die beteiligte Dienststelle zu prüfen. „Von Zeit zu Zeit" soll er sich dann davon überzeugen, daß die Verwaltung nach den bestehenden Vorschriften geführt und von den zuständigen Stellen geprüft worden ist. Wie hoch im einzelnen und im ganzen diese zur „Selbstbewirtschaftung" überwiesenen Mittel sind, kann aus dem Etat nicht ausgerechnet werden, da sie nicht gesondert angefordert werden, sondern nur die Ermächtigung nachgesucht ist, aus den betreffenden Etatspositionen „den Truppen Beträge zur Selbstbewirtschaftung zu gewähren". Werden diese Selbstbewirtschaftungsmittel auch nicht die Höhe der übertragbaren Mittel erreichen, so vergrößern sie immerhin noch beträchtlich den Prozentsatz der fortdauernden Ausgaben, der sich bei der Feststellung des Etats der Kontrolle des Parlaments entzieht.

Verdunkelung durch „gegenseitige Deckungsfähigkeit" von Etatstiteln.

Auch durch die Möglichkeit, verschiedene Etatstitel zu „gegenseitig deckungsfähigen" zu machen, wird die Durchsichtigkeit des Etats getrübt. Die Haushaltsordnung bestimmt, daß, wenn im Haushaltsplan mehrere Ausgabebewilligungen als gegenseitig deckungsfähig bezeichnet sind, die bei einer Bewilligung ersparten Mittel zur Begleichung von Mehrbedürfnissen bei einer anderen dieser Bewilligungen verwendet werden dürfen. Die Verwaltung wird also durch diese Vorschrift ermächtigt, einen etwaigen Mehrbedarf für Zwecke eines der als gegenseitig deckungsfähig bezeichneten Titel aus den bei den anderen Titeln bewilligten zu bestreiten. Diese Ermächtigung gibt der Verwaltung naturgemäß eine wesentlich erhöhte Verwendungsfreiheit, selbst wenn die in Frage kommenden Ausgabetitel nach ihrer Zweckbestimmung der Erfüllung ähnlicher oder miteinander in Zusammenhang stehender Aufgaben dienen. Besonders im Wehretat sind zahlreiche Titel zu gegenseitig deckungsfähigen gemacht.

Was der Reichstag tun muß.

Will der Reichstag die Zügel der finanziellen Herrschaft, die ihm in der Kriegs- und Nachkriegszeit gegenüber der hohen Bureaukratie mehr und mehr entglitten sind, wieder fest in die Hand bekommen und will er sein Budgetrecht wirklich wahren, so ergeben sich aus den in diesen Spalten wiederholt dargelegten verschlungenen Verhältnissen eine Reihe von Forderungen. Die Reichsregierung müßte gehalten sein, dem Reichstag den Entwurf des Haushaltsplanes für das neue Rechnungsjahr früher als bisher zu übergeben, um eine gründlichere Beratung zu ermöglichen. Desgleichen wären die Haushaltsrechnungen der abgelaufenen Rechnungsjahre schneller als bisher vorzulegen. Die Prüfungen dieser Rechnungen durch den Rechnungsausschuß hätte sofort und auf das genaueste zu erfolgen. Durch Hand-in-Hand-arbeiten von Rechnungs- und Haushaltsausschuß müßte letzterer die Erinnerungen des Rechnungsausschusses zu den einzelnen Etatspositionen unverzüglich erfahren, um sie bei Feststellung der betreffenden Positionen im neuen Etat berücksichtigen zu können. Neue Anforderungen, die nur geschätzt sind und nicht im einzelnen belegt werden können, wären rücksichtslos zu kürzen. Kommt die Regierung dann nicht aus, so hätte sie das nachzuweisen und die noch benötigten Summen im Nachtragsetat, mit dem für die nächste Zeit doch noch zu rechnen sein wird, anzufordern. Die Uebertragbarkeit von Mitteln dürfte nicht auf Grund einer generellen, inhaltsleeren Begründung, sondern nur dann gewährt werden, wenn die Notwendigkeit solcher Maßnahme im einzelnen dargelegt und als gegeben anerkannt worden ist. Das gleiche hätte zu geschehen bei Forderungen der Verwaltung mehrerer Etatstitel zu „gegenseitig deckungsfähigen" zu gestalten, und aus bewilligten Mitteln einer Dienststelle Mittel zur „Selbstbewirtschaftung" zur Verfügung zu stellen. Neue Sammelfonds mit verschiedenartigen Zweckbestimmungen und weit ausgedehnten Verwendungsmöglichkeiten dürfen nicht mehr bewilligt werden. Ist eine solche Bewilligung aus bestimmten Gründen nicht zu umgehen, so hätte das Reichsfinanzministerium dem Haushaltsausschuß vierteljährlich Rechenschaft über die Verwendung zu erstatten. Neue Anleihen sollten nicht bewilligt werden, bevor eine genaue Aufklärung über die Auflegung und Verwendung bereits bewilligter Anleihen gegeben ist.

Zur Durchführung solcher Maßnahmen sollten sich alle Parteien zusammenfinden, die auf dem Boden des parlamentarischen Systems stehen. Sie alle hätten, unbeschadet ihrer sonstigen politischen und wirtschaftlichen Differenzen, das gleiche Interesse, die ausschlaggebende Stellung des Parlaments in allen finanziellen Fragen gegenüber der Bureaukratie zu stabilisieren. Die Dinge liegen indessen so, daß die Bureaukratie in der großen Mehrzahl der Fälle mit ihren Uebergriffen die stillschweigende oder offene Billigung der bürgerlichen Parteien findet. Die Wahrung des Budgetrechts des Reichstags fällt daher in erster Reihe der Sozialdemokratie als Aufgabe zu. Unsere Partei wird bei den jetzigen Etatsberatungen dieser Aufgabe mit verdoppeltem Eifer zu erfüllen bestrebt sein.

Kußmann-Knoll-Bacmeister.

Die Justiz als Helfer deutschnationaler Hetze.

Der sozialdemokratische Abgeordnete Kuttner hat im Landtag folgende Kleine Anfrage eingebracht:

„In dem Prozeß des völkischen Rechtsanwalts Müller aus Plauen wegen Beleidigung des Reichsaußenministers Stresemann hat der deutschnationale Spionageagent Knoll als Zeuge nach Berichten ausgesagt, daß er ein umfangreiches, Stresemann belastendes Aktenmaterial über die Evaporator A.-G. im Februar 1924 von dem Staatsanwaltsassessor Kußmann angeblich nach einem entsprechenden Antrag des Oberstaatsanwalts Tetzlaff und Generalstaatsanwalt Lindow ausgehändigt erhalten habe. Er, Knoll, habe dieses Aktenmaterial dem deutschnationalen Zeitungsverleger Bacmeister als „Treuhänder" zur Aufbewahrung übergeben. Knoll bezeichnet seine damalige Tätigkeit als die eines Hilfsbeamten der Staatsanwaltschaft.

Hier ist ein deutliches Beispiel gegeben, in welcher Weise Akten wirklichen oder angeblich politischen Inhalts durch die Staatsanwaltschaft Berlin I deutschnationalen Zeitungsstellen zu politischen Angriffszwecken in die Hände gespielt wurden.

Sind dem Staatsministerium die von Knoll behaupteten Vorgänge bekannt? Trifft es besonders zu, daß Knoll Hilfsbeamter der Staatsanwaltschaft war, während er gleichzeitig von Bacmeister finanziell ausgehalten wurde? Trifft es ferner zu, daß Herr Kußmann bei der Uebergabe der Akten an Knoll-Bacmeister im Auftrag des Oberstaatsanwalts und des Generalstaatsanwalts gehandelt habe?

Falls ja, wie weit sind den beteiligten staatsanwaltschaftlichen Personen die Beziehungen zu Bacmeister und der deutschnationalen Presse bekannt gewesen? Was gedenkt das Staatsministerium zu tun, um behördliche Aktenverschiebungen für die Zukunft unmöglich zu machen?"

Das Reich und die Wohnungsfrage.

Erklärungen des Arbeitsministers Brauns vor dem Haushaltsausschuß.

Der Haushaltsausschuß des Reichstags setzte am Mittwoch die Beratung des Etats des Reichsarbeitsministeriums fort. Vor dem Platz des Vorsitzenden sind Blumen aufgestellt, weil der Ausschuß heute die 200. Sitzung abhält, die der Abgeordnete Heimann (Soz.) in dieser Legislaturperiode leitet und fast die 500., der er seit 1920 vorsitzt.

Abg. Dr. **Klöckner** (Z.) spricht aus diesem Anlaß namens des Ausschusses dem Vorsitzenden den Dank für die vornehme, liebenswürdige Art der Geschäftsführung und den restlosen Eifer aus, mit dem Abg. Heimann die Arbeit des Ausschusses zu fördern stets bestrebt gewesen sei. Er verbinde damit die zuversichtliche Hoffnung, daß der friedliche Geist, der trotz aller Gegensätze stets die Verhandlungen des Ausschusses ausgezeichnet habe, auch im neuen Tagungsabschnitt erhalten bleibe.

Vorsitzender Abg. **Heimann** (Soz.) dankt in schlichten Worten für diese ihm unerwartet kommende Ehrung.

In der fortgeführten Beratung des Etats des Reichsarbeitsministeriums wurde nach längerer Debatte der Abschnitt: Wohnungs- und Siedlungswesen unverändert nach den Vorschlägen der Regierung angenommen. Angenommen wurde auch eine zu diesem Abschnitt eingebrachte kommunistische Resolution, in der die Regierung ersucht wird, mit größter Beschleunigung einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den ein dauernder sozialer und wirtschaftlicher Schutz der werktätigen landwirtschaftlichen Pächter sichergestellt wird.

Auf verschiedene an ihn gestellte Anfragen wegen Maßnahmen auf dem Gebiete des Wohnungswesens erwidert Reichsarbeitsminister Dr. Brauns, daß die Wohnungsgesetzgebung in großem Umfang Ländersache geworden sei, weil die Verhältnisse in den verschiedenen Ländern sehr verschieden liegen. **Preußen wolle seine Verordnung zunächst am 1. April in Kraft treten lassen und sehen, wie sie wirke, um dann eventuelle Abänderungsmaßnahmen zu erwägen.** Ebenso könne auch das Reichsarbeitsministerium seine Genehmigung zu der Verordnung, wenn sie sich nicht bewähre, ganz oder zum Teil widerrufen. Das Reichsmietengesetz werde nicht ohne weiteres aufgehoben werden. Später werde einmal die Zwangswirtschaft aufhören müssen, sowohl aus wirtschaftlichen wie aus politischen Gründen, und dann werde man nicht umhin können, auch die Mieten der Geldentwertung allmählich anzupassen; aber keineswegs ohne schonenden Uebergang. Die Pachtschutzordnung sei seiner Meinung nach zunächst zu verlängern. Zu einer endgültigen gesetzlichen Regelung sei heute die Zeit noch nicht gekommen.

Beim Kapitel: Sonstige soziale Maßnahmen wird die bisher gewährte Ermächtigung gestrichen, die bewilligten Mittel als gegenseitig übertragbar anzusehen. In der Debatte bringt Abg. **Schneider** (Dem.) zur Sprache, daß die bisherigen Richtlinien für die Entschädigung der durch die Ruhrbesetzung geschädigten Arbeiter und Angestellten zu eng gefaßt seien. Deshalb konnten berechtigte Anforderungen nicht erfüllt werden. Es müßten entsprechende Beträge bereit gestellt werden, damit den Geschädigten endlich wirksame Hilfe zuteil werde.

Völkische Provokateure.

Handgemenge im Nürnberger Stadtrat.

Im Nürnberger Stadtrat wurde am Mittwoch der nationalsozialistische Antrag auf Einführung einer Lichtreklamesteuer besprochen. Der nationalsozialistische Abgeordnete Holz, der den Antrag begründete, warf den Sozialdemokraten vor, daß sie die Arbeiterschaft betrögen und verrieten. Obwohl Holz vom Oberbürgermeister Luppe zur Ordnung gerufen wurde, fuhr er in der Beschimpfung der Sozialdemokratie fort. Es kam infolgedessen zu einem Handgemenge, so daß die Sitzung geschlossen werden mußte.

Phantasien der Grippe.

Von Lola Landau.

Alle die ungeheuren Fratzen der Kindheit, sie leben noch und warten auf uns mit ihren Schrecken. Ist da ein Ding, das sauber und ordnungsgemäß auf die Tabelle unserer Bildung aufgetragen ist und von dem wir ein beruhigtes Wissen haben; aber eines Tages kommt es dicht auf uns zu, stößt mit dem Kopf gegen unser Leben, beunruhigt uns, und sogleich rollt es sich auf mit seinem bösen Mienenspiel, seinen drohenden Fazettenaugen, greift nach uns mit seinen tausend Saugfüßen, ein abscheuliches Tier, das aus allen Schreckenbildern unseres Zoologiebuches zusammengesetzt zu sein scheint. So hat mich die Grippe überfallen; durch einen kleinen Riß meines Jaketts schlüpfte sie zwischen meine Schultern, lief meinen Rücken hinunter und bohrte sich dann unter meine Haut. Bis gestern war sie noch für mich eine Kolonie von Bakterien, die unsichtbar in der Welt herumschwammen. Heute haben diese Bakterien, die ihre Wohnung in meinen Blutzellen eingerichtet haben, ein ganz eigentümliches Aussehen angenommen. Ich kann nicht hindern, sie mir unter dem Vergrößerungsglas vorzustellen und glaube bestimmt, ein bösartiges, außerordentlich bewegliches Wesen mit langen Spinnenbeinen zu erblicken, dessen Augen und Mund nur ein Schlitz ist, der sich mit einer gräßlichen Gier unaufhörlich öffnet und schließt. „Ist dies schon eine Fieberphantasie?" So kämpft mein Bewußtsein gegen die Krankheit an. „Nein, ich werde mich nicht von dieser Bakterie zermalmen lassen, schließlich bin ich mächtiger als eine Kolonie von ihnen und werde sie in mir zertrümmern." Heroisch nehme ich den Kampf auf, springe mit lebhaftem Schwung auf die elektrische Bahn und laufe mit beschleunigten Schritten die Straße hinunter, als würde ich von jemand verfolgt, bis ich spüre, daß dieses kleine unheimliche Tier rasend in meinem Körper umherrennt. Es hat ein so sausendes Tempo, daß es wahrscheinlich meinen Blutkreislauf wie eine Rennbahn mit abschüssigen Kurven herunterfegt. Eine so wilde Hitze bringt es in meinem Blute hervor, daß es mich selber zwingt, still zu stehen, mitten in der Minute alle Arbeit hinzuwerfen, die Zeit abzustellen und mich niederzulegen, Bettpfosten zu Füßen und Häupten, wie vier steife Wachtposten, die mich gefangen halten.

So, nun steht die Welt wirklich still. Es ist gleichgültig, ob es Mittwoch oder Donnerstag ist, ob die Arbeit getan ist oder nicht, das Buch unaufgeschnitten, die Sätze ungeschrieben, diese Bluse unfertig und ärmellos wie ein Krüppel im Schranke hängt. Auch die politische Rede des heutigen Tages ist vollkommen belanglos, und es erschüttert die Welt nicht mehr, welche Regierungsform die Länder des Balkans annehmen werden. Jedenfalls hält für mich das Leben so still, als wäre alles versteinert; hinter meiner Fensterscheibe steht unbewegt und unverändert immer dasselbe Stück Himmel, und die grauen Fensterscheiben des gegenüberliegenden Hauses, hinter denen zwar irgend etwas vorzugehen scheint, Gardinen sich bauschen und Menschenschatten sich aufblähen und zusammenziehen, aber wo doch im Grunde alles gleich bleibt und nichts geschieht. Gar nichts geschieht mehr in der Welt, und in dieser seltsamen Erlösung, wunschlos und ohne Neugier des Lebens, sinke ich in den buddhistischen Himmel der Krankheit hinüber.

Wenn nur die Grippe, das kleine Tier, sich auch so weise und ruhig in meinem Körper verhalten würde; aber es ist durchaus nicht zur Ruhe gekommen, und wenn es auch nicht mehr mit der Geschwindigkeit des Rennfahrers meinen Blutkreislauf abfährt, so ist es doch in einer fieten Wanderung begriffen. Bald hüpft es in meinem Halse, bald kratzt es in meinen Nasenlöchern, bald zuckt es in den Gliedern, daß die Schmerzen wie Marionetten darin tanzen, und bald tummelt es sich in meinem Kopfe, der sich wie ein kleines Karussell zu drehen beginnt mit wirren Bildern nach der hackenden Melodie einer Operettenmusik, die immer zwei Takte vor dem Ende abbricht, was mich zu besonderer Verzweiflung treibt. So scheint, während draußen die Welt unverändert verharrt, die einzige Unruhe und gewaltige Begebenheit des Tages sich zwischen meinen vier Bettpfosten abzuspielen. Allmählich berauscht mich der süße Größenwahn der Krankheit, ich weiß, draußen die stillgestellte Welt wartet auf meine Ideen, vor denen ich selber erstaune. Nachts bröckeln allerdings diese Ideen wieder ab und werden so winzig wie die kleinen Krümel, die mich auf meinem Laken, stechende Sandkörner der Wüste, peinigen.

Denn jede Nacht rächt sich für meinen eitlen Tag. Ohne Ende ist die Nacht, lichtlos, ohne Sternfunkeln eines Gedanken. Jahre durchlebe ich in dieser einen Nacht, öde alternde Jahre mit dem trockenen Geschmack der Langenweile im Munde, am nächsten Morgen teuche ich daraus auf wie aus einem verschleuderten Leben. Da ist es ein Trost, daß ich in meinen Ohren wieder das summende Geräusch der Grippe vernehme, sie surrt jetzt wie eine Grille an Sommerabenden. Ich schließe die Augen und ein Sommerabend steht an meinem Bett. O, ich bin wieder Herr über Zeit und Raum, ich schlage die Jahreszeiten wie einen Fächer auf und zu; liebe Grippe, ich lobe dich, du bist kurzweilig und gibst mir eine Fülle von Einfällen, — bis wieder die Nacht hereinbricht und mein Kopf sich in ein schwarzes, verkohltes Holzstück verwandelt.

Nach sechs Tagen erwache ich aus dem schweren Rausch der Krankheit. Ich sehe sofort, daß die Bezüge der Stühle vor meinem Bette fleckig sind und überzogen werden müssen. Ich bemerke den eingerosteten Federhalter auf dem Tisch, das unaufgeschnittene Buch, überall sind Nähte und Sprünge in den Dingen und Gesichtern, die mich begrüßen. Welche schwere Arbeit wird es sein, das Stückwerk der Kleidung wieder anzulegen, Stück für Stück und das Flickwerk des täglichen Lebens wieder zu beginnen. Die Erde schaukelt noch unter mir, stößt mich hin und her, sehne ich mich wirklich nach meinem Bett, sehne ich mich nach der Krankheit zurück? Diese Grippe, dieses winzige Fabeltier, hat mich in einem Jergarten voll Schrecken und Wunder herumgeführt. Aber sie gab mir etwas Köstliches: eine Pause, ein Stillsein und Stillliegen, Träume eines Lebens ohne Nähte und Risse. Welche Kräfte sprängen wohl aus uns hervor, wenn wir in unseren gesunden Tagen solche Pausen über uns hinwehen ließen. Könnten wir die Welt öfter stillstehen lassen hinter unseren Fenstern, könnten wir uns hin und wieder dem großen Nichtstun hingeben, wie es uns sonst nur die Krankheit erlaubt, — wir würden gesünder sein.

Friedrich Moest liest im Saal der Reicherschen Hochschule für Dramatische Kunst, Fasanenstr. 38., am 26., abends 8 Uhr, aus: „Gesammelte Schriften" von Alfred Kerr, u. a. „Gruß an Tiere".

Die Pläne des Reichskunstwarts.

Reichskunstwart Dr. Redslob erklärte in einer Unterredung mit einem Vertreter des „Demokratischen Zeitungsdienstes" über seine Arbeiten im Jahre 1927 u. a.:

„Es wird sich im Jahre 1927 vor allem um den weiteren Ausbau der künstlerischen Formgebung des Reiches handeln. Ueber dieses Gebiet wird eine Ausstellung unterrichten, die bereits in Berlin in der Wandelhalle des Reichstages in begrenzter Form gezeigt wurde, und die nun — in Nürnberg beginnend — in verschiedenen Städten Deutschlands gezeigt werden soll. Als Folge der Ausstellung im Reichstage konnten schon zum Teil wieder eine Reihe von Einzelaufgaben behandelt werden, insbesondere auch auf heraldischem Gebiet."

Nach weiteren Aufgaben seines Amtes befragt, die von allgemeinem Interesse sind, äußerte sich Dr. Redslob über den von ihm vertretenen Plan einer Ausstellung für deutsche Volkskunst:

„Ich bin der Meinung, daß wir nach der Unterbrechung der letzten Jahre alles tun müssen, um die Werte zu pflegen und dem Bewußtsein des deutschen Volkes wieder nahezubringen, die man als bleibend und jenseits der Zeitkämpfe stehend erkennt. Deswegen habe ich während der letzten Jahre immer wieder auf die Pflege des dem deutschen Volke eigentümlichen künstlerischen und handwerklichen Könnens hingewiesen und deswegen halte ich auch eine großzügige Darstellung der deutschen Volkskunst für unbedingt notwendig. Diese Darstellung muß unter dem Gesichtspunkt erfolgen, daß sie der Pflege des im Volkstum wurzelnden Könnens dient. Zugleich wird eine solche Ausstellung das gesamte Deutschtum festigen und daher für das Grenz- und Auslandsdeutschtum von Bedeutung sein. Die Ausstellung wird von der Arbeitsgemeinschaft für deutsche Handwerkskultur, deren Vorsitz ich führe, gemeinsam mit der Jahresschau für deutsche Arbeit in Dresden unternommen werden. Bereits für das nächste Jahr sind intensive Vorarbeiten zu erwarten, die sich insbesondere auch auf Sonderausstellungen für einzelne Gebiete beziehen werden."

Eine neue Methode, Frauen unfruchtbar zu machen. Nach einer Mitteilung der „Münchener Medizinischen Wochenschrift" ist dem Professor der Physiologie an der Universität Innsbruck, Dr. Haberlandt, die Herstellung von Tabletten gelungen, durch deren Verabreichung Frauen zeitweise unfruchtbar gemacht werden können. Haberlandt hat seine Experimente bisher nur an weißen Mäusen vorgenommen, doch soll es keinem Zweifel unterliegen, daß sein Mittel die gleiche Wirkung auch auf Menschen ausüben würde.

Museumsführungen. Am 23., 10 bis 11½ Uhr vorm., finden amtliche Führungen im Neuen Museum (Aegyptens größte Machtentfaltung), Dr. Zippert; im Kaiser-Friedrich-Museum (G. Multscher und K. Witz), Dr. Bange und im Museum Prinz-Albrecht-Straße 7 (Slawische Kultur in Ostdeutschland), Dir. Unverzagt, statt. Zulaßkarten zu 50 Pf. sind vor Beginn am Eingang der genannten Museen erhältlich.

Festvorstellung im Capitol. Am 24. findet um 10 Uhr abends im Capitol eine Festvorstellung der Genossenschaft Deutscher Bühnenangehöriger zugunsten ihrer Wohlfahrtskassen statt. Preise der Plätze 2—10 M.

Die Durchführung des Grundschulgesetzes.

Eine Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts.

Aus Hamburg wird uns geschrieben:

Die Frage, ob das Reichsgrundschulgesetz verfassungswidrig ist, wurde allen Ernstes zum Gegenstand eines langen Prozesses gemacht, der in diesen Tagen vor dem Hamburger Oberverwaltungsgericht in der zweiten Instanz entschieden wurde. Anlaß dazu gab das vor etwa Jahresfrist von der Hamburger Bürgerschaft beschlossene Gesetz über den Abbau der privaten Vorschulen und Vorschulklassen, das sich in seinem einleitenden Satz auf das im April 1920 von der Nationalversammlung angenommene Grundschulgesetz stützt. Angestoßen durch eine in Hamburg erschienene Broschüre erhob die Privatschuldirektorin Schmalfeldt bei dem Hamburgischen Verwaltungsgericht Klage gegen die Oberschulbehörde. Sie beantragte festzustellen, daß sie nicht verpflichtet sei, den Anordnungen der Oberschulbehörde Folge zu leisten und mit dem Abbau ihrer Vorschulklassen am 1. April 1927 zu beginnen, weil das Reichsgrundschulgesetz verfassungswidrig und infolgedessen auch das Hamburger Gesetz rechtsungültig wäre. Begründet wurde diese Auffassung damit, daß im Artikel 147 der Reichsverfassung bestimmt ist, „Private Vorschulen sind abzubauen", im Grundschulgesetz dagegen „Private Vorschulen und Vorschulklassen sind abzubauen". Die Bestimmung „und Vorschulklassen" gehe über die Verfassungsbestimmung hinaus, denn Vorschulklassen seien als organische Teile eines abgeschlossenen Schulbetriebes etwas ganz anderes als Vorschulen, die einen ständigen Schultyp, nämlich nur die der Unterstufe, bezeichnen.

Diese Klage, hinter die sich die ganze Hamburger Schulreaktion stellte und die auch für außerhamburgische Verhältnisse von Bedeutung ist, wurde vom Verwaltungsgericht abgewiesen mit der Begründung, daß die Verfassung auch die Vorschulklassen unter dem allgemeinen Begriff „Vorschulen" verstanden wissen will, was sich auch aus dem Satz im Artikel 146 der Reichsverfassung: „Auf einer für alle gemeinsamen Grundschule baut sich das mittlere und höhere Schulwesen auf" ergibt.

Mit dieser Entscheidung gab sich die Klägerin nicht zufrieden. Sie klagte bei dem Oberverwaltungsgericht mit der Begründung, daß sich der im Artikel 146 der Verfassung befindliche Satz nur auf die öffentlichen Schulen beziehe, was sich schon daraus ergebe, daß der ganze Artikel nur von dem öffentlichen Schulwesen handle. Vollkommen getrennt von ihm und ganz selbständig aber stehe der Artikel 147, der dem privaten Schulwesen gewidmet sei. Daß die Vorschulklassen nicht ohne weiteres unter den Begriff Vorschulen fallen, ergebe sich schließlich auch aus der Fassung des Grundschulgesetzes, das ausdrücklich von „Vorschulen und Vorschulklassen" spreche, nicht aber von „Vorschulen (Vorschulklassen)", wie es der Fall gewesen wäre, wenn die letzteren wirklich glattweg auch als Vorschulen zu gelten hätten. Das Oberverwaltungsgericht hatte für diese juristische Tüftelei aber nichts übrig. Es schloß sich der Forderung des Vertreters der Oberschulbehörde an, die Klage abzuweisen, weil der Wille des Verfassunggebers ganz außer Zweifel stehe, daß mit der Verfassungsbestimmung das Prinzip der Vorschulen getroffen werden sollte, und darunter fielen eben auch die Vorschulklassen.

Zum Braunschweiger Kirchenkonflikt.

Aus dem „Spar"programm der Stahlhelmregierung

Aus Braunschweig wird uns geschrieben: Da das Land Braunschweig seit Ende 1924 unter der schwarzweißroten Herrschaft immer tiefer verschuldet, während die Linksregierung die Regierungsgeschäfte mit Ueberschüssen abschloß, hat man sich vor einiger Zeit Sparkommissare nach Braunschweig kommen lassen. Die Herren haben nun ein Sparprogramm veröffentlicht, nach dem ein umfangreicher Abbau der verschiedenen Verwaltungsstellen vorgenommen werden soll. U. a. sollen zwei Kreisdirektoren und die Landesschulämter verschwinden. Das Sparprogramm erweckt allgemein den Anschein, als ob alles das beseitigt werden soll, was die republikanischen Regierungen nach 1918 aufgebaut haben. Dabei sind durchgreifende Ersparnisse nicht einmal zu erwarten, weil es sich vielfach nur um eine Uebertragung der notwendigen Funktionen an andere Aemter handelt. Da, wo man wirklich sparen könnte, hat die Sparkommission nicht hingesehen, nämlich in das Etatkapitel „Kirche".

Im Jahre 1923 erhielt die evangelisch-lutherische Kirche aus den Steuermitteln des kleinen Landes Braunschweig 455 320 M., im Jahre 1926 schon 663 490 M. und im Haushaltsplan für 1927 sind schon wieder 200 000 M. für die Kirche vorgesehen. In drei Jahren schanzte man also der evangelisch-lutherischen Kirche allein 1,3 Millionen Mark zu. Mit den Kirchenbauten sind ungefähr 1,5 Millionen Mark in diesem Zeitraum für die Kirche aufgewendet worden. Das sind auf den Kopf der Bevölkerung 3 M. nur für Kirchenzwecke, außer den recht hohen Kirchensteuern.

Ein bemerkenswerter Freispruch.

Reichsbannerleute vor Gericht wegen Stahlhelmprovokation.

Bielefeld, 19. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Vor dem Schöffengericht in Paderborn fand am Montag und Dienstag ein Prozeß gegen 15 Reichsbannerleute statt, die des Aufruhrs sowie des Landfriedensbruches angeklagt waren. Etwa 50 Zeugen wurden dazu aufgeboten. Der Anklage lag ein Zusammenstoß zugrunde, der sich in der Ortschaft Lüchtringen, Kreis Höxter, am 27. September 1925 mit mehreren Stahlhelmgruppen zutrug. Im Verlauf der Verhandlungen ergab sich, daß von Mitgliedern des Stahlhelms gegen die Bevölkerung fortgesetzt in provokatorischer Art vorgegangen wurde. Eine Gruppe der Stahlhelmer zu Pferde ist zum Beispiel in eine Menschenansammlung, darunter besonders Frauen und Kinder, rücksichtslos hineingeritten. Als Waffen hatten die Stahlhelmer Holzlanzen.

Der Prozeß endete dann auch — ein in der Justiz seltener Fall! — mit dem Freispruch der sämtlichen 15 Angeklagten. Die Beweisaufnahme ergab in keinem Falle eine Bestätigung der Anklage. Vielmehr zeigte auch der Paderborner Reichsbannerprozeß wieder, daß die wirklich schuldigen Personen an den Zwischenfällen in Lüchtringen nicht auf der Anklagebank saßen. Man hatte wieder einmal die Rollen vertauscht und statt der Angreifer die angegriffenen Reichsbannerleute mit der Strafverfolgung bedacht.

Pässe für Staatenlose. Der Sachverständigenausschuß des Völkerbundes zur Prüfung der Frage der Ausstellung von Ausweispapieren an Personen ohne Staatszugehörigkeit hat in Genf seine Arbeiten beendet. Er hat einen Plan zur Schaffung eines entsprechenden Passes und verschiedene Empfehlungen ausgearbeitet. Die Verkehrs- und Transitkommission wird sich auf ihrer nächsten Tagung mit diesem Problem beschäftigen.

Agrarfragen im Landtag.

Mißwirtschaft der Landwirtschaftskammern. — Schutzzollforderungen.

In der Mittwochsitzung des Landtags gab der Abg. Pieck (Komm.) außerhalb der Tagesordnung eine Erklärung ab, in der er gegenüber dem Abg. Kutiner bestreitet, daß Sowjetrußland Granaten an die deutsche Reichswehr geliefert habe. — Dann erklärte

Abg. **Peters-Hochdonn** (Soz.)

zur Regierungsdenkschrift betreffend die Ausgaben der Landwirtschaftskammern: Die uns vorgelegte Denkschrift gibt nur unvollständige Auskunft; die Beihilfen der Kreise und Provinzen für die Landwirtschaftskammern sind darin nicht enthalten. Immerhin sind auch so **die Ausgaben der Landwirtschaftskammern von 2,7 Millionen im Jahre 1913 auf 11,5 Millionen im Jahre 1925 gestiegen.** Soweit diese Ausgaben für Zwecke der Landeskultur erfolgen, nehmen wir daran keinen Anstoß. Am stärksten sind die Verwaltungsausgaben der Landwirtschaftskammern gestiegen, z. B. in der Provinz Brandenburg von 355 000 M. im Jahre vor dem Kriege auf jetzt 2 Millionen, in Pommern von 175 000 auf 770 000 usw. Bei dieser Verwaltungswirtschaft der deutschnationalen Landwirtschaftskammern führen die Herrschaften noch Klage über angebliche Finanzmißwirtschaft in den Gemeinden, den Städten und der Republik.

Die Präsidenten der Landwirtschaftskammern haben sich teilweise auch persönlich hohe Zuwendungen verschafft.

So erhält der Vorsitzende der Rheinischen Landwirtschaftskammer Freiherr von Lüninck 10 000 M. Aufwandsentschädigung, 8000 M. außerordentliche Aufwandsentschädigung aus der Saatkartoffelstelle, über 10 000 M. Wohnungszuschuß und mit Tagegeldern und Reisegeldern rund 40 000 M. im Jahr. (Hört! hört!) Die Direktoren der Landwirtschaftskammern beziehen das Gehalt von Staatssekretären, auch die Beamten verraten nicht gerade altpreußische Sparsamkeit. Hoffentlich wird mit dem Erwachen der Bauernschaft ein etwas anderer Geist in die Landwirtschaftskammern einziehen. **Heute sind die Landwirtschaftskammern Filialen des Landbundes.** In Weimar regieren Landwirtschaftskammer, Landbund und Stahlhelm von einem Hause aus. Aber auch in Ostpreußen hat die Landwirtschaftskammer sich in Lohnfragen ausgesprochen arbeiterfeindlich betätigt. Wir verlangen, daß die Landwirtschaftskammern nach dem Vorschlag des Reichswirtschaftsrats paritätisch aus Landwirten und Landarbeitern zusammengesetzt werden. Hoffentlich ist der Tag nicht fern, an dem Adel und Großgrundbesitz aufhören, Alleinherrscher in den preußischen Landwirtschaftskammern zu sein. Je eher, um so besser für die deutsche Landwirtschaft. (Bravo! b. d. Soz.)

Abg. **Hoesch-Neunkirchen** (Dnatl.): Die Tätigkeit der Landwirtschaftskammern ist gänzlich einwandfrei. — Abg. **Schmelcher** (Zentr.): Die Mißstimmung in Bauernkreisen über die Riesenausgaben der Landwirtschaftskammern für die Verwaltung ist stark gewachsen. Am schlimmsten sieht es in der Rheinprovinz aus, wo die Freiherren von Lüninck und Loe außerdem eine wüste Hetze gegen den Staat betreiben. — Nach weiterer, längerer Debatte wurde die Denkschrift zur Kenntnis genommen.

Ein volksparteilicher Antrag, der die Staatsregierung ersucht, beim Reiche für ausreichenden Zollschutz für Zucker und Mehl unter Berücksichtigung der Interessen für den Kartoffelbau einzutreten, löste eine längere Debatte aus.

Abg. **Thiele** (Soz.): Wir wünschen den Befürwortern des Antrags, einmal acht Tage lang einen Arbeiterhaushalt unter den Segnungen des Zollschutzes zu führen; sie würden völlig kuriert sein. So ist z. B. der Zuckerpreis von 28 M. pro Zentner vom Beginn der neuen Ernte ab, also ab Oktober 1926, auf Lieferung für März 1927 bereits auf 36,75 M. gestiegen. Kenner des Marktes glauben, daß wir zu Ende der diesjährigen Ernte Grossistenpreise von 40 Pf. pro Pfund haben. Der Kleinhandel kann dann nur zu 48 Pf. verkaufen.

Damit ist dem Arbeiterhaushalt jede Möglichkeit genommen, den auch nur für Säuglinge benötigten Zucker zu erstehen.

Aehnlich liegt es mit der Preisgestaltung für Mehl, wo heute bereits 19 Pf. pro Pfund Roggenmehl von Großabnehmern bezahlt werden. Weil wir in dem Antrag den Ausdruck reiner Interessenpolitik sehen, lehnen wir ihn ab. (Lebhafter Beifall bei den Soz.)

Der Antrag wird mit den Stimmen sämtlicher bürgerlichen Parteien gegen Sozialdemokraten und Kommunisten angenommen.

Angenommen wird dann in dritter Lesung der Gesetzentwurf zur Förderung des Baues von Landarbeiterwohnungen.

Der Zentrumsantrag, der einen Ausschuß von 29 Mitgliedern, einen sogenannten „Westausschuß" für die besonderen Interessen des Rheinlandes verlangt, wird vom Finanzminister Dr. Höpker-Aschoff abgelehnt. Auch der Ostausschuß sei überflüssig. Abg. Leinert (Soz.) beantragt angesichts der Stellungnahme der Staatsregierung Zurückverweisung des Antrages an den Geschäftsordnungsausschuß. Nach kurzer Aussprache wird der Antrag Leinert angenommen.

Eine ausgedehnte Debatte wird durch die Anträge des Zentrums und der Deutschnationalen auf Annahme eines Gesetzentwurfes zur Aenderung des Gerichtskostengesetzes hervorgerufen.

Abg. **Kutzner** (Soz.) führt aus, daß die Anträge Mangel an sozialem Empfinden zeigen, weil sie ein Geschenk an das Großkapital bedeuten. **Schon jetzt müsse der kleine Mann im Verhältnis zehn- bis zwanzigmal soviel an Kosten als der Großkapitalist zahlen.** (Sehr wahr! b. d. Soz.)

Die Abstimmung wird auf Donnerstag, den 20. Januar, mittags 12 Uhr, vertagt. Auf der Tagesordnung stehen u. a.: Urantrag Campe betr. den wegen Wahlfälschung verurteilten Lehrer Siebens in Tannhausen, Stillegung des Bergwerksbetriebes in Barsinghausen, Abbau der Grundschulklassen an privaten Lehranstalten.

Reichstagsbeginn.

Reichswohnungszählung 1927. — Die Zahl der Wohnungsuchenden.

Der Reichstag trat gestern um 3 Uhr zu seiner ersten Sitzung nach den Weihnachtsferien zusammen. Präsident **Löbe** begrüßte die Abgeordneten in der ersten Sitzung des neuen Jahres und widmete dann dem in der Weihnachtspause gestorbenen Abg. Genossen Zubeil einen warm empfundenen Nachruf. Zubeil ist kurz vor Vollendung seines 79. Lebensjahres vom Tode abgerufen worden. Wer ihn nur aus den letzten Jahren gekannt hat, wo er regelmäßig in treuer Pflichterfüllung seinen Platz im Hause aufgesucht und nur als Zuhörer den Verhandlungen gefolgt ist, der kann sich kein Bild von den Kämpfen machen, an denen Zubeil Anteil genommen hat. Vor 33 Jahren ist er in den Reichstag eingetreten. Im Auftrage seiner Fraktion hat er besonders die Fragen der Postbeamten und der Arbeiter in den Reichswerkstätten behandelt. Durch das Vertrauen des größten Wahlkreises des Reichs, Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg, ist er in den Reichstag gewählt worden, ununterbrochen hat er die Verbindung mit den Wählern bis zu seinem Tode aufrechterhalten. Wir wollen ihm ein treues Andenken bewahren.

Zu Ehren des Gestorbenen haben sich die Mitglieder des Hauses von den Plätzen erhoben. An Stelle des Abg. Zubeil ist Kurt Heinig-Berlin (Soz.) in den Reichstag eingetreten.

Vor Eintritt in die Tagesordnung beantragt Abg. **Stoecker** (Komm.) folgenden Antrag auf die heutige Tagesordnung zu setzen: Der Reichstag fordert die Auflösung des Reichstages, die Regierung soll den Reichspräsidenten ersuchen, Neuwahlen auszuschreiben.

Abg. **Leicht** (Bayer. Vp.) widerspricht der Aufsetzung auf die Tagesordnung.

Ein Gesetzentwurf über die Regelung des Arbeiterverkehrs an der deutsch-saarländischen Grenze wird in allen drei Lesungen ohne Aussprache angenommen.

Es folgt die Beratung des Gesetzentwurfes über eine Reichswohnungszählung im Jahre 1927 und die Feststellung der Zahl der Wohnungsuchenden. Die Zählung soll im allgemeinen in allen Gemeinden vorgenommen werden, deren Wohnbevölkerung 2000 und mehr Einwohner betrug. Abweichende Bestimmungen werden von den Landesregierungen erlassen. Der Tag der statistischen Aufnahme wird vom Reichswirtschaftsminister und vom Reichsarbeitsminister gemeinsam festgesetzt, wie auch die Bestimmungen über die Durchführung der Zählung erlassen. Die Vorlage geht an den Wohnungsausschuß.

Ein Gesetzentwurf zur Aenderung der Bestimmungen in der Gewerbeordnung für die Zulassung zum Hebammenberufe wird dem Sozialpolitischen Ausschuß überwiesen. Die Vorlage will die Bestimmungen der Länder über die Genehmigung zur Niederlassung von Hebammen vereinheitlichen.

Gegen 3½ Uhr vertagt sich das Haus auf Donnerstag nachmittag 3 Uhr. Ein kommunistischer Antrag, den Antrag auf Auflösung des Reichstages auf die Tagesordnung der morgigen Sitzung zu setzen, wird gegen Sozialdemokraten und Kommunisten abgelehnt. Auf der Tagesordnung steht u. a. der Gesetzentwurf zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten, zweite Beratung.

Gründliche Rechnungsprüfung!

Der Rechnungsausschuß des Reichstags tritt zusammen.

Wie notwendig die gründliche Prüfung der Haushaltsrechnungen des Reiches ist, zeigte am 7. Januar der „Vorwärts" in einer umfangreichen Untersuchung der Ueberschreitungen des Haushaltsetats von 1924. Die Bureaukratie pfeift auf das Budgetrecht des Reichstages. Am Mittwoch, den 19. dieses Monats, trat nunmehr der Rechnungsausschuß für die Prüfung der Haushaltsrechnung von 1924 zusammen.

Der Berichterstatter, Genosse **Simon-Schwaben**, betonte, daß die vorliegende Haushaltsrechnung die erste auf wertbeständiger Grundlage sei, daß nunmehr zum ersten Male die entsprechenden Vorschriften der neuen Haushaltsordnung bei der Rechnungsprüfung in Funktion treten. Da eine große Reihe ungeklärter, der Aufklärung dringend bedürftiger Positionen in der Haushaltsrechnung enthalten seien, müsse er beantragen, daß die Sitzung vertagt werde, bis mit den zuständigen Regierungsvertretern über diese Punkte eine Aussprache stattgefunden habe. Der Berichterstatter gab zugleich die Anregung, die Haushaltsrechnung für 1925 im Zusammenhang mit der Nachprüfung der von 1924 zu erledigen, zumal seinerzeit die beiden Etats auch gemeinsam beraten und verabschiedet worden seien.

Die nächste Sitzung des Rechnungsausschusses findet nunmehr in 14 Tagen statt, ihr soll die Haushaltsrechnung für 1925 mit vorliegen.

England rüstet gegen China.

Kreuzer und Truppen unterwegs.

London, 19. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Das erste britische Kreuzergeschwader hat am Mittwoch Malta mit dem Bestimmungsort Schanghai verlassen. In Portsmouth ist ein für den Abtransport nach China bestimmtes Marinebataillon zusammengestellt worden. Als die verschiedenen, dieses Bataillon bildenden Mannschaften ihre Stationen Shethom und Plymouth in Felduniform verließen, waren sie Gegenstand von Ovationen, die nach Berichten von Augenzeugen lebhaft an die Kriegszeit erinnerten. Dieses Bataillon soll am kommenden Freitag nach Schanghai eingeschifft werden.

In einem dem „Daily Herald" gestern gewährten Interview zur Lage in China sprach Macdonald die Befürchtung aus, daß auch nur die kleinste Ausschreitung des chinesischen Straßenmobs zu Zusammenstößen zwischen den britischen Streitkräften und denjenigen der Kantonarmee führen könne. Hinsichtlich Hankaus betonte Macdonald, daß die Kontrolle in der britischen Konzession bereits in chinesische Hände übergegangen sei. Schließlich sprach Macdonald die Hoffnung aus, daß eine freundschaftliche, befriedigende Beilegung der anglo-chinesischen Differenzen durch direkte Verhandlungen mit dem chinesischen Außenminister Tscheng möglich seien, falls die englische Regierung dem Rechnung trage. Sollte aber zum Angriff gegen Schanghai Befehl gegeben werden, so würde die Regierung Baldwin ein solches Vorgehen nicht überleben.

Entspannung in Amerika.

Kellogg für ein Schiedsgericht.

New York, 19. Januar. (WTB.) Die Erklärung Kelloggs, daß er bereit sei, die Meinungsverschiedenheiten über die Anwendung des Petroleumgesetzes vor ein Schiedsgericht zu bringen, hat in Mexiko ein allgemeines Gefühl der Erleichterung hervorgerufen. Die Bekanntgabe von Kelloggs Aeußerungen hat sofort dazu geführt, daß die ungewöhnliche Spannung, die in der vergangenen Woche herrschte, nachgelassen hat. Es wird jetzt die Hoffnung ausgedrückt, daß die Verhandlungen, die dem Schiedsgerichtsverfahren vorangehen müssen, in versöhnlichem Sinne geführt werden.

Gar lustig ist die Jägerei. Einer der „feudalsten" Kriegervereine, der Verein ehemaliger Gardejäger zu Potsdam, ist so gesinnungsfest, daß er den Schwerkriegsbeschädigten im Versorgungslazarett durch Vereinsbeschluß die übliche Weihnachtsbescherung verweigerte, weil sie beim Volksentscheid für die Fürstenenteignung gestimmt haben. Jetzt haben sich in dieser Hochburg deutschnationaler Fürstenfreunde grobe Unregelmäßigkeiten bei Geldgeschäften herausgestellt, die in der Generalversammlung am 11. Januar zu stürmischen Debatten geführt haben, so daß die Vorstandswahl nicht zustande kam und vertagt werden mußte. Die Angehörigen des Bataillons, dessen früherer Kommandant es einmal als „das schönste Bataillon der Welt" bezeichnete, sind nicht durchweg ob dieser Entwicklung erbaut. Daher der Krach, auf dessen Ausgang man gespannt sein kann.

Der Buchdruckerschiedsspruch abgelehnt!

Wie nicht anders zu erwarten, haben die zentralen Lohnkommissionen der an dem Lohnabkommen im Buchdruckergewerbe beteiligten Gewerkschaften den Schiedsspruch, der nicht schlechter ausfallen konnte als er ausgefallen ist, abgelehnt.

Die Arbeitnehmerverbände des Buchdruckgewerbes werden sich mit einer entsprechenden Kundgebung an ihre Mitglieder wenden.

Die Manteltarifverhandlungen der Buchdrucker werden am 15. Februar beginnen, da der Manteltarif zum 31. März 1927 abläuft und bestimmungsgemäß sechs Wochen vorher mit den Verhandlungen begonnen werden muß.

Verhandlungen im Baugewerbe.

Am 18. und 19. Januar fanden in Berlin Kommissionsverhandlungen zur Klärung einiger strittiger Fragen statt als Vorarbeit für einen Reichstarifvertrag. Vorläufige Einigung wurde nur in der Frage der „Betriebsvertretung der Arbeiter" erzielt. Im übrigen sind die strittigen Punkte bis zur Verhandlung Ende Januar zurückgestellt, da eine auch nur annähernde Einigung nicht möglich war. In grundsätzlichen Fragen über die Ausschachtungs- und Betonarbeiten war ein Näherkommen bei der Einstellung der Unternehmer unmöglich. Ob Ende Januar eine gemeinsame Basis gefunden wird, ist zweifelhaft.

Bemerkenswert ist die Fixigkeit der „Roten Fahne". Bevor die Verhandlungen überhaupt begonnen hatten, brachte sie schon einen abschließenden Bericht darüber. Kommentar überflüssig.

Die Tabakarbeiter müssen aufholen!

Die gesamte Tabakarbeiterschaft muß in den nächsten Wochen mobilmachen. Vor allem gilt es, die Unorganisierten aufzurütteln, da ein scharfer Kampf zur Erzwingung höherer Löhne — von den Tabakarbeiterverbänden ist eine 12prozentige Lohnforderung gestellt worden — unvermeidlich ist. Die Zigarrenfabrikanten sind gegen jede Lohnerhöhung.

Der Reichsverband deutscher Zigarrenhersteller vereinigt 80 Proz. der gesamten Zigarrenproduktion in seinen Reihen; bei den Rauch- und Schnupftabakfabrikanten ist das Organisationsverhältnis kaum schlechter. Die Zahl der Unorganisierten unter den Tabakarbeitern aber ist noch immer sehr groß. Kein Wunder, wenn die Zigarrenfabrikanten die Stirn besitzen, einen durchschnittlichen Stundenlohn von 38 Pfennigen als außerordentlich günstig zu bezeichnen, obwohl nach einem Musterbeispiel des Reichsgesundheitsamtes in einem städtischen Haushalt allein für Essen und Trinken wöchentlich mehr als 35 M. ausgegeben werden müssen.

Lohnbewegung in der Herrenmaßschneiderei.

In der vom Deutschen Bekleidungsarbeiterverband zu Dienstag abend nach den Residenzfestsälen einberufenen und stark besuchten Versammlung der Herrenmaßschneider sprach der Filialleiter Genosse Lehmann über die Situation in der Berliner Herrenmaßschneiderei.

Er schilderte zunächst einige drastische Fälle von Umgehungen und willkürlichen Auslegungen des Maßschneidertarifes durch die Unternehmer, die in letzter Zeit vor dem tariflichen Ortsschiedsgericht entschieden worden sind. Von einschneidender Bedeutung ist jedoch die Entscheidung des Reichsschiedsgerichts am 7. Dezember gewesen, die besagt, daß der Frankfurter Schiedsspruch auch für Berlin gültig sei. Bekanntlich war durch den Würzburger Schiedsspruch im Juli vorigen Jahres bestimmt worden, daß über den bisherigen Berliner Sondertarif örtlich verhandelt werden sollte. Da jedoch in diesen Verhandlungen eine Einigung nicht erzielt werden konnte, wurde in Frankfurt ein Schiedsspruch gefällt, der eine ganze Anzahl günstiger Positionen des Berliner Tarifes glatt beseitigte. Die Berliner Herrenmaßschneider anerkannten diesen Schiedsspruch nicht und auch das Berliner Ortsschiedsgericht entschied, daß der alte Berliner Sondertarif weiter in Geltung sei. Nach der Entscheidung des Reichsschiedsgerichts am 7. Dezember zahlten die Unternehmer jedoch die alten Löhne weiter, bis das Weihnachtsgeschäft vorüber war, um dann die Sätze des Frankfurter Schiedsspruches anzuwenden.

Mit dieser Entscheidung ist der Streitfall aber noch nicht begraben. Genosse Lehmann betonte, daß es bei der bevorstehenden Lohnbewegung im Frühjahr notwendig sei, vor allem die Wiedereinführung des alten Berliner Tarifes in den Vordergrund zu stellen. Daß daneben auch eine den Teuerungsverhältnissen entsprechende Lohnerhöhung gefordert werden müsse, sei eine Selbstverständlichkeit. Einen Erfolg kann die Lohnbewegung jedoch nur dann haben, wenn es in der Zwischenzeit gelingt, die zu 70 Proz. organisierten Herrenmaßschneider zu 100 Proz. zu organisieren. Eine straffe Organisation sei um so mehr notwendig, als auch die Berliner Unternehmer Angriffe auf die tariflichen Errungenschaften planen und auch durchführen werden, wofür der bevorstehende Wechsel in der Führung der Berliner Unternehmer verbürgt. Es heißt daher, alle Kräfte zum Angriff zu sammeln.

Nach einer ausgedehnten Debatte, die leider zum großen Teil der Sachlichkeit entbehrte, wurden zwei Entschließungen einstimmig angenommen, die von der Zentralleitung die Kündigung des zentralen Lohnabkommens verlangen und neben einer angemessenen Lohnerhöhung die Wiederherstellung der durch den Frankfurter Schiedsspruch gekürzten Positionen.

Der Werkstättenabbau bei der Reichsbahn.

Systematische Begünstigung der Privatbetriebe.

Der Werkstättenabbau bei der Reichsbahn soll, abgesehen von den bereits gemeldeten Abbaumaßnahmen für den Altonaer Direktionsbezirk, vor allem in Hoyerswerda (Bezirk Halle), in Halberstadt (Bezirk Magdeburg) und Frankfurt a. d. O. (Ausgleichsbezirk Berlin) vor sich gehen, wo man die Werkstätten ganz oder teilweise abbauen will. Fast in allen Fällen handelt es sich um Orte, deren ganze wirtschaftliche Existenz auf den Werkstätten beruht. Möglichkeiten zur Weiterbeschäftigung der abgebauten Werkstättenarbeiter sind in den betreffenden Orten so gut wie nicht vorhanden. Kein Wunder, wenn Tag für Tag Deputationen aus diesen Orten in Berlin bei der Hauptverwaltung vorstellig werden, um den Werkstättenabbau hintanzuhalten.

Der Werkstättenabbau trifft in erster Linie den nördlichen und östlichen Teil Deutschlands. Im Westen, z. B. im Direktionsbezirk Köln, sind in den Werkstätten eher zu wenig als zu viel Arbeiter vorhanden. Köln umfaßt fast ein Drittel des gesamten Lokomotiv- und Wagenparks; die Reichsbahn will die Reparaturen, die im Westen notwendig werden, auch im Westen vornehmen lassen. (Diese offenbar zur Rechtfertigung der Zerschlagung der früheren Staatswerkstätten durch die Reichsbahngesellschaft gemachte Angabe trifft nicht den Kern der Sache. Auch die Werkstätten im Westen wird sie nicht verschonen. D. Red.) In Bayern, Württemberg und Baden sind nur wenig Werkstätten; daher sind dort die Abbaugefahren verhältnismäßig gering.

Die Landarbeiter im besetzten Gebiet.

Eine Kundgebung der Landarbeiterschaft des besetzten Gebiets fand dieser Tage in Mainz statt. Zahlreiche Delegierte aus den Weinbaugebieten, Vertreter der Organisationen, der Behörden und der Arbeitgeber nahmen an der Kundgebung teil. Der Vorsitzende des Deutschen Landarbeiterverbandes, Reichstagsabgeordneter Georg Schmidt-Berlin, gab in großen Zügen ein Bild über die Entwicklung der landwirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland. Das Mitglied des Reichswirtschaftsrats Hugo Schmauß sprach über die Notlage der Weinbauarbeiter. Nur als Qualitätsweinbau, betonte Schmauß, könne der deutsche Weinbau sich halten; dazu bedürfe es der Qualitätsarbeiter, und es sei eine selbstmörderische Politik des Weinbaus, diese Arbeiter so zu entlohnen, wie es heute der Fall sei. Gauleiter Link-Köln behandelte die Lohnfrage in dem landwirtschaftlichen Weinbau. Er schilderte die zum Teil geradezu erbärmliche Entlohnung der Landarbeiter, der nur durch festen organisatorischen Zusammenschluß der Landarbeiterschaft begegnet werden könne. Im Anschluß an die Kundgebung fand eine Besichtigung der hessischen Weinbaudomänen statt.

Um die Arbeitszeit der Textilarbeiter.

Die Verhandlungen über die Arbeitszeit der Textilindustrie Ostsachsens, die zu Beginn der Woche in Dresden stattfanden, sind wie die Verhandlungen für Westsachsen ergebnislos verlaufen. Die Gewerkschaften forderten die Einführung der 46-Stunden-Woche; die Unternehmer zeigten keinerlei Entgegenkommen. Ihnen erscheinen die Vorteile der Arbeitszeitverordnung sogar noch ungenügend. Sie werden vermutlich den Schlichtungsausschuß um Vertragshilfe anrufen.

Zur Arbeitsregelung im Schiffsbau.

Die Frage der internationalen Arbeitsregelung im Schiffsbau ist in den den Ausschußverhandlungen des Internationalen Gewerkschaftsbundes folgenden Kommissionssitzungen den Internationalen Berufssekretariaten der Metall- und Holzarbeiter überwiesen worden. Die englischen Verbände, von denen die Anregung zur Klärung dieser Fragen ausgegangen war, sollen sich zunächst diesen Berufssekretariaten anschließen.

Die Generalstreikkritik.

Heute Vorständekonferenz der englischen Verbände.

London, 19. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Der für die Aussprache über den Generalstreik einberufene außerordentliche Kongreß sämtlicher dem Generalrat angeschlossenen Gewerkschaftsvorstände tritt am Donnerstag in London zusammen. Der vielumstrittene Bericht „Geheim!" des Generalrats wird im Kongreß von Arthur Cook, dem vorjährigen Vorsitzenden des britischen Gewerkschaftskongresses, unterbreitet werden. Hierauf wird ein Vertreter der Bergarbeiterexekutive den Bericht der Bergarbeiter verlesen, der außerordentlich scharfe Angriffe gegen führende Mitglieder des Generalrates und das Verhalten des Generalrates beim Abbruch des Generalstreiks enthalten soll. Der Kongreß ist auf zwei Tage festgesetzt.

Der englische Generalrat will vermitteln.

Zwischen Moskau und Amsterdam.

London, 19. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Der Generalrat der britischen Gewerkschaften hat in einer Sitzung am Mittwoch den Bericht über die Sitzung des Internationalen Gewerkschaftsbundes in Amsterdam entgegengenommen. Der Bericht spricht das Bedauern darüber aus, daß der IGB. es unmöglich gemacht habe, die Konferenz zwischen Moskau und Amsterdam zu beraten. Der Generalrat beschloß, dem Bundesausschuß des IGB. anläßlich seiner Sitzung im kommenden März die Frage vorzulegen, ob der IGB. bereit wäre, Vertreter zu einer vom Generalrat der britischen Gewerkschaften einzuberufenden Einigungskonferenz zwischen der russischen und englischen Gewerkschaftsbewegung zu entsenden.

Der „Daily Herald" nennt diesen Beschluß außerordentlich „glücklich" und spricht die Hoffnung aus, daß der IGB. diese Einladung im März annehmen wird und dann eine Konferenz zwischen Russen und den englischen Gewerkschaftsvertretern unmittelbar einberufen würde.

Prügel-„Recht" in Indien.

Ein Vorfall, der drastisch die sozialen Zustände in Indien beleuchtet, wird aus Madras gemeldet. Eines der deutschen Mitglieder der Textilarbeiterdelegation beobachtete, wie eine englische Dame einen alten farbigen Diener schlug, wobei sich später auch der Gatte der Engländerin an dieser Züchtigung beteiligte. Unser Genosse intervenierte zugunsten des farbigen Dieners, wobei er von dem Engländer wegen seiner Sympathie mit dem farbigen Diener tätlich angegriffen und verletzt wurde. Wie die in Madras erscheinende Zeitschrift „New India" meldet, entschuldigten sich später die Engländer bei dem deutschen Delegationsteilnehmer. — Der Vorfall hat in Indien großes Aufsehen erregt.

Sattler, Tapezierer und Portefeuiller! Heute abend 7 Uhr im Gewerkschaftshaus, Engelufer 24-25, Jahresgeneralversammlung. Jahresbericht und Neuwahl der gesamten Geschäftsleitung. Wie immer, machen auch in diesem Jahre die Kommunisten regste Propaganda und verbreiten auf dem Nachweis Flugblätter in großen Massen. Wenn auch den bisherigen Angestellten in ihrer Tätigkeit auf fachlichem Gebiete nichts nachgesagt werden kann, so wird ihnen doch geradezu zum Vorwurf gemacht, daß sie im Sinne der Verbandstagsbeschlüsse gearbeitet haben. Das ist in den Augen der Kommunisten offenbar ein großes Verbrechen. Man kann sich also vorstellen, in welchem Zustande die Geschäftsführung geraten würde, wenn die Wünsche der Kommunisten in Erfüllung gingen. Wir fordern daher alle Kollegen auf, in der Versammlung zu erscheinen und hier die richtige Antwort zu geben.

Achtung Fabrikarbeiter! Heute, Donnerstag, abend finden die Bezirks- und Gruppenversammlungen für die Mitglieder des Fabrikarbeiterverbandes statt. In diesen Versammlungen werden die Delegierten zur Generalversammlung sowie die Bezirks- und Gruppenleitungen neu gewählt. Unsere Parteigenossen sowie alle sich zur Richtung Amsterdam zählenden Fabrikarbeiter sind im eigensten Interesse verpflichtet, diese Versammlungen zu besuchen. Wir fordern unsere Anhänger auf, dafür Sorge zu tragen, daß nur Bezirksleiter und Delegierte gewählt werden, die auf dem Boden der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale stehen.

Die Setzer sämtlicher Lütticher Zeitungen, ausgenommen der sozialistischen „Wallonie", sind — wie uns aus Brüssel gedrahtet wird — in den Streik getreten, weil alle Blätter tarifwidrig eine einzige Matrize des Brüsseler Börsenberichtes benutzten.

Freie Gewerkschaftsjugend. Heute, Donnerstag, 7½ Uhr, tagen die Gruppen: **Wedding I:** Gruppenheim Jugendheim Turiner, Ecke Seestraße. Soziale Revue — Etwas und Spaßiges vom Tage. Die humoristische Kapelle macht in Moabit Visite. — **Köpenick:** Gruppenheim Jugendheim Grünauer Straße 5. Heiteres von Glaßbrenner. — **Schöneberg:** Gruppenheim Jugendheim Ortsfeste. W. Rezitationsabend. — **Tempelhof:** Gruppenheim Museum Germaniastr. 4–6. Wir lesen mit verteilten Rollen. — **Südosten:** Gruppenheim Reichenberger Str. 66 (Feuerwehrhaus). Vortrag: „Organisatorischer Aufbau der Gewerkschaften". — **Spandau:** Gruppenheim Jugendheim Lindenufer 1. Liederabend. — **Moabit:** Gruppenheim Städt. Jugendheim Bremer, Ecke Wiclefstraße. Musik- und Liederabend. — **Gesundbrunnen:** Gruppenheim Gothenburger Str. 2 (Hortzimmer). „Hofemann kommt."

SPD.-Buchdrucker! Am Sonnabend bzw. Sonntag finden in allen Bezirken Fraktionsversammlungen statt. Tagesordnung: Der Ausgang unserer Lohnverhandlungen. Lokale und Zeit wie üblich.

Der Fraktionsvorstand.

Verantwortlich für Politik: **Victor Schiff**; Wirtschaft: **G. Klingelhöfer**; Gewerkschaftsbewegung: **Fr. Saforn**; Feuilleton: **Dr. John Schikowski**; Lokales und Sonstiges: **Fritz Karstädt**; Anzeigen: **Th. Glocke**; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 3. Hierzu 1 Beilage, „Unterhaltung und Wissen" und „Frauenstimme".

Grippe und Grippefolgen

werden wirksam bekämpft durch den Gebrauch der natürlichen Heilmittel von Weltruf, die zudem die besten Vorbeugungsmittel sind:

EMS
Schutzmarke

Emser Wasser (Kränchen) / Pastillen / Quellsalz

Altbewährt auch gegen Katarrhe, Asthma, Husten, Heiserkeit, Verschleimung, Magensäure (Sodbrennen), Zucker und harnsaure Diathese.

Ihr Arzt wird Ihnen das bestätigen.

Aber achten Sie stets auf die Schutzmarke. Verlangen Sie ausdrücklich die echten, natürlichen Emser Heilmittel und meiden Sie künstliche Erzeugnisse.

Hauptniederlage für Emser Kränchen für Berlin u. Brandenburg: Brunnenvertriebsaktiengesellschaft, Berlin SW, Yorckstr. 37. Telephon: Hasenheide 3836—38.

Verein der Berliner Buchdrucker und Schriftgießer

Montag, den 24. Januar, nachm. 5½ Uhr.

Außerordentl. Generalversammlung

im Gewerkschaftshaus (Saal 4)

Tagesordnung:

Berichterstattung über die Lohnverhandlungen

Der Gauvorstand.

Achtung!

Billiger Fleisch- und Wurstverkauf

billig und gut

40 Thaerstraße 40

Besonders wirksam sind die KLEINEN ANZEIGEN in der Gesamtauflage des „Vorwärts" und trotzdem **billig!**

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Achtung! Verwaltungsmitglieder!

Morgen, Freitag, den 21. Januar, abends 7 Uhr

Sitzung

der Mittleren Ortsverwaltung.

Sonnabend, den 22. Januar, abends 7 Uhr, im Lokal von Sachse, Lindower Straße 20 (am Bahnhof Wedding)

Branchenversammlung

aller Kesselschmiede und der dazu gehörenden Berufe.

Tagesordnung: 1. Bericht über Arbeitslage und Verdienst. 2. Branchenangelegenheiten. 3. Verschiedenes.

Zahlreiches Erscheinen aller Kollegen ist Pflicht.

Wirtschaftsschule in Dürrenberg

Für die in den Klempnereien beschäftigten Kollegen findet vom 28. Februar bis einschließlich 19. März ein Kursus statt. Für den Bezirk Berlin kommen drei Bewerber in Frage.

Kollegen, welche die Absicht haben, an einem Kursus teilzunehmen, müssen ihre selbstgeschriebene Bewerbung bei der Ortsverwaltung einreichen bis spätestens den 24. Januar. Aus der Bewerbung muß hervorgehen: Dauer der Mitgliedschaft im Deutschen Metallarbeiter-Verband, Tätigkeit im Verbande und in der Arbeiterbewegung, gegenwärtige Funktion im Deutschen Metallarbeiter-Verband oder als Betriebsrat usw., ob verheiratet, Alter des Bewerbers, ob — und inwieweit — bisher bereits an Kursen teilgenommen und sonstige erwähnenswerte n. oben.

Die Kursusteilnehmer müssen sich so einrichten, daß sie am Sonntag, den 27. Februar, in Dürrenberg eintreffen können. Weitere Auskunft erteilt unser Bureau Zimmer 4.

Die Ortsverwaltung.

Wohliges Behagen...

Der prächtige Schaum, der erfrischende Duft, das köstliche Gefühl der Reinlichkeit: ein wahrer Genuß ist die Kopfwäsche mit Schwarzkopf-Schaumpon. Lernen Sie diesen Genuß kennen!

Schaumpon

mit dem schwarzen Kopf

Am meisten begehrt — weil am längsten bewährt

Auch eine Jubilarin.

Es ist so eine Sache mit den Geburtstagsgratulationen: Manche Menschen sind verschnupft, wenn man solch epochemachenden Gedenktag vergißt, und andere, besonders vom schöneren Geschlecht, nehmen jenseits des fünfundzwanzigsten Geburtstags eine derartige Gratulation grundübel. Die Jungfernbrücke aber ist nun schon in einem Alter, in dem der Begriff des „Alterns" in den des „Antiquitätswertes" umschlägt, denn diese älteste Brücke Berlins feiert ihren 250 Geburtstag. Wie das aber bei einem so alten Geburtstagskinde vorkommen kann, hat sie leider ihren Geburtsschein verloren, d. h. im Berliner Stadtarchiv findet sich nicht ein einziges Dokument; Brücken- und Straßenbau waren ja bis tief in das neunzehnte Jahrhundert Angelegenheit der preußischen Könige. Die Jungfernbrücke wurde von dem Kurfürsten Friedrich Wilhelm im Jahre 1676 erbaut; der Kurfürst hatte von seinen holländischen Ausbildungsjahren her eine Vorliebe für Brücken- und Kanalbauten, er regulierte und vertiefte den schmalen Spreearm, der das alte „Cölln an der Spree" umschloß, und dabei wurde die alte, vollständig aus Holz gebaute Brücke durch die jetzige „Jungfernbrücke" ersetzt. Die Brücke ist eine hölzerne Zugbrücke mit zwei in Sandstein gewölbten Seitenöffnungen; ursprünglich hieß sie „Spreegassenbrücke", aber bald setzte sich der Name „Jungfernbrücke" durch. Ueber die Entstehung dieses Namens ist man sich nicht ganz klar. Am wahrscheinlichsten ist die Deutung, daß die Brücke ihren Namen nach der „Verkaufsbude der emigrierten demoiselles" trägt. Die Emigrantentöchter, die damals im „Französischen Hof" wohnten, versuchten, sich durch den Verkauf der von ihnen geklöppelten Spitzen Geld zu verdienen und schlugen mit kurfürstlicher Genehmigung am Brückenende Unterwasserstraße dazu eine Verkaufsbude auf. Eine andere Deutung aber will den Namen auf die Ermordung einer dieser Emigrantentöchter zurückführen, die hier von einem abgewiesenen Liebhaber erwürgt und in die Spree geworfen wurde. Ihr Bräutigam kam in Mordverdacht, aber ein blinder Zeuge entlarvte den wirklichen Mörder im letzten Augenblick — er hatte ihn an der Stimme erkannt. — Noch vor einem Menschenalter genoß die Brücke eine große Popularität bei der Schuljugend der Innenstadt: „Die Brücke war uffjezogen!" war die beliebteste Entschuldigung bei allen Verspätungen, und es wurden unglaubliche Schulwege entworfen, um diese Entschuldigung mit dem Anschein der Berechtigung vorbringen zu können.

Es ist für die „Jubilarin" freilich ein Glück, daß sie mitten im verwinkelsten Alt-Berlin liegt und verhältnismäßig selten von Fuhrwerk befahren wird — denn unsere Zeit ist eine ungemütliche Zeit für das Alter, mögen es nun Brücken oder Menschen zu tragen haben.

Ein seltsamer Schuldirektor.

Wegen Betruges und Unterschlagung verurteilt.

Dr. Engelke, der Leiter der Berufsschule Tempelhof, stand gestern vor dem Amtsgericht Tempelhof unter der Anklage des fortgesetzten Betruges, der fortgesetzten Unterschlagung und des Diebstahls. Dr. Engelke hatte sich ein recht eigenartiges System zurechtgelegt, seine vorgesetzte Behörde zu täuschen.

Engelke hatte die Berufsschule in Tempelhof eingerichtet. Dabei hatte er außeretatsmäßige Mittel zum Ankauf von Maschinen und Apparaten für die Lehrwerkstätte bewilligt erhalten. E. beauftragte mit der Lieferung von Maschinen nur solche Firmen, die sich bereit erklärten, die Rechnungen höher auszustellen, als in Wirklichkeit Ware geliefert werden sollte. Er forderte von den Firmen sofort nach Bestellung Rechnungen an, nachdem er für die einzelnen Positionen der Rechnungen die Beträge willkürlich erhöht hatte. Ohne die Lieferung der Waren abzuwarten, versah E. die einlaufenden Rechnungen mit dem Prüfungsvermerk und auch mit dem Bemerken, daß die Waren inventarisiert wären. Auf Grund dieser Vermerke wurden den Firmen von der Gemeinde- oder Stadthauptkasse die Beträge ausgezahlt. Die Beträge, um die die Rechnungen erhöht waren, mußten laut Vereinbarung von den Firmen an E. persönlich ausgezahlt werden. Angeblich wollte E. diese Gelder verwenden, um für die Schule Gegenstände anzuschaffen, für die im Etat keine Mittel bewilligt waren. Zu solchen Anschaffungen ist es aber in keinem Fall gekommen. E. hat alle diese Beträge, wie er selbst vor Gericht bekannte, für sich verbraucht. Bei einer Buchhändlerin hat er diese Mehrbeträge dadurch erzielt, daß er für die einzelnen Bücher, die er bestellte, fast doppelte Preise in die Rechnungen einsetzen ließ. E. verstand es, den Firmen klar zu machen, daß solche Aktionen „im Interesse der Schule notwendig" wären. Eine Firma, die Maschinen geliefert hatte, schickte sogar ihren Angestellten auf Anforderung von Dr. E. in dessen Privatwohnung und zahlte nicht nur 200 M. — um diese Summe war die Rechnung höher ausgeschrieben —, sondern 350 M. Der Firmeninhaber selbst konnte vor Gericht für die Mehrbezahlung keinen einwandfreien Grund angeben. Als in der Berufsschule bei einem Brand Utensilien im Werte von 127 M. vernichtet wurden und die Versicherung diesen Betrag an den Magistrat bezahlte, forderte seine vorgesetzte Behörde von E. die verbrannten Gegenstände wieder neu anzuschaffen. E. ließ sich auch bei der Buchhändlerin eine Rechnung über diese Summe geben, ohne die Bestellung überhaupt aufzugeben. Als der Magistrat an die Buchhändlerin den Betrag zahlte, wurde dieser an E. wieder zurückgezahlt. Auch dieser Betrag wurde von E. verbraucht. Insgesamt hat E. auf diese Weise 636 Mark unterschlagen. Nach seinen Angaben will er durch eine längere Krankheit in große Not geraten sein und diese Gelder zur Bezahlung von Arzt- und Charitérechnungen verbraucht haben. E. hat sich auch an der Portokasse vergriffen. Als seine Hilfskraft, die die Portokasse verwaltete, sich einige Tage wegen Krankheit beurlauben ließ, übergab sie dem Hausmeister genügend Briefmarken zum Frankieren der Post. Das Geld der Portokasse verschloß sie in ihrem Pultkasten. E. öffnete diesen mit einem Nachschlüssel und entnahm, ohne dafür eine Quittung zu hinterlegen, 5,50 Mark. Als die Hilfskraft wieder Dienst tat, stellte sie fest, daß 5,50 M. fehlten und forschte nach. Nur durch Zufall erfuhr sie, daß E. selbst aus ihrem Pultkasten diesen Betrag entnommen hate. Als sie ihn darauf zur Rede stellte, machte E. ihr Vorwürfe, daß sie um einen solchen Betrag „Aufsehen mache". Als letzter Anklagepunkt stand zur Verhandlung, daß E. von eine Reihe von Schülern das an ihn abgeführte Schulgeld unterschlagen habe. Unter Eid bekundeten die Schüler, das Geld E. persönlich übergeben zu haben. Das Gericht hielt in seinem Urteil fortgesetzte Unterschlagung und fortgesetzten Betrug für erwiesen und verurteilte den Angeklagten zu sechs Monaten Gefängnis. Der Staatsanwalt hatte vier Monate beantragt. Von der Diebstahlsbezichtigung wurde E. freigesprochen, weil das Gericht dem Angeklagten glaubte, daß er berechtigt gewesen wäre, den Kasten zu öffnen, weil er auch verantwortlich für die Portokasse war. Mit Befremden muß die weitgehende Milde gegen den Angeklagten aufgenommen werden, der doch bei seinem Bildungsgrad genau wußte, was er tat und der bei seinem Einkommen nicht als Notleidender betrachtet werden kann. Arbeiter, die hungerten und sich um wenige Pfennige vergriffen, wurden häufig bedeutend härter bestraft.

Für die Begnadigung der Leiferder Attentäter. Der Verbandsvorstand der Sozialistischen Arbeiterjugend Deutschlands hat an das preußische Staatsministerium, zu Händen des Ministerpräsidenten Braun, folgendes Telegramm gerichtet: „Der Verband der Sozialistischen Arbeiterjugend Deutschlands bittet dringend um Begnadigung der Leiferder Attentäter, da das Todesurteil auf die soziale Notlage und die dadurch bedingte psychologische Verfassung der Verurteilten keine Rücksicht nimmt. Das Urteil widerspricht daher von einem höheren Gesichtspunkt aus den Grundsätzen der Menschlichkeit und der Gerechtigkeit."

Die Wunder der Klara van Haag.

67] **Von Johannes Buchholtz.**

Aus dem Dänischen übersetzt von Erwin Magnus.

„Ich, ich kann die Worte gar nicht in meinen Mund bekommen — aber ich liebe dich noch unbändiger, wenn deine Augen diesen Ausdruck haben. Das habe ich heute schon einmal gesehen, als wir im Auto herausfuhren, als das kleine Mädchen vor dem Hunde schrie, der uns entgegensprang. Du bist voll von Zärtlichkeit, kleine Hedwig. Du bist durchaus keine Holzpuppe oder ein Mehlsack oder ein ausgestopfter Kiwi!"

„Nein, darüber kann ich wohl nicht mit dir streiten, ein ausgestopfter Kolibri oder, wie du sagst, bin ich nicht."

So hatten Johan und Hedwig sich viele Dinge zu sagen. Sie wurden lustig und gingen alle Wege kreuz und quer, ohne zu ahnen, wo sie endeten.

„Ich muß dir sagen," sagte Johan, „wie ich mich zu deiner unverschämt geringen Vergeltung meiner Liebe verhielt. Ja, ich schrieb an Frau van Haag, und sie tröstete mich. Sie schrieb: Kümmere dich nicht um sie, sie wird schon noch dein werden, sobald du ein tüchtiger Maler geworden bist. Und ich fand, daß das Unsinn wäre, aber ich arbeitete doch darauf los. Ich tat, als ob ich es glaubte, und dann ging ich nach Paris und nach Rom und überall hin, und ich hungerte, und ich malte — — Jetzt hat sie also recht bekommen!"

„Sag — Johan," Hedwig faßte ihn fest am Oberarm. „Hast du Mittag im Badehotel bestellt?"

„Ja, Lammbraten und — ich weiß nicht mehr was. Ich war ja wirklich außer mir. Der Chauffeur hat den Rest bestimmt."

„Wir müssen Frau van Haag dabei haben!"

„Ja," sagte Johan und gab ihr aus dem Anlaß einen Extrakuß.

„Aber es wird schwer sein, sie zu finden."

„Es wird sehr leicht sein."

„Wie denn?"

„Das ist jedenfalls Sache des Chauffeurs. Ich schickte ihn nämlich in die Stadt, um sie zu holen. Ja, Hedwig, vielleicht verstehst du nie, was in mir vorging, als ich lächelnd dastand und mit diesem ledergepanzerten Burschen die Köpfe zusammensteckte. Frau van Haag muß kommen! dachte ich. Entweder muß sie mir über den schwarzen Schlund des Unglücks hinweghelfen — rein herausgesagt: Sie muß Hedwig Egholm heimbegleiten, während ich in einem Boot hinausfahre — — nicht wahr, man hat nur ein einziges Leben, und das will man mit seiner Liebsten zusammenleben. Oder sie muß mit dabei sein beim Verlobungsschmaus. Aber du darfst nicht glauben, daß ich wagte, diesen Gedanken ganz zu Ende zu denken!"

Nach noch einer freudevollen Stunde erreichten Hedwig und Johan das Badehotel. Der Chauffeur kam aus der Garage und sagte, er hätte Frau van Haag nicht in der Ausstellung, sondern in ihrem Hotel getroffen. Hier sei eine Karte von ihr.

„Haben Sie sie selbst gesprochen?" sagte Hedwig.

„Ja."

„Nun, Gott sei Dank. Mir wurde so seltsam zu Mute. Es ist merkwürdig, daß sie nicht gekommen ist."

Hastig brach Johan das Kuvert auf und las:

Mein lieber Johan Fors!

Ich kann nicht kommen. Es lag ein ernster Brief für mich da, und ich muß noch heute abend nach Knarreby zurückreisen. Kommt bitte, wann ihr könnt. Klara van H.

Er reichte Hedwig die Karte.

„Wir müssen fort," sagte sie.

Das Essen wurde abbestellt. Der Wagen fuhr vor und sagte einen Augenblick später mit ihnen nach Kopenhagen.

Weder Johan noch Hedwig sprachen; sie waren in gleicher Weise beschäftigt mit dem Rätselhaften, das geschehen sein mußte. Ja, es mußte wirklich etwas sehr Ernstes geschehen sein, wenn es Frau van Haag veranlaßte, die Reise zurück nach Herrn van Haags Stadt zu machen.

„Kann es nicht etwas mit uns, mit meiner Familie, Vater sein," sagte Hedwig schließlich.

„Ich glaube, du hast recht."

„Du weißt also, daß Frau van Haag ebensoviel für Vater und Mutter gewesen ist wie für uns?"

„Ja, ich habe es aus ihren Briefen verstanden. Das heißt — sie sieht ja umgekehrt auf alles — sie schrieb immer von all dem Guten, das ihr, du, dein Vater und deine Mutter, ihr erwiesen habt. Und ich glaube ihr. Sieh nur, was dein Vater mir bedeutet hat. Auf meinen nächtlichen Wanderungen mit der Geige bin ich ihm begegnet. Ohne ihn wäre ich nicht der, der ich bin. Ich habe ihn niederknien und Steine opfern und Wein über die Erde ausgießen sehen. Ich habe nie mit ihm gesprochen, aber ich hatte ihn lieb, weil er mitgeholfen hat, Mystik und Poesie in meinem Leben zu schaffen."

Johan schüttelte, in Erinnerung versunken, den Kopf und sagte:

„Für einen Künstler ist Mystik und Poesie dasselbe, wie das Wasser für den Fisch."

„Poesie ja, aber Mystik?" sagte Hedwig grübelnd.

„Poesie und Mystik sind wie Sauerstoff und Wasserstoff, die zusammen Wasser ausmachen."

„Meinst du das wirklich? Meinst du das?" sagte Hedwig mehrmals vor sich hin.

Sie hatten jetzt die Stadt erreicht und schlängelten sich zwischen läutenden Straßenbahnen und klingelnden Fahrrädern hindurch, bis sie vor dem Sonnensegel und den Lorbeerbäumen des Hotels hielten.

Johan und Hedwig fuhren mit dem Lift hinauf und klopften bei Frau van Haag an.

„Herein," klang es, und sie traten ein.

Am Fenster stand Frau Klara über einen Koffer gebeugt; sie sah mit einem Lächeln auf, aber ihre Augen hatten rote Ränder vom Weinen.

Mitten auf einem kleinen goldenen Tisch entdeckte Hedwig sofort einen Brief mit den drei Lackklexen und dem Fingerhutsiegel der Mutter. Eine große Unruhe ergriff sie, jetzt wußte sie, daß etwas mit ihrem Vater geschehen war.

Johan küßte der Gnädigen die Hand und sagte:

„Ja, jetzt ist Ihre Prophezeiung in Erfüllung gegangen. Hedwig ist meine Braut. Das ist sie allerdings immer gewesen, aber erst heute hat sie es eingeräumt."

Frau van Haag zog sie einen nach dem anderen an sich. Sie küßte jeden von ihnen auf die Stirn und jubelte einige abgebrochene Worte von Frühling und Glück.

„Ich hoffte ja so sicher darauf. Um Sie, Johan, habe ich mir nie Unruhe gemacht, aber ein wenig um Hedwig. Kommt nun, ihr beiden gesegneten Menschen, und hört, was in Knarreby geschehen ist. Der Ziegeleibrand ist mißglückt! Jeder Stein wurde zu einem Klumpen Bruch. Dein Vater, der ja seine ganze Hoffnung auf den Brand gesetzt hatte, ertrug die Niederlage nicht. Er fiel zusammen und liegt nun sehr krank, vielleicht totkrank in seinem Heim."

Mit Tränen des Leides in den Augen erzählte Frau Klara den Inhalt des Briefes. Mit ihrem zitternden Herzen hatte sie Egholms verzweifeltes Stöhnen wie auch Annas leises Jammern gehört.

„Ich muß heim zu ihnen, ich muß mit dem Abendzuge fort. Es gibt keine andere Möglichkeit," sagte sie.

„Ich kann ja reisen, Frau van Haag," sagte Hedwig.

„Du? Ich muß selbst, mein Kind."

„Wir können zusammen reisen — alle drei vielleicht — ich muß mit. Du hast ja deine Ansicht von deinem Vater, ich die meine. Und ich finde, es gilt, ihm die letzte Zeit leicht zu machen."

(Fortsetzung folgt.)

Die skandalösen Zustände im Obdach.

Was gedenkt der Magistrat zu tun?

Die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion hat folgende Anfrage eingereicht:

„Im Anschluß an die Veröffentlichungen in der Sonntagsnummer des „Vorwärts" über das Frauenasyl in der Wiesenstraße richten wir an den Magistrat die Anfrage, ob ihm die geschilderten Verhältnisse bekannt sind und welche Maßnahmen er zur Abstellung der Mißstände zu veranlassen gedenkt."

Die hohen Fleischpreise.

Ladenfleischer für zollfreies Gefrierfleisch.

Die Notwendigkeit der Aufhebung des Gefrierfleischkontingents und der freien Einfuhr von Gefrierfleisch, für die die parlamentarischen Vertretungen der Sozialdemokratie bekanntlich eintreten, wies in einem Vortrag der Fleischermeister Hermann Kerrn nach, der in der Delegiertenversammlung des Interessenverbandes der Ladenfleischer Groß-Berlins am 19. Januar in dem Lehrervereinshaus über dieses Thema sprach. Gerade in den jetzigen Zeiten der Arbeitslosigkeit sei das Gefrierfleisch ein wichtiges Nahrungsmittel. Es wirke als Preisregulator. Solange aber die Kontingentierung bestehe, könne bei der Verknappung des frischen Rindfleisches durch Zurückhaltung des Gefrierfleisches eine Preistreibereiausübung nach oben stattfinden. Dem könnte man nur beikommen durch eine völlige Freigabe der Einfuhr. In der Diskussion wurde darauf hingewiesen, daß ein etwaiger Zoll auf Gefrierfleisch gerade von dem ärmsten Teil der Bevölkerung getragen werde. Der Abgeordnete der Wirtschaftspartei, der sattsam bekannte Herr Drewitz, trat in vielen Wenn und Abers schließlich für eine Zollbelastung des Gefrierfleisches ein. (Eine Tatsache, die man nicht vergessen sollte.) In einem weiteren Referat beschäftigte sich Syndikus Dr. Erb mit der polnischen Schweineeinfuhr. Angesichts der deutsch-polnischen Handlesvertragsverhandlungen habe die Regierung die Absicht geäußert, ein bestimmtes Kontingent geschlachteter Schweine zur Einfuhr freizugeben und dieses der Fleischwarenindustrie zuzuführen. Demgegenüber verlangen die Ladenfleischer einmal die Einfuhr von lebenden Schweinen. Sie weisen darauf hin, daß die veterinärpolizeilichen Bedenken, die gegen die Einfuhr lebender Schweine geltend gemacht werden könnten, wenn man Grenzschlachthäuser einrichtete, in denen das zur Einfuhr kommende Lebendkontingent untersucht würde. Die Ladenfleischer verlangen aber weiter, daß die eingeführten lebenden Schweine auf den Viehmarkt kommen. Augenblicklich sei der Schweinepreis deswegen anormal hoch, weil die als Preisregulator wirkende Auslandsware fehle. Hier könne durch die Zuführung lebender Auslandsschweine für die Verbilligung des Schweinefleisches eine zu begrüßende Aenderung eintreten. In der Gefrierfleischfrage gelangte eine Entschließung, die die freie Einfuhr von Gefrierfleisch und die Aufhebung des Kontingents verlangte, einstimmig zur Annahme und auch in der polnischen Schweinefleischfrage fand eine im Sinne des Referenten gehaltene Entschließung die widerspruchslose Zustimmung der Versammlung.

Der Polizeitransportwagen im Schaufenster.

Ein schwerer Verkehrsunfall trug sich gestern an der Straßenkreuzung Kaiser-Friedrich- und Fuldastraße in Neukölln zu. Ein Gefangenen-Transportkraftwagen des Polizeipräsidiums, der mehrere Polizeigefangene von Neuköllner Revieren abgeholt hatte, drohte an der Ecke der Fulda- und Kaiser-Friedrich-Straße mit einem einbiegenden Lastkraftwagen zusammenzustoßen. Der Führer riß den Wagen im letzten Augenblick scharf herum, wodurch der Wagen auf dem sehr schlüpfrigen Pflaster ins Schleudern geriet und auf den Bürgersteig fuhr. Er landete in einem Schaufenster des an der Unglücksstelle gelegenen Weißwarengeschäfts von Konradi. Die Fensterrahmen und Türfüllungen sowie Teile des Mauerwerkes wurden eingedrückt und schwer beschädigt. Zwei Gefangene zogen sich Verletzungen zu und mußten durch einen Sanitätswagen in das Staatskrankenhaus geschafft werden. Der begleitende Polizeiaufseher erlitt eine leichte Handverletzung und konnte im Dienst verbleiben. Das schwerbeschädigte Auto mußte abgeschleppt werden. Zum Glück war in dem Geschäft niemand anwesend, so daß weitere Personen nicht zu Schaden gekommen sind. Der Vorfall hatte eine große Menschenansammlung zur Folge.

Fingerabdrücke beweisen!

Auf Grund zurückgelassener Fingerabdrücke am Tatort wurde ein galizisch-polnisches Einbrecherpaar, der Klempner Siesmann-Biernbaum aus Warschau und der Zuschneider Pinkus-Flum aus Galizien, vor dem Schöffengericht Mitte wegen dreier Einbrüche zusammen mit ihrem Anhang, bestehend aus der Braut Siesmann-Biernbaums, der Friseuse Minna Grätzer, dem Händlerehepaar Faibel-Kleimann und Sarah Kleimann sowie dem Gastwirt Hermann Mordowitz zur Verantwortung gezogen.

Im November 1924 war in der Wohnung der Mutter eines in Moabit amtierenden Staatsanwaltschaftsrates eingebrochen und Silber und Schmucksachen von hohem Werte erbeutet worden. Von den Tätern fand sich keine Spur. Unter ähnlichen Begleitumständen erfolgten im Mai und Juni 1926 wiederum Einbrüche. In dem einen Falle, bei dem Photographen Troß in der Zimmerstraße 24, dem außer Bargeld eine Münzsammlung im Werte von 30 000 Mark gestohlen wurde, sowie bei einem Ehepaar Leschke in der Friedrichstraße. Im Falle Troß wurde am Schlosse des Schreibtisches ein Fingerabdruck entdeckt. Der Erkennungsdienst des Polizeipräsidiums stellte fest, daß dieser Abdruck von dem inzwischen bei einem Einbruch auf frischer Tat ertappten Siesmann-Biernbaum stammte. Nunmehr erinnerte man sich auch des Einbruches bei dem Staatsanwaltschaftsrat, wo damals auf den Möbelstücken zahlreiche Fingerabdrücke sämtlicher zehn Finger von einem der Einbrecher zurückgelassen worden waren. Biernbaum wurde in der Speisewirtschaft des Ehemannes Kleimann festgenommen. Biernbaum und Flum bestritten ihre Schuld. Kriminalkommissar Lehmann vom Erkennungsdienst wies dem Gericht nach, daß die Fingerabdrücke ein untrügliches Erkennungsmerkmal seien, da die Linien in den Fingerspitzen sich bei keinem zweiten Menschen wiederholen. Bei Biernbaum war der Daumenabdruck um so markanter, als er links eine Narbe hat. Als Biernbaum zum Photographieren dem Erkennungsdienst vorgeführt wurde, biß er sich in den rechten Daumen. Es wurde ihm aber von dem Beamten lächelnd erwidert, er müsse auch schon in den linken Daumen beißen, denn der Fingerabdruck an dem Troßschen Schreibtisch sei von der linken Hand. Das Schöffengericht Mitte verurteilte Siesmann-Biernbaum wegen Einbruchsdiebstahls in drei Fällen zu 5 Jahren Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust. Pinkus-Flum konnte nur in einem Fall der Hehlerei überführt werden und erhielt ein Jahr Gefängnis. Minna Grätzer, das Ehepaar Faibel und Sarah Kleimann wurden wegen Begünstigung zu drei beziehungsweise vier Monaten Gefängnis und schließlich Hermann Mordowitz wegen schwerer Urkundenfälschung (Paßfälschung) zu neun Monaten Gefängnis verurteilt.

„Gerichtseinheit" für Berlin.

In der Berliner Stadtverordnetenversammlung ruft die sozialdemokratische Fraktion den Magistrat auf, sich für die Beseitigung eines Zustandes einzusetzen, der von der Recht suchenden Bevölkerung schon seit Jahrzehnten als sehr lästig empfunden wird. Sie beantragt:

„Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, den Magistrat zu ersuchen, beim preußischen Justizministerium dahin vorstellig zu werden, daß endlich in Gemäßheit der Beschlüsse des Landtags und des Staatsrats die Berliner Landgerichte im Gebäude des Landgerichts I in der Grunerstraße räumlich zusammengelegt werden."

Die Gefahr der Filmbrände.

Panikverhütung im Kino.

Die Kinokatastrophe, die sich vor einigen Wochen in Montreal ereignete und bei der ungefähr 80 Personen ums Leben gekommen sind, hat wiederum gezeigt, daß die größte Sorgfalt auf Schutzmaßnahmen zur Verhütung von Paniken gelegt werden muß. Wenn man bedenkt, daß in Amerika fast jeder Staat seine Sondervorschriften für elektrische Anlagen besitzt, was ohne Zweifel nicht zweckmäßig sein dürfte, so muß man doch darauf hinweisen, daß wir in Deutschland auch große Schwierigkeiten haben, einheitliche Vorschriften für das ganze Reichsgebiet durchzuführen. Die Frage, ob bei uns alles nur mögliche zur Verhütung von Paniken bei Filmbränden getan ist, wird man nicht ohne weiteres bejahend beantworten können. Es bestehen zwar Polizeivorschriften, die erst im Vorjahre durch zusätzliche Bestimmungen des preußischen Ministers für Volkswohlfahrt vom 19. Januar 1926 ergänzt worden sind, die aber z. B. für Groß-Berlin erst am 16. August 1926 als Polizeivorschrift erhoben wurden. In anderen deutschen Ländern bestehen vielfach noch andere Vorschriften, bzw. finden die neueren Vorschriften keine Beachtung, was auch auf Kinos in kleineren Orten Preußens teilweise zutrifft.

Der Feuergefährlichkeit wegen müssen **die Vorführungsräume durch feuersichere Wände vom Zuschauerraum getrennt sein,** da die Filme fast ausschließlich aus leicht entflammbarem Zelluloid bestehen. Die Fabrikation von schwer entflammbaren Filmen hat bis heute keine für die Praxis günstige Resultate erzielt. Im Bildfenster des Vorführungsapparates wird der Film durch die Licht- und Wärmestrahlen der Lampe einer gewissen Erwärmung ausgesetzt. Der Filmstreifen wird vor dem Bildfenster derart schnell hindurchgezogen, daß jedes Bild nur ein Bruchteil einer Sekunde im Fenster festgehalten wird. Sobald nun durch irgendeinen Fehler **das Filmband zum Stillstand kommt, kann die Erwärmung leicht zur Entflammung des Filmes führen.** Zur Verhütung der Entflammung haben viele Kinos Einrichtungen, die ständig kalte Luft gegen den Film blasen, wodurch die Brandgefahr stark vermindert wird. Die bestehenden Vorschriften über die Beleuchtung des Zuschauerraumes und über die Notbeleuchtung dürfen jedoch bei Beachtung auf alle Fälle eine Gewähr dafür bieten, daß auch bei einem völligen Ausbrennen des Vorführungsraumes keine Veranlassung zur Panik vorliegt, da die Beleuchtung des Zuschauerraumes auf jeden Fall solange anhalten wird, bis auch die letzte Person das Theater verlassen haben wird. Die **Ueberwachung der Kinos** und die Beachtung der neueren Bestimmungen, die in bereits bestehenden Theatern erst innerhalb zwei Jahren, mit geringen Ausnahmen, durchgeführt sein müssen, liegt den Polizeibehörden ob. Alljährlich muß jeder Kinobesitzer über den Zustand der elektrischen Anlage ein **Gutachten von einem polizeilich anerkannten Sachverständigen** einreichen. In Berlin sind zurzeit etwa 27 Angestellte und Beamte und etwa 17 den freien Berufen angehörende Sachverständige anerkannt. Die Tätigkeit der einzelnen Sachverständigen erstreckt sich nicht auf bestimmte Bezirke, sondern jeder Kinobesitzer kann sich einen ihm genehmen Sachverständigen wählen, kann auch, falls ihm das eine Gutachten nicht zusagt, sich einen anderen Sachverständigen nehmen, der ihm ein günstigeres Gutachten erstattet. Dieser Zustand hat in Berlin dazu geführt, daß verschiedentlich eine Reklame von Sachverständigen gemacht wird, die letzten Endes die Objektivität bei Abgabe der Gutachten stark beeinflussen muß. Auch hat dieser Zustand dazu geführt, daß einzelne Sachverständige ihr Arbeitsgebiet über ganz Groß-Berlin verteilt haben und äußerst stark beansprucht sind, andere dagegen, die diese Sachverständigentätigkeit nicht als ein reines Geschäft betrachten, nur verhältnismäßig wenige Gutachten erstatten. Eine feste Gebührenordnung für die Berechnung der Gutachten besteht leider auch nicht. Verschiedene Großfirmen haben eigene Angestellte als Sachverständige, die dann über selbst errichtete oder über eigene bzw. der eigenen Wartung unterliegenden Anlagen Gutachten abgeben. Das ist zwar untersagt, aber die Anerkennung solcher Angestellten als Sachverständige schließt dieses bereits ein. Hier Wandel zu schaffen, müßte eine der vornehmsten Aufgaben der Behörden sein. Auch müßte bei der Auswahl der Sachverständigen größte Sorgfalt walten und nicht nur die Empfehlung einer Großfirma oder eines Elektrizitätswerkes genügen.

Auch die Ausbildung der Vorführer läßt vielfach zu wünschen übrig. Wohl müssen sich die Vorführer einer gründlichen Prüfung unterziehen. Ob aber die Prüfung zur Erlangung des Vorführerzeugnisses in jedem Falle eine Gewähr dafür bietet, daß der Vorführer der Gefahr eines Filmbrandes in jedem Falle gewachsen ist, mag dahingestellt sein. Das Anlernen von Vorführern ist für verschiedene Kinobesitzer bzw. deren Vorführer ein gutes Geschäft. Man sollte nur solche Personen zur Vorführerprüfung zulassen, die eine längere Praxis im lektrotechnischen Beruf nachweisen können und eine Bescheinigung über die Erlernung des Vorführerberufes von einem mit Lehrbefugnis ausgestatteten Vorführer beibringen können.

Die Katastrophe in Montreal soll ein weiterer Ansporn zur Verbesserung der Schutzeinrichtungen für das Publikum sein.

Der „lahme" Bettler.

Wie man verurteilt werden kann.

Kürzlich wurde von einem Manne berichtet, der durch falsche Eintragungen in die Geburtsregister Männer und Frauen, ohne daß diese eine Ahnung davon hatten, zu Vätern und Müttern gemacht hatte. In ähnlicher Weise wurden verschiedene Personen durch einen Gauner wegen gewerbsmäßigen Bettelns verhaftet und sogar teilweise bestraft.

Der Arbeiter R., ein junger, bisher unbestrafter Mann, der sich auch stets durch ehrliche Arbeit seinen Lebensunterhalt erworben hatte, erhielt eines Tages eine Vorladung vor das Amtsgericht Spandau, um sich dort wegen Bettelns zu verantworten. Zu seinem Erstaunen mußte er vor Gericht hören, daß er sich im August in den Hauptstraßen Spandaus herumgetrieben, sich fälschlich als Lahmer ausgegeben und gebettelt habe. Seine Unschuldsbeteuerungen halfen ihm nichts. Belastend war, daß er zu jener Zeit gerade erwerbslos gewesen war. Von den drei Polizeibeamten, die als Zeugen vernommen wurden, war der eine unsicher, der andere erinnerte sich überhaupt nicht mehr des Vorfalls. Dagegen erklärte der Polizeiwachtmeister, der den Bettler zur Wache gebracht hatte, daß er R. „bestimmt wiedererkenne". Er erzählte auch, daß dieser sich besonders frech benommen habe, denn als er ihn wegen seines lahmen Beines untersuchen lassen wollte, und er daher zum Polizeipräsidium nach Berlin eingeliefert werden sollte, erklärte der Festgenommene, indem er sein Bein hin- und herschwang: „Die Mühe können Sie sich sparen. Ich habe so gesunde Beine wie nur einer." R. wurde daraufhin vom Amtsgericht für schuldig befunden und wegen gewerbsmäßigen Bettelns zu vier Wochen Haft und zur Ueberweisung an die Landespolizeibehörde verurteilt. Zu seinem Glück legte R. gegen das Urteil Berufung ein. Bald nach dieser Verhandlung erhielt ein Arbeiter F. ebenfalls eine Vorladung unter der gleichen Anklage vor das Amtsgericht Wedding. F. und R. waren seit Jahren Stammgäste in einem Speiselokal in der Weberstraße, in der Nähe ihrer Wohnungen. Dort hatte früher auch ein Tischler Johann Becker verkehrt, und dieser hatte eines Tages einem ihm begegnenden anderen Bekannten aus dem Lokal erzählt, daß er jetzt auf die Arbeit pfeife, er verdiene als lahmer Bettler leichter sein Geld, es könne ihm auch nichts passieren, da er immer falsche Papiere bei sich habe. F. trat nun einen Entlastungsbeweis an, so daß die Verhandlung vertagt werden mußte. In seiner Berufungsverhandlung vor der Strafkammer des Landgerichts III hatte R. ebenfalls die Vorladung des Becker beantragt und ermittelt, daß dieser sich wegen anderer Vergehen gerade in Haft beim Amtsgericht Charlottenburg befinde. Er erinnerte sich jetzt auch, daß ihm im Frühjahr die Invalidenkarte in dem Lokal aus der Manteltasche gestohlen worden war. Johann Becker wurde der Strafkammer vorgeführt. Bei seinem Anblick erklärte der Polizeiwachtmeister, der früher mit großer Bestimmtheit R. wiedererkannt haben wollte: „Der, und kein anderer ist der von mir Festgenommene." Johann Becker, ein junger kräftiger Bursche, gab auch ohne weiteres zu, daß er der Festgenommene gewesen sei, und daß er sich sowohl für R. als auch für F. ausgegeben und in beiden Fällen auf der Polizei die Vernehmungsprotokolle mit deren Namen unterzeichnet habe. Auf die Frage des Vorsitzenden, ob er das in anderen Fällen ebenso gemacht habe, verweigerte er die Auskunft. Angesichts dieser Sachlage hob die Strafkammer das Urteil des Amtsgerichts Spandau auf und sprach R. auf Kosten der Staatskasse frei. Für Becker wird die Sache noch ein böses Nachspiel haben, da er sich nun nicht nur wegen Bettelns, sondern auch wegen Urkundenfälschung zu verantworten haben wird.

Der Herr Erbkämmerer im Herzogtum Magdeburg.

Im Inseratenteil der „Kreuz-Zeitung" konnte man am Sonntag folgende niedliche Annonce lesen: „Die Pfarrstelle Parey a. d. Elbe, Bezirk Magdeburg (Patronatskirche), ist sofort zu besetzen. Meldungen erbeten an den Patron, Freiherr von Plotho-Parey Erbkämmerer im Herzogtum Magdeburg." Da es die „Kreuz-Zeitung" im Jahre 1927 in dem einzigen Teil, der an ihr beachtenswert ist, bringt, so muß es wohl so sein. Im anderen Fall hätte man nämlich angenommen, es sei ein Nachdruck aus den „Relationen" des 17. Jahrhunderts, wie zur Zeit des Herzogtums Magdeburg die Zeitungen genannt wurden.

Billige Fischtage. Die reichliche Versorgung des Marktes mit Fischen aller Art hält an. Am Donnerstag, Freitag, Sonnabend kommen zum Verkauf: Lebende Karpfen in allen Größen pro Pfd. von 1,10 M. an, Mittelzander (gefroren) pro Pfd. 80 Pf., und sind noch große Zufuhren in frischen Heringen zu erwarten, die nach wie vor für 15 bis 20 Pf. je nach Größe abgegeben werden. Die Verkaufsstellen sind durch Plakate kenntlich gemacht.

Eine Kolonie unter Wasser.

200 Familien bedroht.

25 Kilometer vor den Toren Berlins, in der Nähe der Ostbahn, liegt die Kolonie Alt-Landsberg-Süd, etwa 500 Einwohner zählend. Die Kolonie, deren Einwohner hauptsächlich Arbeiter, kleine Handwerker und Beamte sind, die mit unermüdlichem Fleiß aus einem Stückchen märkischen Sandboden einen Obstgarten gemacht haben, ist seit 20 Jahren von einer immer mehr und mehr steigenden Stau- und Grundwassergefahr bedroht. Schon 20 Jahre lang hat die Wirtschaftsorganisation der Kolonie, der „Grundbesitzerverein Alt-Landsberg-Süd", sich an die in Frage kommenden Behörden um Abhilfe gewandt. Da schon jahrelang die Keller der Häuser voll Wasser stehen, das nach jedem Niederschlag sofort steigt, verlangten die Siedler sowohl vom Magistrat der Stadt Alt-Landsberg wie vom Landratsamt Niederbarnim, daß doch wenigstens die vorhandenen Vorflutgräben gereinigt und in Ordnung gehalten würden, aber nichts geschah von dieser Seite. So entstand in jedem Jahr jedem Siedler großer Schaden dadurch, daß ihm seine Wintervorräte im Keller oder in den Mieten in Folge des Ansteigens des Wassers umkommen, die Wurzeln der Obstbäume verfaulen, sie drohen einzugehen, in den Häusern steigt der Schwamm hoch und gefährdet die Gesundheit der Bewohner. So mußte es kommen, daß in diesem Winter der Staumasserspiegel so hoch stieg, daß ein großer Teil der Kolonie ein riesiger See wurde, der stellenweise 50 Zentimeter Tiefe erreichte. Den Bewohnern gelang es nur mit Hilfe der Feuerwehr aus ihren Häusern zu kommen. Das Wasser lief von oben in die Keller und Parterreräume hinein. Am 1. und 2. Januar mußte die gesamte Einwohnerschaft von morgens bis abends arbeiten, um dem Wasser einigermaßen Abfluß zu geben. Jedoch trotz allem steigt das Wasser mehr und mehr. Die mühsam errichteten Häuser drohen einzustürzen. Jahrzehntelange Arbeit hunderter fleißiger Hände geht zugrunde und immer noch wird nichts getan. 200 Siedlerfamilien rufen die Oeffentlichkeit um Hilfe an, sie zu unterstützen im Kampf gegen die Gleichgültigkeit und Langsamkeit der Behörden, sie fordern Unterstützung im Kampf um die Erhaltung ihrer Existenz und ihres Lebens.

Ein sonderbarer Diebstahl.

Aus einem Handkarren der Post, mit dem jeden Abend von einem Postzweigamt nach dem benachbarten Hauptpostamt der Kassenbestand und die Wertzeichen während der Nacht geschafft werden, wurde am Dienstag abend ein Geldsack mit 7500 Mark gestohlen. Dem Wagen, den ein Postschaffner zieht, sind ein Oberpostschaffner und ein Oberpostsekretär zur Bewachung beigegeben. Die beiden folgten jedoch dem Wagen nicht auf dem Fahrdamm, sondern gingen auf dem Bürgersteig. Zeugen wollen beobachtet haben, daß ein Mann mit dem Umhang und der Mütze eines Postbeamten unmittelbar hinter dem Wagen ging. In ihm wird der Dieb vermutet. Als der Wagen beim Hauptpostamt ankam, stand die Tür auf und der Geldsack war verschwunden.

Kabarett der Komiker. Das Januarprogramm steht ganz im Zeichen der Satire, dieser übrigens einzig annehmbaren Form kabarettistischer Vortragsweise. Drei recht aussichtsreiche Anwärter auf die Siegespalme versuchen, einander den Rang abzulaufen. Allen voran Hans Reimann. In seinem Auftrittspsalm, wo er so liebevoll der scheenen Zeiten und des verflossenen Geenigs gedenkt, heißt's am Schlusse stets: „Den macht uns keener nach." Und wenn er da seine Parodie des Kitsch-Chansons „Das blonde Kind von Norderney" losläßt, dieses Kabinettstück der Glossierung falschen, oder besser gesagt, gar nicht vorhandenen Gefühls mit all seinem faden Drum-Rum, da verrät ihm der einstimmige Jubel der Menge „das macht dir keiner nach". Paul Nikolaus führte eine überaus launige Conférence, gewürzt mit geistvoll-witzigen Aperçus und Hermann Vallentin brachte zeitgemäße Glossen. Die Stärke des Abends lag diesmal — abweichend von aller Tradition — eigentlich im ersten Teil des Programms. Ilse Bais, die famose Parodistin, brillierte wieder in einer ihrer bekannten atemberaubend schnellen Verwandlungsszenen und glossierte Varietétypen. Zum Schluß gab's die Operette „Märchen im Schnee" mit Paul Morgan.

Fragen Sie Ihren Arzt,

und wenn Sie hören, daß Ihre Darmträgheit die Ursache Ihres Leidens ist, dann nehmen Sie Laxin und Sie sind erlöst. Laxin ist das ideale Abführmittel und schmeckt wie das feinste Konfekt. Eine Dose kostet M. 1.50. In allen Apotheken und Drogerien zu haben.

Die verschwundenen Akten.

Zweimal wurden die gleichen Prozeßakten in dem Gebäude des Landgerichts in der Grunerstraße gestohlen. Wie die Diebstähle möglich gewesen sind, ist noch nicht vollständig aufgeklärt. Vor einer Zivilkammer des Gerichts schwebt seit dem vergangenen Jahre ein Prozeß, der auch dem Juwelier Friedrich Wilhelm Brandenburg in der Friedrichstr. 235 eine Anklage eingebracht hatte. Als der Termin angesetzt wurde, waren die Akten kurz vor der anberaumten Zeit plötzlich verschwunden. Nachforschungen hatten keinen Erfolg. Plötzlich aber lagen die Akten wieder an derselben Stelle, von der sie auf rätselhafte Weise weggekommen waren. Jedoch stellte es sich heraus, daß alte Akten verschwunden waren und daß Fälschungen vorgenommen wurden. Außerdem waren neue Akten hinzugefügt. So hatte sich die Prozeßlage verändert. Brandenburg erschien nach der neuen Lage ziemlich gerechtfertigt. Der Verdacht des Diebstahls und der Fälschungen richtete sich deshalb auch gegen ihn selbst. Die Ermittlungen lieferten soviel Belastungsmaterial, daß die Staatsanwaltschaft ihn festnahm und in Untersuchungshaft setzte. Als nun wieder ein Termin kam, waren die Akten abermals verschwunden, und sie sind auch bis zum heutigen Tage noch nicht wieder zum Vorschein gekommen. Brandenburg blieb in Untersuchungshaft. Die Akten wurden ergänzt und im Hauptverfahren wurde der Verhaftete in erster Instanz zu einem Jahr Zuchthaus verurteilt. Die weiteren Ermittlungen erstreckten sich nun auch auf Verwandte und den anderen Anhang Brandenburgs. Der Verdacht nach dieser Richtung verstärkte sich immer mehr, besonders gegen einen Einbrecher Juppa, der augenblicklich eine Gefängnisstrafe von mehreren Jahren verbüßt. Außer ihm gerieten noch weitere 5 Personen in die Untersuchung hinein und auch diese wurden zum Teil in Haft genommen. Inzwischen kam die Berufungsverhandlung gegen Brandenburg. Er wurde zu einem Jahr Gefängnis verurteilt, brauchte aber die Strafe nicht sofort anzutreten. Die neuen Ermittlungen der Kriminalpolizei zur Aufklärung der Aktendiebstähle belasteten ihn wieder so schwer, daß die Staatsanwaltschaft wieder einen Haftbefehl gegen ihn erließ. Bevor jedoch die mit der Vollstreckung beauftragte Kriminalpolizei diesen Befehl ausführen konnte, war Brandenburg verschwunden.

Feuer in einer Farbenfabrik.

Die Feuerwehr wurde gestern abend gegen ¼8 Uhr nach dem Salzufer 8 zu Charlottenburg gerufen, wo in den Kahl-Behringer Farbenfabriken im zweiten Stockwerk eines Fabrikgebäudes, das inmitten des Komplexes liegt, Feuer ausgebrochen war. Unter Leitung des Oberbranddirektors Gempp eilten auf den Alarm „Mittelfeuer" sofort fünf Löschzüge herbei. Das Feuer war in einem im zweiten Stockwerk gelegenen Farbentrockenraum, wo Holzfarben bis 50 bis 60 Grad Hitze auf Regalen und Holzplatten getrocknet werden, vermutlich durch Selbstentzündung entstanden. Durch den Ueberdruck und starke Hitzeentwicklung wurde eine Rabitzwand zum Teil zum Einsturz gebracht. Beim Erscheinen der Wehren brannte der Raum lichterloh. Wegen der Stichflammengefahr mußte sehr vorsichtig zu Werke gegangen werden. Ueber die Treppenhäuser und eine mechanische Leiter wurde das Feuer aus fünf Rohren großen Kalibers bekämpft. Die Aufräumungsarbeiten dauerten bis gegen 11 Uhr abends.

Kommunistische „Kulturkämpfer".

Der 6. Kreis des Vereins der Freidenker für Feuerbestattung hielt im Gewerkschaftshaus seine diesjährige Hauptversammlung ab. Die Kommunisten hatten bei der letzten Versammlung den Genossen Liedtke tätlich angegriffen. Gestern versuchten die Kommunisten wieder die Versammlung zu terrorisieren. Trotzdem sie in der Minderheit waren, lärmten sie bei allen Abstimmungen, die gegen ihre Anträge ausfielen. Mehrmals mußten Genossen vom Zentralvorstand das Wort nehmen, um die aufgeregte Versammlung zu beruhigen. Beim ersten Punkt der Tagesordnung, Veranstaltung von Jugendweihen gemeinsam mit den politischen Parteien, kam es zu wiederholten Wutausbrüchen der Kommunisten, weil der Referent ihnen in seinen Ausführungen zum Vorwurf machte, daß sie die Anmeldungen zurückhielten. Die Kommunistin Beck wollte sich gegen den Referenten rächen und wollte von den Methoden der SPD. einiges erzählen, um die Genossen aufzuklären. Die Aufklärung blieb aber aus, und es wurde nur auf die SPD. geschimpft. Bei dem zweiten Punkt der Tagesordnung: Einrichtung einer weltlichen Schule, kam es wieder zu Empörungsausbrüchen der Kommunisten. Sie wollten die weltliche Schule erst dann eingerichtet wissen, wenn genügend Lehrer da wären, die aus der Landeskirche ausgetreten sind. Die Kommunisten verstiegen sich sogar zu der Auffassung, daß sie lieber ihre Kinder in der christlichen Schule belassen würden, um dort ihre Kinder gegen den Religionsunterricht agitieren zu lassen. Daß das Vorgehen der Kommunisten beabsichtigt war, geht schon daraus hervor, daß die Kommunisten mit der „Roten Fahne" Zettel verteilen ließen, um auch ja alle Kommunisten zur Versammlung zur Stelle zu haben. Daß die Kommunisten auch die Tagesordnung gefälscht hatten, sei nebenbei erwähnt. Die Versammlung wurde zu einer politischer Auseinandersetzung und hat für den Kulturkampf nichts geleistet. Es wird Zeit, daß der Zentralvorstand sich ernsthaft um die Zustände im 6. Kreis bekümmert.

Ein Riese der Tiefsee.

In Berlin stadtbekannt zu werden ist wirklich nicht jedermann vergönnt, aber „Nauke", der See-Elefant des Zirkus Karl Hagenbeck ist es nachgerade geworden. Seit dem Sommer ist er schon beim Bau, aber erst in Berlin wurde er in Dressur genommen. Selbst bei einem Meeresriesen geht die Liebe durch den Magen und der Dresseur von Borstel fütterte und fütterte die mächtige Robbe, die die Fische gleich portionsweise verschlingt und dabei noch immer nach mehr ausschaut. Und „Nauke" guckt aus Augen, die so groß sind wie Kompotteller. „Nauke" ist solch' Ueberbleibsel aus der Urwelt, kein Wunder, daß ihm mitunter unser technisiertes Zeitalter nicht gefällt. Am Sonntagnachmittag, als er erstmalig einem größeren Publikum gezeigt wurde, blendete ihn der Scheinwerfer. Da machte „Nauke" kurzerhand kehrt, um in seinen Sonderwagen zurückzukehren, warf auf diesem Wege zwei Seelöwen von ihren Postamenten und zerknickte diese, wie ein Mensch Streichhölzer zerbrechen kann. Natürlich wurden ein paar kreischende Stimmen laut und etliche Herzen klopften schneller. Auch einem der kleinen Seelöwen, die nun ratlos in der Manege herumwatschelten, war ängstlich und ungemütlich zu Mute. Schließlich aber dachte er, ich gehöre doch auf ein Postament, kroch auf das Riesenpostament des See-Elefanten, zerrte sich ganz lang und — das kam gerade in seiner Nummer vor — klatschte Beifall. Da lachte ein jeder im Zirkus und der kleine Seelöwe aus Kalifornien hatte die Situation gerettet.

Das Kaffeehaus am Tiergarten. Die letzte Errungenschaft auf dem Gebiete moderner Raumgestaltung bildet das neue „Café Schattenhauch" am Tiergarten. Eine ganz besonders interessante Neuheit ist darin das Alt-Berliner Porzellankabinett, ein Saal, der von der Staatlichen Porzellanmanufaktur mit handgemalten Tellern und Platten ausgestattet wurde. Diese Sehenswürdigkeit, die auch eine bedeutende kunstgewerbliche Leistung darstellt, schafft gewissermaßen die Wiederaufnahme einer historischen Kunsttradition und eine interessante Verschwisterung des alten und neuesten Berlin. Oskar Kaufmann, der große Theaterbaumeister Berlins, hat im Verein mit Professor Cesar Klein, Professor Willi Jaeckel, Ludwig Kainer, Oskar Oehme, dem Bildhauer Ernst Asimont und dem Emailleur K. Rosenberg ein prächtiges Stück Arbeit geleistet. In drei Etagen verteilt, flankiert von breit ausladenden, kühn geschwungenen Treppen und Brüstungen, die dem Ganzen eine weiche, geschmeidige Linie geben, befinden sich die einzelnen Säle. Ein blauer Saal, ganz mit Seide bespannt, weist ein prachtvolles Deckengemälde von Professor Cesar Klein auf, den mittleren Saal mit den beiden Rängen in kupferfarbenem Ton gehalten, schmückt ein Deckengemälde Willi Jaeckels, und im Hintergrund winkt hinter märchenhaft durchleuchteten Alabasterwänden der Tanzsaal. Der Zustrom der Neugierigen ist einfach beängstigend. Man möchte gar nicht glauben, daß so viele Menschen am Nachmittag soviel Zeit haben.

Lichtbildervortrag

„Aus dem Leben der weltlichen Schule"

heute, Donnerstag, den 20. Januar, abends 7½ Uhr.
im großen Sitzungssaal des Bezirksamts, Yorckstr. 11.

Vortragender: Lehrer Richard Schröter.

Alle Eltern, deren Kinder die südwestlich gelegenen Schulen besuchen, sind herzlichst eingeladen. — Eintritt frei!

Anmeldungen für die weltliche Schule bei nachstehenden Elternbeiräten: Kawiel, Dreibundstraße 5. — Münchenhagen, Möckernstraße 66. — Kuhlicke, Hagelberger Str. 6. — Meyer, Hagelberger Str. 20a.

Schweres Motorradunglück am Seddiner See. Gestern abend ereignete sich auf der Chaussee, die am Seddiner See vorüberführt, ein folgenschweres Motorradunglück. Drei Studenten, die sich auf einem Motorrad mit Beiwagen auf der Fahrt von Berlin über Potsdam nach Leipzig befanden, begegneten unterwegs einem Lastkraftwagen, der trotz der Signale nicht ausbog. Das Motorrad geriet auf den Sommerweg, wo es sich mehrmals überschlug. Die drei Insassen wurden in hohem Bogen herausgeschleudert. Einer von ihnen erlitt lebensgefährliche Verletzungen und mußte in das Beelitzer Krankenhaus geschafft werden. Seine beiden Begleiter kamen mit leichteren Verletzungen davon und konnten nach Anlegung von Notverbänden die Reise mit der Bahn fortsetzen. — Beim Ueberschreiten des Fahrdammes an der Ecke Charlottenburger Chaussee und Siegesallee wurde gestern abend ¼8 Uhr der Kaufmann Erwin Kleinau von einem Autobus der Linie 1 erfaßt und überfahren. K. wurde schwerverletzt in die Charité eingeliefert, wo er kurze Zeit darauf an den Folgen eines schweren Schädelbruches und innerer Verletzungen starb.

Die Berliner Schulpolitik behandelt der neue Stadtschulrat, Genosse Nydahl, ausführlich in der erschienenen Januar-Nummer der „Kommunalen Blätter für Groß-Berlin". Er zeigt die Widerstände auf, die einer großzügigen Schulpolitik in Berlin entgegenstehen und bedauert mit Recht, daß Berlin hinsichtlich der Schulverwaltung genau so gebunden und eingeengt sei, wie jede Kleinstadt. Am Schlusse erläutert N. die im Vordergrunde stehenden dringlichsten Forderungen auf dem Gebiete der Schule. — In einem weiteren Artikel berichtet der Leiter des Kommunalen Sekretariats über: „Die Sozialdemokratie in den Berliner städtischen Körperschaften". Diese äußerst lehrreiche Abhandlung zeigt den Einfluß der Sozialdemokratie in der Gemeinde Berlin und gibt Aufschluß über das Wirken von weit über 1400 Männern und Frauen unserer Partei auf dem umfangreichen Gebiete der Kommunalpolitik einer Weltstadt.

Funkwinkel.

Man freute sich, daß der Berliner Sender an diesem Mittwoch für ein einigermaßen abwechselungsreiches und auch qualitativ annehmbares Tagesprogramm gesorgt hat. Am Nachmittag sandte die Jugendbühne den dritten Teil von Hebbels Nibelungen, „Krimhilds Rache", in außerordentlich guter Besetzung, die das allerdings wenig funkgeeignete Werk wenigstens in einzelnen Szenenfolgen plastisch zu gestalten vermochte. Teils recht interessante Vorträge aus den verschiedenen Gebieten folgten. Dabei soll nicht verschwiegen werden, daß bereits am Nachmittag Margarete Kämmerer in ihren Ausführungen „Die Hausangestelltenfrage ein soziologisches Problem" sich bemühte, ein etwas höheres Niveau als das der üblichen vom Rundfunk behandelten Frauenfragen und Frauensorgen zu erreichen. Doch ist die Forderung nach der gelernten und ungelernten Hausgehilfin, die Frau Kämmerer am Schluß ihrer Ausführungen so energisch aufstellte, vielen Funkhörern gewiß weniger Herzenssache als der Rednerin. Der Ruf nach dem Examen in allen Ständen ist typisch deutsch. In Amerika macht man zwischen gelernten und ungelernten Arbeitern auf fast keinem Gebiet einen Unterschied, wofern beide nur das gleiche leisten und ermöglicht damit auch demjenigen einen Aufstieg, dem die Mittel zum Besuch einer Fachschule oder zum Durchhalten einer Lehrzeit fehlten. Von den übrigen Vorträgen waren besonders die Ausführungen Hellmut Jane Jaretzkis „In der Werkstatt der Lebenden. — Besuch bei Willi Jäckel und Georg Kolbe" hörenswert, ebenso die Dr. Wilhelm Spickernagels „Wie wohnt der Amerikaner?". Der Experimentalvortrag Prof. Dr. Gustav Leithäusers „Drahtloser Empfang ferner Stationen" wird gewiß die Aufmerksamkeit aller Funkhörer und Funkbastler gefesselt haben. Dabei interessierte neben funktechnischen Fragen auch die Ausführung und der Klang der Musik von den verschiedenen Stationen. Besonders fiel auf, daß der Klavierton von der englischen Station Daventry durchaus natürlich und frei, ohne jeden Drahtklang war, während die wesentlich besser empfangene Station Frankfurt den üblichen Funkklavierton gab.

Sprechchor für Proletarische Feierstunden. Uebungsstunde am Donnerstag, den 20. Januar, abends 7½ Uhr, in der Aula der Sophienschule, Weinmeisterstr. 16/17. Alle Mitglieder müssen bestimmt erscheinen.

Bezirksbildungsausschuß Groß-Berlin. Sonntag, 30. Januar, Theatervorstellung im Theater der Volksbühne am Bülowplatz. Zur Aufführung gelangt „Volpone" (oder der Kampf ums Geld), eine Komödie in zwei Teilen von Stefan Zweig (nach Ben Jonson). Preis der Karte einschließlich Garderobe und Theaterzettel 1,20 M. Karten für die Veranstaltungen sind zu haben bei den Bildungsobleuten der Kreise und Abteilungen, bei Horsch, Engelufer 24/25 (Zigarrengeschäft), Linke, Inselstr. 6 (Tabakvertrieb der GEG.), Verband der graphischen Hilfsarbeiter, Luisenufer 33, in den Vorwärtsspeditionen, der Buchhandlung J. H. W. Dietz, Lindenstr. 2, sowie in allen bekannten Verkaufsstellen.

Freie Sozialistische Hochschule. Am Sonnabend, den 22. Januar, findet im großen Saal des ehemaligen Herrenhauses, Berlin, Leipziger Straße 3, ein Vortrag vom Genossen Hermann Wendel, Frankfurt am Main über das Thema: „Der neue Balkan im neuen Europa" statt. Karten zum Preise von 30 Pfennig an folgenden Stellen: Bureau des Bezirksbildungsausschusses, Lindenstraße 3, 2. Hof, II. Zimmer 8; Buchhandlung J. H. W. Dietz, Lindenstraße 2; Verband der graphischen Hilfsarbeiter, Ritterstraße Ecke Luisenufer; Zigarrengeschäft Horsch, Engelufer 24/25 (Gewerkschaftshaus); Verlag des Verbandes der Deutschen Buchdrucker, Dreibundstraße 5; Tabakvertrieb, Inselstraße 6; „Werkfreude"-Bücherstuben, Potsdamer Straße 104; Berliner Gewerkschaftskommission, Engelufer 15, sowie in allen „Vorwärts"-Speditionen.

Die „Neue Welt" in der Hasenheide steht wieder im Zeichen der Bockbierfeste. Man befindet sich in den bayerischen Alpen: Hochgebirgslandschaften an den Wänden, Terrassen, Kraxelstege, Rutschbahnen usw. sollen diese Illusion hervorrufen. Im großen Tanzsaal, mit zum Teil neuen Landschaften dekoriert, Berchtesgaden im Frühling darstellend, ist jeden Abend Ball, und in den hinteren Räumen sind Schaubuden, Radio-, Auto-, Schweizer Gebirgsbahn und sonstige Vergnügungsgelegenheiten untergebracht. An Elitetagen finden Prämiierungen, „Braten ganzer Ochsen" auf dem Lukullusbratapparat, Schweineschlachten usw. statt.

Die Ausstellung Märkischer Maler im Realgymnasium An der Parkaue, Lichtenberg, über die wir berichteten, bleibt bis 24. d. M. bei täglichem freien Eintritt geöffnet.

Reichsbanner-Gründungsfeier im Ulap. Der 2. Kreis Berlin-Tiergarten des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold veranstaltet am Sonnabend, den 22. Januar, eine Gründungsfeier im Ulap, Eingang Invalidenstraße. Der Beginn der Feier ist auf 8 Uhr mit einer Ansprache des Kam. Dr. Mischler festgesetzt. Eintritt inkl. Tanz 1 M. Republikaner und Reichsbannerkameraden sind herzlichst eingeladen.

Der höchste Schornstein Europas. In Bochum beim Bochumer Verein für Gußstahlfabrikation wurde der höchste Schornstein Europas in Betrieb genommen. Er dient zur Abführung von Gasen und ist 141 Meter hoch, erreicht also beinahe die Höhe des Kölner Doms. Der obere innere Durchmesser des Schornsteins beträgt 5 Meter, der der Fundamentplatte 19 Meter.

Bau eines Land- und Seeflughafens in Lübeck. In der Lübecker Bürgerschaft wurde am Montag mit großer Mehrheit die Senatsvorlage auf Bewilligung des Lübecker Anteiles zum Ausbau eines großen Land- und Wasserflugzeughafens, der als Knotenpunkt für den Luftverkehr nach den nordischen Staaten und England gedacht ist, bewilligt. Der Flugplatz, für den auch das Reich und Hamburg Kostenbeiträge stellen wollen, soll an der Travemündung angelegt werden.

Aus der Partei.

Rationelle Bildungsarbeit.

Es ist eine der bedauerlichsten Erscheinungen in der vielgestaltigen Kulturarbeit der proletarischen Organisationen, daß trotz aller Bemühungen, die vorhandenen Kräfte zusammenzufassen, noch immer viel Kraft und Arbeit im zwecklosen Nebeneinander vergeudet wird. Eine rationelle Ausgestaltung der Bildungs- und Kulturarbeit ist deshalb erforderlich. Dieses Thema behandelt sehr eingehend Otto Jenssen in seinem Aufsatz „Rationalisierung der Bildungsarbeit" in dem soeben erschienenen Januarheft der „Arbeiterbildung". Seine Ausführungen sollten von allen unseren Bildungsfunktionären beachtet werden.

In derselben Nummer der „Arbeiterbildung" behandelt Genosse Fritz Karsen das Thema der Konfessionalisierung der Lehrerbildung, die eine große Gefahr für das Volksschulwesen darstellt. Politisch aktuell ist ferner eine ausführliche Rededisposition von C. Mierendorff über „Reichswehr und Republik", die eine Fülle von geschichtlichem und statistischem Material zu dieser Frage bringt. Ferner enthält die Nummer Beiträge von Adolf Johannesson „Aus der Werkstatt der Sprechchöre", J. Birnbaum über „Wochenendkurse" sowie Vorschläge über die Abhaltung sozialistischer Kunst- und Unterhaltungsabende.

Das gleichzeitig erschienene Januarheft der „Bücherwarte" bringt einen größeren Leitaufsatz von Alfred Braunthal über „Bürgerliche und sozialistische Wirtschaftstheorie", in dem die bedeutendsten Strömungen der gegenwärtigen Nationalökonomie geschildert und die wichtigsten wirtschaftstheoretischen Schriften gekennzeichnet werden. Zahlreiche Besprechungen von Neuerscheinungen aus dem Gebiete der Erzählenden Literatur, der Geschichte, Kommunalpolitik, Literaturwissenschaft, Naturkunde, Politik, Sozialpolitik, Soziologie und Wirtschaftswissenschaft beschließen die reichhaltige Nummer.

Die „Bücherwarte" mit Beilage „Arbeiterbildung" ist zum Preise von 1,50 M. für das Vierteljahr durch die Post zu beziehen. Bestellungen werden auch durch die Buchhandlung Dietz, Lindenstraße 2, sowie durch alle „Vorwärts"-Speditionen entgegengenommen. Einzelnummern sind zum Preise von 75 Pf. erhältlich.

Mifa
Das Qualitäts-Fahrrad

18. Berliner Sechstagerennen, 12.–18. Januar 1927

Lorenz-Tonani
mit 2 Runden Vorsprung
Zweiter: Buschenhagen

Sieger auf MIFA

60-65-80-90 bis 178 M.
Wochenraten von 4 Mark an

Direkt ab Fabrik durch 160 Mifa-Fabrikverkaufsstellen:

Berlin SW 61, Belle-Alliance-Str. 6, Mifa-Werke
NW 7, Schiffbauerdamm 1, Erich Aberger
Neukölln, Friedelstraße 27, Erich Aberger
O 34, Petersburger Straße 8, Carl Dähn
Charlottenburg, Tauroggener Str. 12, Paul Charlet
Charlbg., Kaiserin-Augusta-Allee 44, Paul Charlet
Pankow, Schloßstraße 19, M. Galle
SW 68, Alexandrinenstr. 15, Max Herrmann
Schöneberg, Barbarossastr. 42, F. Tybus

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einsendungen für diese Rubrik sind stets an das Bezirkssekretariat, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, 2. Hof, 2 Trep. rechts, zu richten.

Bezirksvorstand.

Sonnabend, den 22. Januar, abends 6 Uhr, Sitzung des erweiterten Bezirksvorstandes im Sitzungszimmer der „Vorwärts"-Redaktion, Lindenstraße 3. — Jeder Kreis muß vertreten sein.

5. **Kreis Friedrichshain.** Freitag, 21. Januar, 7½ Uhr, Konferenz aller Abteilungsobleute der Zeitungskommissionen bei Wittschuß, Petersburger Straße 5. Jede Abteilung muß unbedingt vertreten sein.

Heute, Donnerstag, den 20. Januar:

Adlershof-Köpenick. 8 Uhr bei Bäsener Zahlabend. Wahl der Funktionäre. Erscheinen aller Genossen und Genossinnen ist Pflicht.

Morgen, Freitag, den 21. Januar:

88. **Abt. Mariendorf.** 7½ Uhr Funktionärsitzung bei Riendorf, Chausseestr. 19. Erscheinen unbedingt erforderlich.

108. **Abt. Köpenick.** 7½ Uhr im Lokal Oskar Schulz, Bahnhofstraße, wichtige Funktionärsitzung. Tagesordnung: Stellungnahme zur Neuwahl der Abteilungsleitung.

126./130. **Abt. Pankow.** 8 Uhr wichtige Sitzung der Zeitungs- und Bildungskommission bei Mock, Berliner, Ecke Lindenpromenade. Erscheinen ist wegen der Wichtigkeit unbedingt erforderlich.

Abt. 124a Mahlsdorf-Süd. 8 Uhr bei Diek, Uhlandstr. 18, Generalversammlung. Geschäfts- und Kassenbericht. Neuwahl des Vorstandes. Jede Genossin, jeder Genosse muß unbedingt wegen der Wichtigkeit der Versammlung erscheinen.

34. **Abt.** Sonnabend, 22. Januar, 1¼ Uhr, Besichtigung der Vorwärts-Druckerei, Lindenstr. 3. Treffpunkt 7¼ Uhr Lindenstr. 3, 1. Hof. Zahlreiches Erscheinen wird erwartet.

Jungsozialisten, heute, Donnerstag, den 20. Januar:

Gruppe Charlottenburg: 8 Uhr im Jugendheim Rosinenstr. 4 politische Diskussion. — **Gruppe Tiergarten:** Gemeinsamer Besuch der Veranstaltung in Charlottenburg, Rosinenstr. 4, Jugendheim. Sonnabend, 22. Januar, 8 Uhr, im Jugendheim Bremer, Ecke Wiclefstraße; Jahresmitgliederversammlung. Alle Mitglieder müssen unbedingt erscheinen. — **Gruppe Neukölln I und II:** 8 Uhr in der Volksbücherei, Ganghoferstraße, Arbeitsgemeinschaft: „Probleme des fernen Ostens". Leiter Studienrat Erwin Marquardt. — **Gruppe Prenzlauer Berg:** 8 Uhr im Jugendheim Danziger Straße 62. Vortrag: „Genossenschaftswesen". Referent Otto Lamm. — **Gruppe Osten:** 8 Uhr im Jugendheim Tilsiter Str. 4. Vortrag: „Die Werte der Arbeit".

Frauenveranstaltungen:

7. **Abt.** Interessierte Genossinnen treffen sich heute, Donnerstag, 20. Januar, nachmittags 2 Uhr, bei Berninameier, Invaliden-, Ecke Chausseestraße, zwecks Besichtigung des Konsumwarenhauses in Charlottenburg, Rosinenstr. 4.

Einheitsverband sozialistischer Handel- und Gewerbetreibender und sonstiger Berufe. Heute, Donnerstag, 20. Januar, 8 Uhr, findet im Restaurant des Gewerkschaftshauses, Engelufer 24—25, unsere Januarversammlung statt. Die Tagesordnung enthält u. a. einen Vortrag des Kollegen Fuchs über „Vor- und Nachteile in der Steuer- und Handelsbilanz". Vollzähliges Erscheinen zu dieser Versammlung wird bestimmt erwartet.

Die mit dem Referat des Genossen Wissell angekündigte Versammlung findet am 16. Februar statt. Thema: „Deutschland in der Weltwirtschaft".

Achtung, Beamte! Die Bezirksarbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Beamten und Lehrer hat in ihrer letzten Sitzung am 14. Januar folgendes vorläufiges Winterprogramm aufgestellt: Freitag, 21. Januar, 8 Uhr, im Jugendheim Lindenstr. 3, Vortrag des Genossen Ernst Falk über „Die Geschichte des deutschen Beamtentums". — Freitag, 4. Februar, 8 Uhr, Vortrag des Genossen Senatspräsidenten A. Freymuth über „Die gegenwärtige Rechtsstellung des Beamten". — Freitag, 18. Februar, 8 Uhr, Vortrag des Genossen Polizeihauptmann a. D. G. Steinig über „Die künftige Gestaltung des Beamtenrechts". — Freitag, 4. März, 8 Uhr, Vortrag des Genossen Reichstagsabgeordneten Philipp Scheidemann über „Die staatspolitische Stellung der Beamtenschaft". — Freitag, 18. März, 8 Uhr, Vortrag des Genossen Reichstagsabgeordneten Hermann Müller über „Die wirtschaftspolitische Stellung der Beamten". — Sämtliche Vorträge stehen in einem inneren Zusammenhang und es empfiehlt sich daher, die angegebenen Tage freizuhalten. Außer den Mitgliedern der Bezirksarbeitsgemeinschaft können auch die übrigen Mitglieder der Werbeausschüsse an diesen Sitzungen teilnehmen. **Die Beamtenzentrale.**

Sozialistische Arbeiterjugend Gr.-Berlin

Die zweite Lieferung der Führerausweise ist eingetroffen und können abgeholt werden.

Abteilungsleiter und -kassierer besichtigen am kommenden Sonnabend das Verbandshaus der Buchdrucker in der Dreibundstraße. Treffpunkt 3¾ Uhr Untergrundbahnstation Kreuzberg, Südausgang. Die Besichtigung ist mit einem Vortrag: „Wie entsteht eine Zeitung" verbunden.

Besichtigung des Reichstages durch die Werbebezirke Westen, Tiergarten, Schöneberg, Teltowkanal und Abteilung Lichtenberg-Mitte. Treffpunkt am Sonntag, 23. Januar, 10 Uhr vormittags, Reichstagsportal 5.

Besichtigung des Parteiarchivs durch die Werbebezirke Lichtenberg, Wedding, Reinickendorf und Pankow. Treffpunkt Sonntag, 23. Januar, 10 Uhr, Lindenstraße 3.

Achtung, Jugendbeiräte und Mitarbeiter! Sonnabend, 22. Januar, im Jugendheim Lindenstr. 3, wichtige Zusammenkunft. Dr. Otto Juliusburger spricht über „Psychoanalyse und Individualpsychologie". Beginn ½8 Uhr.

Abteilungsleiter, liefert die Berichtsbogen und Monatsprogramme ab!

Heute, Donnerstag, 20. Januar, abends 7½ Uhr:

Friedenau: Jugendheim Offenbacher Str. 5a, Jahresmitgliederversammlung. — **Norden:** Jugendheim Schule Putbusser Str. 3. Vortrag: „Arbeitersport". — **Falkplatz:** Jugendheim Schule Eberswalder Str. 10. Vortrag: „Der Streik als politisches und gewerkschaftliches Kampfmittel". — **Schönhauser Vorstadt:** Jugendheim Driesener Str. 22. Vortrag: „Bub und Mädel". — **Südost (Köpenicker Viertel):** Jugendheim Wrangelstr. 128, Rosa-Luxemburg- und Karl-Liebknecht-Gedenkfeier. — **Südwesten:** Jugendheim Belle-Alliance-Platz 1. 10-Minuten-Referate aus Lassalles Arbeiterprogramm. — **Schöneberg III:** Jugendheim Hauptstr. 15, Vortrag: „Wie entsteht eine Zeitung?"

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold".

Geschäftsstelle: Berlin S 14, Sebastianstr. 37/38, Hof 2 Tr.

Prenzlauer Berg. Kameradschaft Königstor: Die Beerdigung des Kameraden Janke findet Donnerstag, den 20., nachm. 2 Uhr, nicht 3½ Uhr, auf dem Friedhof Prenzlauer Allee 7 statt. Die Kameradschaft tritt ½2 Uhr bei Röhner an.

Verband Volksgesundheit. Am Donnerstag, 20. Januar, spricht in der Schule Ifflandstr. 9 Genosse Farm über „Ernährungsfragen". Anfang 8 Uhr. — **Jugendgruppe Osten,** Goßlerstr. 61: Freitag, 21. Januar, spricht Genosse Blank über „Das moderne Weltbild". — **Jugendgruppe Süden,** Schierkestr. 44: Freitag, 21. Januar, spricht Genosse Hoppe über „Was will der Verband Volksgesundheit?"

Gruppen freier Menschen im Verband Volksgesundheit. Donnerstag, 20. Januar, ½8 Uhr, Mitgliederversammlung im Bibliotheksaal, Fehmarnstr. 12a I.

Volks-Feuerbestattungsverein Groß-Berlin, Distrikt 2. Donnerstag, 20. Januar, 8 Uhr, Belle-Alliance-Str. 47, Wahl und Distriktsversammlung.

Verein der Freidenker für Feuerbestattung, Steglitz. Donnerstag, 20. Januar, 7½ Uhr, in der Realschule Florastraße, Vortrag der Genossin Berta Lask über „Das Christentum als Instrument der Klassenunterdrückung".

Vereinigung für Schul- und Erziehungsfragen, Berlin-Treptow. Freitag, 21. Januar, 8 Uhr, im Zeichensaal der Gemeindeschule Wildenbruchstr. 53, Vortrag: „Entwicklung und Erziehung". Freitag, 28. Januar, Vortrag: „Ueber die Berufswahl unserer Kinder". Eintritt frei.

Deutsche Weltwirtschaftliche Gesellschaft, e. V. Freitag, 21. Januar, 7¾ Uhr, im Preußischen Oberverwaltungsgericht, Hardenbergstr. 31 (Nähe Bahnhof Zoologischer Garten), Vortragsabend mit Vorführungen über „Organisationsprobleme des Rundfunks in Deutschland und im Ausland". Vortragender Staatssekretär Dr. Bredow.

Verband der Lungen- und Tuberkulose-Erkrankten Deutschlands, Ortsgruppe Berlin. Sonntag, 23. Januar, vormittags 9 Uhr, Generalversammlung in Berlin N. 20, Schönfließer Str. 1 (Bezirksverordnetensaal).

Humboldt-Hochschule. Dr. Manfred Georg spricht Sonnabend, 22. Januar, 8 Uhr, Georgenstr. 30—31, über „Amerika und wir". Ergebnisse einer Reise unter dem Gesichtspunkte der Auswandererfrage. Eintritt 75 Pf. und 1 M.

Vereinigung der Frauen und Mütter von Groß-Berlin. Der Beratungsabend für die Frauen und Mütter von Groß-Berlin findet Montag, 24. Januar, 8 Uhr, im Berliner Rathaus, Saal 109, Eingang Jüdenstraße, statt. Pfarrer Rithack-Stahn spricht über „Krisen der Kultur". Diskussion. Zutritt frei.

Jüdischer Arbeiter-Kulturverein. Der Verein ist verzogen nach Gipsstr. 12, Hof 2 Tr., wo er seine Tätigkeit ab 21. d. M. wieder aufnimmt.

Die Jugendweihen der weltlichen Schulen in Lichtenberg finden am Sonntag, 20. und 27. März, in der Aula des Reform-Realgymnasiums an der Parkaue statt. Sonntag, 20. März, vormittags 10 Uhr, 36a u. b Schule (Friedrich-, Ecke Straße); Sonntag, 20. März, nachmittags 1 Uhr, 26. und 38. Schule (Pfarrstraße, Holteistraße); Sonntag, 27. März, vormittags 10 Uhr, 31. Schule (Marktstraße); Sonntag, 27. März, nachmittags 1 Uhr, 34. Schule (Scharnweberstraße). Der Vorbereitungsunterricht an allen Schulen findet ab 15. Februar jeden Dienstag von 12—2 Uhr in den betreffenden Schulen statt. Für einzelne Jugendweihen können noch Teilnehmer gemeldet werden. Meldungen nimmt entgegen Genosse A. Rakowitz, Lichtenberg, Gürtelstr. 6.

Briefkasten der Redaktion.

R. 61. 1. Nein. 2. Ja. — **R. K. 42.** 1. Ja. 2. Grundsätzlich zunächst Herstellung des früheren Zustandes. Soweit dies nicht möglich, ist in Geld zu entschädigen. Ueber die Höhe der Geldentschädigung läßt sich nichts Bestimmtes sagen; es kommt auf den tatsächlich entstehenden Schaden an. — **K. Str. 17.** Sie können Klage erheben. Eine eidesstattliche Versicherung des anderen Schneiders ist nicht erforderlich. — **Hornstraße.** Ein Vorgehen gegen den Stiefsohn kommt frühestens nach dem Tode des Vaters in Frage. Gegen den Vater selbst können Sie ebenfalls nichts unternehmen. Eine Anfrage an das Grundbuchamt können Sie dagegen schon jetzt dorthin richten. — **A. S. Mittelbach.** Wiederholen Sie den Antrag unter Bezugnahme auf die neue Verordnung des Reichsarbeitsministers. — **P. B. 8.** Uns ist nur der Verein Freie Kanufahrer, Berlin (Vorsitzender A. Fechner, Berlin O, Eckertstr. 18) bekannt. — **H. Sch. 12.** 1. Nein. 2. Alfred Forsberg, Berlin, Lichtenberger Straße 14.

Wetterbericht der öffentlichen Wetterdienststelle für Berlin und Umgegend. (Nachdruck verb.) Zeitweise geringere Bewölkung, Temperaturen um Null, vorwiegend trübe. — **Für Deutschland:** In Bayern und östlich der Elbe Temperaturen um oder unter Null. Ueberall wechselnd bewölkt und trübe.

Guter selbstbereiteter Hustensirup

Unfehlbar in seiner Wirkung und billig

Husten und Erkältungen sind in dieser Jahreszeit derart häufig, daß es viele interessieren wird, wie sich zu Hause ungefähr ein halbes Liter Hustensirup herstellen läßt, der viel besser und dreimal so billig ist wie alle fertig gekauften Präparate. Besorgen Sie sich bei Ihrem Apotheker 60 g Anis (dreifach konzentriert) und mischen Sie es mit 250 g vorher in einem viertel Liter kochenden Wassers gelöstem Zucker. Ein oder zwei Kaffeelöffel Sirup täglich befreit nicht nur von gewöhnlicher Erkältung, es erleichtert die Atmungsorgane bei Influenza, Asthma, Bronchitis. Anis (dreifach konzentriert) wirkt sicher, ist harmlos, kann ohne Gefahr auch Kindern gegeben werden, die es sogar lieben.

Theater Lichtspiele usw.

Staats-Theater
Opernhaus Platz a. d. Republ. 7½ Uhr: Rigoletto
Schauspielhaus 7½: Fledermaus
Schiller-Theater 8 Uhr: Peer Gynt

Städtische Oper
Charlottenburg
6½ Uhr:
Tristan und Isolde
Dirigent: B. Walter
H. Wildbrunn, M. Olszewska, Fr. Soot.
Abonn.-Turnus I

Deutsches Theater
Norden 10334—37
8 Uhr:
Neidhardt v. Gneisenau
von Wolfgang Goetz
Regie: Heinz Hilpert

Kammerspiele
Norden 10334—37
8 Uhr:
Ollapotrida
von Lernet-Holenia
Regie: Heinz Hilpert.
Hierauf:
Das Veilchen
von Franz Molnar
Regie: Eug. Robert

Die Komödie
Bismarck 2414, 7516
8 Uhr
Die Perle
von Tristan Bernard
Regie: Forster Larrinaga
Heute ½11 Uhr:
Nachtvorstellung.
Ludwig Hardt.

Theat. a. Nollendorfpl.
Kurfürst 2091
8 Uhr:
Klubleute
mit
Max Adalbert
Sonnabend, d. 22.,
zum ersten Male
Max Adalbert
in „Müllers"

Rose-Theater
8 Uhr: **Preziosa**

SCALA
Nollendorf 7366
Annette Kellerman
und andere Novitäten!!

Bei Grippegefahr
Formamint
Tabletten

Eduard Süßkind's
Extra billige Rotweinverkäufe

Feinster Spanischer Rotwein . . . . . Fl.	95 Pf.
Rotwein „Domain de las Cosas" . . Fl.	1.15
Burgunder „Givry" . . . . Fl.	1.50
Erstklassige Bordeaux-Weine von Forst Fils aus Bordeaux . . . . Fl. nur	1.50

Ausschank direkt vom Faß.
Trotz Preissteigerung:

Malvasier, griechischer Süßwein . . . . . Ltr.	1.16
Tarragona, echt, unverschnitten	1.30
Malaga, ...	1.80
Samos, ...	1.90
Sanato, „macht mich fröhlich"	1.90

Apfelwein, süß, ca. 13%, ganz erstkl. . Ltr.	0.75
Johannisbeerwein, 14% . . Ltr.	0.95
Kirschwein, blutrot, süß, 14% . . Ltr.	1.10
Erdbeerwein f. Kenner, 14% . . Ltr.	1.47

inkl. Steuer, ohne Glas.

Kostproben gratis.

Aquavit milde beste Qualität, 35% . . . . . Ltr.	2.95
Weinbrand-Verschnitt prima 38% . . . . . Ltr.	3.20
Feinster Weinbrand echt, 38% . . . . . . Ltr.	4.20
Erstklassiger Jam.-Rum-Verschn. 45% . . Ltr.	4.45
Erste Qualität Jam.-Rum-Verschn. 55% Teerum .	5.20
Alle Edelliköre bis 38% . . . . Ltr.	4.45

Das Beste ist noch nicht gut genug für meine Kundschaft
„erst probieren, dann kaufen".

Eduard Süßkind's Verkaufsstellen
Hauptgeschäft Berlin N 31, Brunnenstr. 43
Berlin N, Müllerstr. 144 — Telephon: Amt Moabit 515
Berlin O, Petersburger Str. 60 — Tel.: Königst. 4665
Berlin N, Chausseestr. 76 — Telephon: Norden 7813
Berlin O, Koppenstr. 87 — Telephon: Königst. 8075
Berlin SO, Grünauer Str. 15 — Tel.: Moritzplatz 7232
Neukölln, Berliner Str. 18 — Telephon: Neukölln 1594
Moabit, Wilsnacker Straße 25 — Telephon: Moabit 1106
Steglitz, Schloßstraße 121 — Telephon: Steglitz 3664
Charlottbg., Wilmersdorfer Str. 157 — Tel.: Wilhelm 821

Volksbühne
Theater am Bülowplatz 8 Uhr: **Volpone** Morgen 8 Uhr: **Volpone**
Th. am Schiffbauerdamm Täglich 8 Uhr: **Das Grabmal des unbekannten Soldaten.**

Saltenburg-Bühnen
Dtsch. Künstler-Th. Fritzi Massary: 8: „Die Königin" Stg. 3½: Der fröhliche Weinberg
Lessing-Theater Alb. Bassermann 8: Der Diktator
Th. a. Kurfürstendamm 8 Uhr **Major Barbara**
Lustspielhaus 8¼, Guido Thielscher **Hurra — ein Junge!**

Wallner-Theater
8¼ Der Schlager 8¼
Das blonde Wunder
Sonntag 3½ Der Raub der Sabinerinnen

CASINO-THEATER 8 Uhr
Neu! **Ein Tag im Paradies!** Neu!
Ausschneiden! Gutschein 1—4 Pers. Fauteuil nur 1 Mk., Sessel 1,50 Mk.

Metropol-Theater Täglich 8 Uhr: **Zirkusprinzessin**

PHOEBUS-PALAST
IM EUROPAHAUS
Täglich 5[15], 7[15], 9[15]
Der sensationelle Lustspielerfolg:
LEDIGE TÖCHTER
Eine Komödie vom Bayerischen Platz / Manuskript: JANE BESS, ADOLF LANTZ
REGIE: CARL BOESE
Hauptdarsteller:
Jenny Jugo / Charlotte Ander / Jda Wüst / Livio Pavanelli
Ernst Verebes / Fritz Spira / Curt Vespermann / Lotte Lorring
Die große Bühnenschau der besten Varieténummern:
4 ADLONAS — Bühnenflugakt
JEAN-FLORIAN, Jongleur / WILLI ROSEN

Gr. Schauspielhaus Tägl. 8¼ Uhr: **Von Mund zu Mund** CHARELL-REVUE Sonnt. nachm. 3 Uhr ungekürzte Vorstllg. zu ermäß. Preisen!

8¼ **Trianon-Th. Dr. Stieglitz** mit Lobe u. Ebelsbacher Dienstag, 25. Jan. 7½ **Premiere** **Der Mann d. Aline Léger** Sonntag, 4 Uhr Kl. Pr. von 50 Pf. an. Dr. Stieglitz

Neues Theater am Zoo Stpl. 5371. Tgl. 8 Uhr **Erika Glässner** in **Modellhaus Crevette.** Vorverk. ununterbr.

Walhalla-Theat. Weinbergsweg Tgl. 8¼, **Es war einmal in Heidelberg** mit d. Schlagerlied: Ich hab' mein Herz in Heidelberg verloren Vorzeig. 50% Ermäß. Käte Schmidt-Samst Gaston Briese

Zentral-Theater Täglich 8 Uhr: **Der Trompeter vom Rhein** Vorverk. ununterbr. Preise von 1—7 M.

Residenz-Theater Täglich 8 Uhr: **Absteigequartier** Jugendlichen verboten

Thalia-Theater 8 Uhr: **Der große und der kleine Klaus**

8 Uhr **Winter Garten** Variete Rauchen gestattet

Reichshallen-Theater Abends 8 Uhr u. Sonntag nachm. 3 Uhr **Stettiner Sänger** Das wundervolle Januar-Programm! Nachmittags: **halbe** Preise, **volles** Programm!
Dönhoff-Brettl Varieté, Konzert, Tanz. Sonnab., 29. 1.: Benefiz Karl Braun

Barnowsky-Bühnen
Th. Königgrätzer St. Hasenheide 2110 8 Uhr Ars. Cheney's Ende Elisabeth Bergner
Komödienhaus Norden 6304 8 U.: **Fröhlichen** [illegible]

Krause-Pianos zur Miete W 50, Ansbacherstr. 1

Neue Welt
A. Scholz Hasenheide 108/114
Donnerstag, d. 20. Januar, sowie täglich
Bockbierfest
in den bayer. Alpen / 8 Kapellen
Neue Dekorationen. / 30 bayer. Madl
Gr. Schweineschlachten
Einlaß 6 Uhr Anfang 7 Uhr
Voranzeige: Sonnabend, den 22. Januar: **Gr. Alpenball**

Getragene Herrengarderobe, Spezialität Bauchfiguren, spottbillig. Raß, Gormannstraße 29/30, früher Mulackstraße.

Verleih von hocheleganten Gesellschaftsanzügen. Rosenthalerstraße 4. Norden 6236.

Möbel

Patentmatratzen, Auflegematratzen, Metallbetten, Chaiselongues. Walter, Stargarderstraße achtzehn.

Möbel, Teilzahlung. Görisch, Stralauerplatz 1—2, Schlesischer Bahnhof.

Küchen 68,—. Flurgarderoben 35,—. Zahlungserleichterung. Kamerling, Kastanienallee 56.

Musikinstrumente

Ohne Anzahlung. Pianos in großer Auswahl, neue und gebrauchte, mit herrlicher Tonfülle. Langjähriger Garantieschein. Kleine Ratenzahlung. Herrer, Brunnenstraße 191, 1 Treppe, am Rosenthalerplatz.

Pianos preiswert. Klaviermacher Link, Brunnenstraße 35.

Pianos, Harmoniums. Teilzahlung. Scherer, Chausseestraße 105.

Fahrräder

Drei Mark Wochenrate, 15 Mark Anzahlung, für ein erstklassiges Markenrad. Fahrradhaus Zentrum, Linienstraße neunzehn.

Kaufgesuche

Zahngebisse, Silbersachen, Zinn, Blei, Quecksilber, Goldschmelze Christionat, Köpenickerstraße 39 (Adalbertstraße).

Verschiedenes

Vereinen, Gesellschaften und Gewerkschaften stellen wir zur Abhaltung von Vorstellungen mit eventuell anschließendem Ball das große Walhalla-Theater nebst Festsaal unter günstigen Bedingungen zur Verfügung, auch für Versammlungen. Direktor Samst, Weinbergsweg 18, abends 6 Uhr ab.

Buchbinderei Sieber, Josephstraße zwei, Moritzplatz 4312, empfiehlt sich.

Geldverkehr

Pfandleihe. Höchstbeleihung. Lange, Moritzplatz, Aschingerhaus.

Arbeitsmarkt

Tapetendrucker zur Aushilfe sofort verlangt. R. Heimann u. Co., Pankow, Berlinerstraße 13.

Verkäufe

Drehrollenteiche. Leistungsfähigste Spezialfabrik. Rollenwandlung 200,—. Rosenthalerstraße 26.

Dürkopp-Nähmaschinen auf kleinste Teilzahlung. Block, Brunnenstraße 185, zwischen Rosenthalerplatz und Invalidenstraße. Norden 118.

Guterhaltener Kinderwagen bei Wellmann, Danzigerstraße 20.

Bekleidungsstücke, Wäsche usw.

Wenig getragene Frackanzüge, Smokinganzüge, Schrockanzüge, Jackettanzüge, Rockpaletots, Cutaway-Anzüge, Taillenmäntel, für jede Figur passend. Spezialität: Bauchanzüge, spottbillig. Halpern, Rosenthalerstr. 4, erste Etage.

Betten verkauf! Neue 15,—! 19,50! Prachtvolle 22,50! 27,50! Kinderbetten 8,75! Bettwäsche! Steppdecken! Alles spottbillig! Keine Lombardware! Leihhaus Brunnenstraße 47.

Wir suchen **per sofort**
50 Schwachstrommonteure
zum Bau von Telefonanlagen
Meldungen beim Zentralbetriebsbureau der
Berliner Privat-Telefon-Gesellschaft m. b. H.
Rosenthaler Straße 40/41.

Donnerstag
20. Januar 1927

Unterhaltung und Wissen

Beilage
des Vorwärts

Der Feuerreiter.*)

Von Alfred Brust.

Sein Pferd stand steif wie ein Baum. Es stand schon lange. Jetzt eben fiel es ihm auf. Er hatte geglaubt, es selber angehalten zu haben. Jedoch es tat keinen Schritt mehr.

Pferde sind weise Geschöpfe, hatte der Graf gelernt. Seinen Vorfahren hat dies Tier als heilig gegolten. Er schlug kein Pferd, trotzdem die Peitsche am Sattel hing, und Sporen trug er nie an den Stiefeln. Er versuchte das Roß zu kitzeln. Doch es stand und rührte sich nicht. Langsam wendete es den Kopf. Was mochte es wollen?

Er sah nach rückwärts! Da!! Ueber dem Walde, durch den er soeben geritten, wölbte sich hoch ein glühender Feuerschein!

Du gutes Roß! Es warf sich herum. Und ohne Ruf streckte es mit flatternder Mähne die Straße dahin. Dort lag sein Haus! dachte er nur . . .

In den Ortschaften der Umgebung wurde es lebendig. Vom Kirchdorf läuteten heftig die Kirchenglocken herüber. Und das getragene Tuten aus Schiffer- und Feuerhörnern klang in Abständen mahnend durch die ungewisse Nacht.

Was konnte da brennen?! Das war doch unmöglich! Auf der Besitzung der Dagda brannte es nie, hatte es noch nie gebrannt seh Menschengedenken. Keine Feuerbrunst wußte die dicke, geschriebene Chronik zu melden. Denn die Grafen Dagda hatten seit je die Feuersbrünste der ganzen Umgebung zu Wasser geritten. Sein Großvater noch war es gewesen, der das Zigeunerdorf gerettet hatte, weshalb seine Besitzung zu allen Zeiten von diesen Nomaden unbehelligt geblieben war. Sein Vater hatte niemals Gelegenheit, diese vererbte Gabe zu erproben. Und nun er? Es war doch kein Märchen, konnte kein Märchen sein; denn in der Chronik stand es geschrieben, daß die Grafen Dagda das Feuer ausreiten konnten. Und den Kindern wurde das in der Provinz auf der Schulbank beigebracht.

Das Roß flog dahin, und überholte laufende und rufende Menschen. Fern war Wagengetöse vernehmbar, da rollten wohl alte Spritzen herbei.

Was konnte da brennen? War Hussa in Gefahr? Die Unheilvolle! Die Unheilvolle!! rief er immer wieder in sich hinein.

Näher dem Hofe hörte er's deutlicher rufen: „Das Verwalterhaus! Das Verwalterhaus!!"

Da schien ihm sein Herz ganz, ganz in den Hals kriechen zu wollen. Diese geplagte Familie! Diese geplagte Familie!! Das hat die Unheilvolle getan! Das hat die Unheilvolle getan!!

Er riß die Peitsche vom Sattel und rief dem Roß ein Hallo zu. So jagte er auf den prasselnden Hof! Die Grafen Dagda retten das Feuer aus! Ein Schrei der Erlösung drang ihm aus hundert Kehlen entgegen! Die Grafen Dagda retten das Feuer aus! Hoch in der Hand die ragende Peitsche, und in der linken Faust die Zügel geballt, so saß er auf dem sprengenden Pferd mit flutendem Bart- und Haupthaar. Das Roß beschrieb willig den engen Kreis um das brennende Haus. Hoch im Giebel gewahrte der stürmende Reiter den Verwalter, daneben seine wankende Frau, die in dicken Tüchern das Kind hielt. Das Feuer brannte von außen, von unten. Sie hatten sich auf das Dach geflüchtet. Doch war es unmöglich, eine Leiter zu stellen, denn der Brandherd war lückenlos, zu groß, zu hoch. Durch Qualm und Glut starrten die entsetzten Gesichter der Unglücklichen.

Aber was mochten sie starren, so hinaus in die Weite? Wohin mochten sie blicken? dachte der Graf, indes das keuchende Roß den zweiten Kreis schrieb. Und als er wieder an der Stelle des Fenstergiebels war, sah er hinaus nach dem Schlosse. Jetzt schien ihm die Erde zu wanken; denn im erleuchteten Zimmer, hinter geöffneten Fenstern, erblickte er Hussa! Sie war nackt, ganz nackt, wie er sie verlassen, und sie schritt einen ekstatischen Tanz zu dem grausigen Schauspiel.

Da riß er sein Roß zum dritten Kreise, den er weit ausholte! Weit über den Hof hinweg stieb die Menge der Schauenden.

Und aus allen Kehlen rang sich ein Schrei. Arme hoben sich, Hände zeigten. Das rasende Pferd griff aus mit den letzten Kräften. Die Nüstern gebläht. Die Augen unheimlich aufgerissen. Es schäumte in Schweiß. Und hinterher stand der glühende Schweif der Feuerschlange — vom Hause gezogen, mitgerissen von der Gewalt des dämonischen Reiters!

„Er reitet es aus! Er reitet es aus! Seht! Seht! Er reitet es aus!" schrie das Volk.

Kinder weinten und jammerten. Frauen und alle Männer knieten in Reihen und beteten laut. Andere schlugen sich gegen die Brust, liefen auf und nieder.

Aber Roß und Reiter stiebte davon mit dem feurigen Schweif, vorbei am gefährdeten Hause, den Weg zur Memel hinab. Hochauf sprühte das Wasser des Stroms und zischte. Das Pferd schwamm gut, schwamm den Kreis und erreichte wieder das Ufer und sprengte zurück auf den Hof. Da rief es aus der kochenden Brust einen furchtbaren Ruf. Der Graf sprang ab. Und mit einem alles zerbrechenden Stöhnen, die Augen wildflackernd gerissen, fiel das Tier wie ein Klotz auf die Seite, streckte dreimal die Beine und war verendet.

Der Himmel hatte die Schleusen geöffnet und schüttete wie aus Tonnen.

*) Aus dem im Horen-Verlag, Berlin, soeben erschienenen Roman „Die verlorene Erde".

Der heilige Zahn.

Von Andreas Latzko.

I.

Wer zu arm ist, den Ausflug zum heiligen Zahntempel in Kandy auf der herrlichen Automobilstraße zu unternehmen, den bringt der Expreßzug (Schlafwagen, Speisewagen versteht sich) in knapp vier Stunden aus dem Hafen Kolombos in das Hochtal 500 Meter über dem Meeresspiegel hinauf. Die Abreise schon ist beunruhigendes Durcheinander der widersprechendsten Eindrücke. In einer Rikscha fährt man vom Hotel zum Bahnhof, steigt aus diesem primitivsten Transportmittel, das an die Zeit der Sklaverei gemahnt, direkt in das überkomfortable Abteil des Sleeping Car, und eine ungeheure Schnellzugslokomtive zieht den Reisenden weiter, der eben noch von zwei braunen Menschenbeinen gezogen wurde. Und so geht es weiter die ganze Strecke entlang. Semaphore ducken sich, eingeschüchtert von der überragenden Höhe des Kokoswaldes — bis dicht an das Bahnwärterhäuschen kriecht das unberührte Dickicht des Dschungels — man sitzt in samtbezogenen Armstühlen vor riesigen Spiegelscheiben oder am weißgedeckten Tisch des Speisewagens, und was draußen vorbeitanzt und -huscht, ist Illustration zur Erzählung eines Forschungsreisenden, der hunderte Meilen weit von aller Zivilisation den Urwald durchstreift.

Eine Art Aequator geht mitten durch alles Erleben — Schienen, Schwellen, Drähte, Speisewagen und Lokomotive, die ganze schmale Schlucht des Bahndammes ist ein Strich Europa, ein Meeresrücken Gegenwart in den unberührten Riesenleib Asiens, in den tiefverwurzelten Stamm eines anderen Jahrtausends getrieben. Was rechts und links von dieser eingeklebten Jetztzeit lebt und verharrt, ist ohne jede Verbindung, hat sein Antlitz zum letztenmal verändert, als Gothama Buddha, lange vor der Geburt Christi, den Trost seiner Lehre in die Seelen warf. Ein amerikanischer Wolkenkratzer, mitten unter den eingesunkenen Hütten einer rumänischen Dorfstraße aufgestellt, könnte nicht unvermittelter, nicht absurder wirken als der Expreßzug in diesem Lande ohne Städte, ohne Zinskasernen und Schlote, und ohne — Entwicklung. Niemals rollte über die Straßen

Der rauchende Schornstein.

Der Unternehmer: „Alles rationalisiert — der halbe Betrieb liegt still — in der anderen Hälfte Ueberstunden — mein Schornstein raucht. Aber der Rauch will mir gar nicht gefallen."

der Tropeninsel eine Postkutsche, der Verkehr begann mit Eisenbahn und Automobil, die unmittelbar das einzige Transportmittel, den Elefanten, ablösten. Nicht langsam sich vorwärts tastend sind die sogenannten Wunder der Technik aus den organisch wachsenden Bedürfnissen der Einwohner entstanden, das gebrauchsfertige, perfektionierte Endresultat unseres Suchens und Findens ist herübergeschafft und einer Bevölkerung aufgestülpt worden, die ganz wie die überrumpelte Landschaft unbeteiligt an den Errungenschaften vorbeilebt, die sie nicht miterrungen hat.

Nicht daß der Spatz auf dem Telegraphendraht hier Kolibri heißt und in zehn Farben schillert, nicht daß der Bahnwärter in der Uniform seiner nackten Haut die rote Fahne präsentiert, wilde Affen auf dem Dache des Stationsgebäudes kauern, nicht die exotische Umrahmung der modernen Verkehrsmittel schafft den Zwiespalt — grotesk wirkt allein das unberührte Nebeneinander der beiden weit entfernten Zeitalter, die erfolglose Aufdringlichkeit der Glühbirnen und Lokomotiven, die das ganze Land mit seiner ganzen Einwohnerschaft gleichsam in einen Anachronismus wandeln. Man denkt unwillkürlich an Offenbach beim Anblick der Eingeborenenzüge, vollgepfropft mit nackten Reisenden, die wohl Eisenbahn fahren, ohne sonst auch nur im allermindesten europäisiert, auch nur um Fingersbreite von den zweitausendjährigen Ueberlieferungen, von der Glaubens- und Empfindungswelt ihrer entferntesten Ahnen abgerückt zu sein.

Niemand vertritt den Unsinn, der Import tropischer Gewürze und Nährmittel könnte die sittlichen Anschauungen Europas beeinflussen, die Tee-, Kaffee- oder Kakaotrinker in Paris oder Berlin der primitiven Entwicklungsstufe der Tropenbewohner nähern. Warum sollten unsere eigenen Einfuhrartikel tiefere Wirkung üben auf das einfache Gehirn des Singhalesen, der noch viel unerschütterlicher in seinem eigenen Weltbilde ruht? . . . Die ersten Lokomotiven, ersten Bogenlampen, ersten Automobile weckten Erstaunen und Furcht wie die ersten Gewehre, aber einmal zur Kenntnis genommen, sanken sie zu Produkten eines verfluchten Erdteiles, der nur solch überflüssigen Plunder, aber weder Bananen, noch Tee, noch Reis, kurz nichts davon, was zum Leben wirklich unentbehrlich ist, selbst zu produzieren vermag. Woher sollte Ueberzeugungs- oder Verführungsgewalt den Erfindungen von Menschen innewohnen, die sich auf ebener Erde nicht fortbewegen können, ohne ihre armen Füße, trotz rasender Hitze, in lederne Folterinstrumente zu zwängen? . . .

Wie Oel und Wasser, unvermengbar, stehn die beiden Weltteile überall abgesondert nebeneinander — der Expreßzug rast an den asiatischen Zeitgenossen Julius Cäsars vorbei.

II.

Diese Unberührtheit der Singhalesen von dem ganzen europäischen Betrieb ist nirgends so deutlich zu beobachten wie eben in der Umgebung des heiligen Zahntempels, in der Stadt Kandy, der einstigen Residenz des singhalesischen Königreiches. Zunächst hat der Ankommende den Eindruck, hier wären die Europäer ganz unter sich. Ohne die unübertreffliche Pracht der Vegetation könnte er sich sogar versucht fühlen, eine Aehnlichkeit mit der Sächsischen Schweiz zu konstatieren. Denn mit der einzigen Ausnahme der „Dalada Maligawa", der St. Petruskirche des Buddhismus, die aber weit weg vom Bahnhof am entgegengesetzten Ende des Ortes liegt, gibt es in Kandy überhaupt keine alten Bauwerke, die sind den Belagerungskriegen der Portugiesen, Holländer und Engländer zum Opfer gefallen. Dem letzten Singhalesenkönig hatte England die Regierungssorgen schon so weit abgenommen, daß er seine Zeit anders ausfüllen mußte, und so war er auf den Gedanken verfallen, das Hochtal von Kandy mit einem Staudamm abzuschließen, wodurch zu Füßen seines Schlosses ein kleiner See entstand. Genau einen Kilometer lang, kaum einen Viertelkilometer breit, von einer filigran gearbeiteten, durchbrochenen Steinbalustrade umrahmt, ist diese Spielerei trotz aller Lieblichkeit ein Verbrechen an dem Zahntempel, dessen ernste, verwitterte Würde der Verniedlichung unterlag. Rings um den See führt ein prächtiger Fahrweg, auf den dichtbewaldeten Hügeln, die das Tal nach allen Seiten abschließen, stehen — wie aus einer Spielschachtel gestreut — die zahlreichen Familienpensionen und Privatbungalows der Engländer, die hier mit Vorliebe ihr Week End verbringen. Alle Tropenpflanzen gedeihen in fünfhundert Meter über dem Meere noch genau wie im Tiefland unten, aber die Pracht wird noch erhöht durch die beginnende Gebirgsflora, und die Nächte sind bedeutend kühler, man kann sogar zu Fuß gehen, gegen Mitternacht sieht man die Damen in dekolletierten Kleidern rings um den kleinen See spazieren.

Ein europäischer Kurort also, „Sächsische Schweiz", wie schon erwähnt, fast scheint die Statistik unglaublich, es besuchten alljährlich mehrere hunderttausend buddhistische Pilger den Tempel, in dessen innerstem Heiligtum ein angeblicher Stockzahn aus dem Munde Buddhas aufbewahrt und an besonderen Festtagen den Gläubigen gezeigt wird. Sie wissen nichts voneinander, die Pilgerstadt und der Badeort, indische Reisende rollen sich abends in ihren Teppich, kochen sich selbst die handvoll Reis, sie bleiben unsichtbar hinter dem Aufwand, den Steinfassaden der eleganten Gasthöfe, erst vor dem Tor des Zahntempels beginnt wieder Indien, und die etlichen hundert Europäer verschwinden nun ihrerseits hinter einigen Zehntausenden von Eingeborenen.

Wer die Unvorsichtigkeit begeht, den berühmten Tempel bei Tag zu besuchen, wird tief enttäuscht nur das Andenken an einen verwahrlosten, gleichgültigen Bau mitnehmen, ohne eigentlichen künstlerischen Wert. Interessieren wird ihn nur der achteckige Turm mit der Sammlung alter singhalesischer Handschriften, in die großen Blätter der Talipetpalme gekratzt und dann in eine Art Lackhülle gebunden. Der Priester, der das Amt des Bibliothekars versieht, hat schmale, durchgeistigte Hände, die zärtlich in die Wandschränke greifen, um ein besonders wertvolles Exemplar aus der Reihe zu ziehen und dem Fremden zu zeigen, mit einem Stolz, in den sich heimliche Verachtung mischt. Was sind ihm die technischen Wunder der weißen Barbaren? Ringsum lehnt die Weisheit seiner Ahnen, und jedes Wort, das sie vor tausend Jahren in ein Palmenblatt ritzten, ist heute so wahr wie damals! Wozu eilen, Schienen legen, Drähte ziehen — was Mühe lohnt, ist längst getan, und den Weg zum Glück fand Buddha in stiller Einkehr, unbeweglich sitzend im Schatten des heiligen Baumes!

Am Abend, wenn in den großen Hotels das Diner beginnt, die elektrischen Lampen über ausgestorbenen Gassen strahlen, da beginnt am anderen Ende der alte Tempel zu leben. Dort kämpfen nur Fackeln gegen die Finsternis, ihr Blut fließt wie gedämpfter Purpur über die verwitterten Mauern, das Summen zahlloser Gongs wölbt Geheimnis über den weiten Hof, in dessen Halbdunkel die Schatten der Andächtigen sich drängen. In den süßen Duft der geopferten Lotosblüten mischt sich betäubend der Geruch der Räucherkerzchen, hoch oben stehen die vergoldeten, elfenbeinverzierten Türen des Heiligtums weit offen, im unruhigen Glanz zahlloser Christbaumkerzchen sieht man die Priester in ihren wallenden, goldgelben Gewändern sich prosternieren vor dem silbernen Tisch, auf dessen Platte der Schrein mit dem Stockzahn Buddhas ruht. Viele Tausende wollen allabendlich den Blick nach ihm werfen, ihr Blütenopfer in seiner Nähe niederlegen, die Flut der Andächtigen drängt durch das Haupttor nach und drückt die gestaute Menge aus dem Hof zur Seitenpforte hinaus, die auf die Promenade am Seeufer mündet. Erstaunt, erschrocken fast, sieht man das elektrische Licht, hört aus der Ferne Musik eines Hotelorchesters und blickt ungläubig zurück auf die finstere Masse, vom Widerschein der Fackeln überglüht. Der dunkle Strom der nackten Leiber zerstäubt im Dunkel, huscht davon, wird verschlungen. Wie nach einem meisterhaft gestellten Opernfinale, wenn der Vorhang gefallen ist, kehrt man enttäuscht zurück in die Wirklichkeit, die unvermittelt das Märchen verdrängt. Zwischen steifen Hemdbrüsten und weißen Frauenschultern wirkt der halbnackte Boy, der den Drink serviert, wie ein kostümierter Statist vor dem Bühneneingang im nüchternen Betrieb der Großstadtstraße.

III.

Dem weißen Sahib, der bereit ist, seine Schuhe an der Schwelle des Heiligtums auszuziehen, zeigt man gegen ein entsprechendes Geldgeschenk zugunsten des Tempelschatzes den heiligen Zahn auch aus nächster Nähe. Ein künstlicher Pfau, aus Rubinen, Smaragden und Saphiren gefügt, trägt die sieben ineinandergelegten Schachteln aus purem Gold, deren innerste, kleinste den heiligen Zahn enthält. Seit einem halben Jahrtausend fast haben ganze Völker unausgesetzt um seinen Besitz gerungen, vor dreihundert Jahren hat ihn ein Erzbischof in Portugal auf dem Scheiterhaufen verbrennen lassen, aber nachgereiste Priester — so geht die Sage — fanden das göttliche Kleinod unversehrt in der Asche und brachten es zurück.

Schiffsladungen von Pilgern schütten Birma und Siam nach Ceylon, einzig um dieses daumengroßen Stück Elfenbeines willen, das in keines menschlichen Wesens Mund Platz haben konnte, viel eher den Hauern des Ebers gleicht. Europäische Besucher versäumen selten, über die allzu auffällige Fälschung zu spötteln. Aber was tut's, ob der Zahn selbst echt oder falsch ist? . . . Ein fremder Gott hat die Herrschaft der eingeborenen Könige zertrümmert, allen Reichtum des Landes dem weißen Manne geschenkt, Buddha hat nicht vermocht, seine Kinder zu schützen! Dennoch findet sich unter Millionen kaum einer, dessen Vertrauen in die Allmacht des geschlagenen Beschützers die Missionäre erschütetrn können. Aus dem Boden, dessen Ertrag nach Europa wandert, aus dem Schweiße der Unterjochten, die Säcke von Reis auf die Schiffe schleppen müssen, um eine hohle Hand voll behalten zu dürfen, aus dieser nackten Armut hat der Glaube eine Schatzkammer voll echten Goldes und der kostbarsten Edelsteine geholt und um den falschen Zahn gehäuft. Darf er wirklich „falsch" genannt werden? Trotzdem er in die Herzen seiner Anbeter eine Hoffnung strömt, die stärker ist als die täglich grausam zupackende Wirklichkeit. Kann ein Heiligtum besser die Probe auf Echtheit bestehen? . . .

Die Juden in Rußland. Aus neueren statistischen Feststellungen ist ersichtlich, daß in der Sowjetunion auf etwa 145 Millionen Einwohner 3 Millionen Juden kommen. Zieht man nur die Bevölkerungszahl der Städte der Sowjetunion in Betracht, so beträgt die Zahl der Juden 10 Proz. In der Ukraine wohnen etwa 1 900 000 Juden, in Weißrußland und in den Republiken Zentralasiens 500 000. Die jüdische Bevölkerung setzt sich zusammen aus 10 Proz. reichen Leuten, 50 Proz. Arbeitern, Angestellten (Beamten), Bauern und Kleinhändlern und 40 Proz. armen Leuten, die fast als Bettler leben. Am 1. Januar 1925 waren 120 000 jüdische Arbeiter und 180 000 jüdische Beamte den Arbeitersyndikaten der Sowjetunion angeschlossen. Zählt man die Familienmitglieder mit, so beläuft sich die jüdische Arbeiterbevölkerung in Rußland auf 300 000 Personen, während die Zahl der Beamten samt ihren Familienangehörigen etwa 500 000 beträgt. Die Zahl der jüdischen Arbeitslosen wird auf 5000 geschätzt. Die jüdische Arbeiterbevölkerung ist zum großen Teil in der Ukraine und in Weißrußland konzentriert. In der ganzen Sowjetunion gibt es kurzeit etwa 150 000 jüdische Bauern. Die Erfahrung hat gelehrt, daß die jüdischen Bauern sich allmählich an die Feldarbeit gewöhnen, obwohl sie ihnen früher fremd gewesen war; in einem, höchstens zwei Jahren können sie ihre Felder ebenso gut bebauen wie die russischen Bauern, und die Ernten, die sie erzielen, sind durchaus nicht geringer als die ihrer russischen oder kleinrussischen Nachbarn. Von der Gesamtzahl der Juden, die sich aus irgend einem Grunde vom Handel ab- und der Landwirtschaft zuwenden, bleiben zwei Drittel für immer Bauern. Es gibt in Rußland ferner etwa 800 000 (Familienmitglieder inbegriffen) jüdische Kleinhändler. Sie wohnen fast alle in kleinen Städten und Marktflecken Westrußlands. Die große und die mittlere jüdische Bourgeoisie wohnt fast durchweg in den Großstädten und beläuft sich auf etwa 300 000 Personen.

Rationalisierung und Arbeitsmarkt.

Die Rationalisierungsgewinne müssen Massenkaufkraft werden.

Der englische Bergarbeiterstreik hat große Teile der deutschen Privatwirtschaft stärker ins internationale Geschäft gebracht. Aber der Erkenntnis der tatsächlichen Wirtschaftsentwicklung und Wirtschaftslage in Deutschland hat er einen schlechten Dienst erwiesen. Dieser schlechte Dienst ist heute, acht Wochen nach Beendigung des Kampfes, offenbar geworden: die deutsche Oeffentlichkeit hat die zufällige Belebung der Wirtschaft für eine echte Konjunkturbelebung von dauernder Wirkung gehalten, die fortdauernde Krisenlage Deutschlands aber verkannt. Nach dem gewaltigen Anschwellen der Arbeitslosenziffern im Dezember und Anfang Januar haben auch die offiziellen Stellen die saisonmäßigen Erklärungsgründe fallengelassen. Nachdem die Wirkungen des englischen Bergarbeiterstreiks die Merkmale der Krise verwischt hatten, brechen sie jetzt wieder hervor.

Die Gefahren der krisenhaften Lage des Arbeitsmarktes aber haben sich inzwischen verstärkt. Die steigende Arbeitslosigkeit steht am Ende eines vollen und an großen äußeren Erfolgen

reichen Jahres der Rationalisierung

der Wirtschaft. Ein gewaltiger Auslese-, ein noch gewaltigerer Konzentrationsprozeß, Steuererlasse zu Milliarden, eine beispiellose Verbilligung des Kapitaldienstes sind umsonst vertan, denn in Deutschland finden heute nicht mehr Menschen Arbeit als vor einem Jahre. Freilich hat eine gewaltige Aufwertung des Privatkapitals stattgefunden: alle Unternehmungen sind bedeutend mehr wert (Börsenkurse!), und die Rentabilität der Wirtschaft ist gestiegen (Halbierung des Diskonts!). Für die Gesamtwirtschaft aber schließt die Bilanz des Rationalisierungsjahres 1926, nachdem die Schleier der englischen Zufallskonjunktur gefallen sind, mit einem gewaltigen sozialen Defizit. Das Problem der gegenwärtigen verschärften Krise auf dem Arbeitsmarkt lautet: Wie kann die gelungene Sanierung des Privatkapitals in Deutschland, die das soziale Defizit am Arbeitsmarkt geschaffen hat, zu einer solchen Sanierung der Gesamtwirtschaft fortgeführt werden, daß die Arbeitslosigkeit verschwindet?

Es ist klar: die Lösung des Problems hängt von der Erkenntnis ab, wie die Rationalisierung zu einer rein privatkapitalistischen werden konnte, und davon, daß man die Englandkonjunktur aus der Betrachtung ausschaltet. Im Jahre 1926 handelte es sich in der Hauptsache um

drei große Rationalisierungsakte:

Rationalisierung im eigentlichen Sinn (Konzentration und Spezialisierung der Unternehmungen und der Produktion), Zinsverbilligung und Steuersenkung. Die Rationalisierung hatte praktisch zwei entscheidende Merkmale; sie erfolgte unter relativ gleichbleibenden Löhnen und zu vielfach ausgedehnter Arbeitszeit pro Kopf der Beschäftigten sowie zu relativ gleichbleibenden Preisen für die Endprodukte.

Sieht man die gesamte Privatwirtschaft Deutschlands als einen Betrieb an, so mußten durch die Konzentration der Betriebe und die Spezialisierung der Produktion die inneren Betriebskosten gesenkt, die Material-, Kraft- und Hilfsstoffkosten verringert, die Einkaufs-, Lagerhaltungs-, Verkaufs-, Werbe- und Frachtspesen vermindert werden. Bei relativ gleichen Verkaufspreisen erfolgte eine Senkung der Reproduktionskosten und eine Steigerung des Unternehmernutzens aus dem Gesamtprodukt. Bei gleicher Produktionsmenge und gleichen Löhnen der verringerten und länger genutzten Arbeitskräfte wurde die Lohnsumme absolut nicht größer, sondern kleiner. Der Rohertrag der billiger erzeugten, aber zum gleichen Preise verkauften Waren verwandelte sich zu demjenigen Teile in Reinertrag und Kapitalneubildung, zu dem die Produktion verbilligt wurde. Diese Umwandlung von Kostenersparnis in Reinertrag und Kapitalbildung wurde durch die Diskontsenkung von 9 auf 5 Proz. und durch die Verbilligung der Produktions- und Umschlagsfinanzierung ergänzt. Da die erforderliche Durchschnittsdividende von etwa 11 auf 7 Proz. ermäßigt wurde, verbesserten sich die Voraussetzungen der Rentabilität, verringerte sich der Konkurrenzdruck, wurde die Wirksamkeit der Kartelle und Verbände verstärkt: Rationalisierung und Zinssenkung förderten die Tendenz zur Hochhaltung der Preise, während auf der anderen Seite die verringerten Lohnsummen keine Steigerung der Produktion zuließen. Indessen stiegen die Kapitalbildung und der Anteil der Unternehmergewinne am Gesamtprodukt.

Wirkung auf den Arbeitsmarkt.

Dieselbe Wirkung hatte für das Privatkapital die Reinholdsche Steuersenkung. Steuern sind Produktionskosten wie alle anderen. Mit ihnen bezahlt der Unternehmer öffentliche Dienste. Wurden sie gesenkt, so mußte bei gleichen Warenpreisen der Reinüberschuß der Privatwirtschaft aus dem Gesamtprodukt steigen. Da die Rationalisierung Arbeitskräfte freisetzte, die jetzt nur noch kosteten, ohne zu produzieren, da durch die Zinssenkung die Rentabilitätsberechnungen erleichtert und der Zwang zur Produktionsverbilligung verringert wurde, da durch die Verringerung der Steuereinnahmen die öffentlichen Körper schwächere Käufer wurden, konnte eine Erleichterung des Arbeitsmarktes nur dann eintreten, wenn das Ausland noch mehr von Deutschland kaufte als auf dem deutschen Industriemarkt weniger verkauft wurde. Geschah das nicht, und normalerweise wäre es bei der Tendenz zur Preishochhaltung in Deutschland nur durch deutsches Dumping möglich gewesen, dann mußte der Arbeitsmarkt, trotz der Sanierung des Privatkapitals, in seiner Krisenlage verharren.

Dieses unausweichliche Ergebnis der deutschen Rationalisierung hat nun der englische Streik für die Erkenntnis der deutschen Wirtschaftslage verwischt. Das Krisenbild der deutschen Wirtschaft tritt mit zunehmender Klarheit wieder hervor, nachdem die englische Sonderkonjunktur mehr und mehr abklingt. Was ist zur Ueberwindung der Krise auf dem Arbeitsmarkt zu tun?

Lösung und Weg.

Es gibt keinen anderen Weg: das Privatkapital muß aus den Rationalisierungsgewinnen, die es durch Konzentration und Spezialisierung, Zinsverbilligung und Steuersenkung gemacht hat, die Sanierung des Arbeitsmarktes bezahlen. Es sollte das im eigensten Interesse selbst tun, denn auf die Dauer zahlt das Kapital für die brachliegenden Kräfte mehr, als die baldmöglichste volle Beschäftigung in den Betrieben kostet. Der Weg ist derselbe, der schon vor über einem Jahre gegangen werden mußte und die Verschärfung der Arbeitsmarktkrise verhindert hätte. Wie die Rationalisierungsgewinne von vornherein nur in niedrigeren Preisen, größerem Umsatz, wachsender Beschäftigung trotz Leistungssteigerung pro Kopf sich hätten auswirken müssen, so müssen heute die Rationalisierungsgewinne in Kaufkraftgewinne umgewandelt werden.

Von sich aus wird das Privatkapital das nicht tun. Da es aber geschehen muß, kann es nur im Kampf gegen das Privatkapital geschehen. Diesen Kampf hat die organisierte Arbeiterschaft zu führen. Solange die Krise auf dem Arbeitsmarkt fortdauert, ist er die Hauptaufgabe der Gewerkschaften. Seine Ziele sind einfach: Lohn- und Gehaltssteigerung, Erhöhung der Unterstützungen, Arbeitszeitverkürzung, Beseitigung der Ueberstunden. Die Macht des gestärkten Privatkapitals hat die Arbeiterschaft nicht zu fürchten; einmal ist die unsichere Konjunktur der Unternehmerfront mindestens ebenso gefährlich wie die Reservearmee der Arbeiterfront. Sodann brauchen die Gewerkschaften nur zielbewußt und energisch auf den verschiedenen Fronten zu kämpfen, vor allem auch in der Aufklärung der öffentlichen Meinung über das volkswirtschaftliche Ziel der Kämpfe und der Machtstärkung der Arbeiterschaft im Staatsapparat, um von vornherein den Unternehmern überlegen zu sein.

Im Reich noch keine Besserung.

Wie aus den Berichten der Landesarbeitsämter hervorgeht, steht der Arbeitsmarkt Mitte Januar in seiner Gesamtheit weiterhin im Zeichen zunehmender Verschlechterung. In landwirtschaftlichen Bezirken hat jedoch die milde Witterung das Tempo der Verschlechterung erheblich verlangsamt, auch die Lage im Baugewerbe hat sich nur ganz langsam weiter verschlechtert. Leicht belebt ist die Situation in der Metall- und Maschinenindustrie. Die Zunahme der Erwerbslosenziffern hat sich etwas verlangsamt, was hauptsächlich auf die teilweise Wiederaufnahme von Außenarbeiten und auf die weitere leichte Besserung in einzelnen Zweigen zurückzuführen ist.

Die Gemeinden unter Ausnahmerecht.

Drosselung der Kommunalanleihen.

Aus einer Denkschrift des Reichsfinanzministeriums kann man ersehen, wie stark die Reichsbehörden dem Schlagwort von der Unproduktivität kommunaler Anleihen in der Zeit vom 1. Januar 1925 bis zum 30. September 1926 Rechnung getragen haben. Danach hat die Beratungsstelle beim Reichsfinanzministerium 115 Millionen Mark landwirtschaftliche Anleihen voll genehmigt, von 464,5 Millionen staatlichen Anleihen wurden 409,2 Millionen befürwortet und durchgeführt, während von den 891,17 Millionen Auslandsanleihen, die Kommunen beantragt haben, gerade die Hälfte, nämlich 459,8 Millionen, genehmigt wurden. Das geschah in derselben Zeit, in der die Belastung der Gemeinden durch die Entwicklung der Wirtschaftslage außerordentlich vergrößert wurde, und auf der anderen Seite die Einnahmen der Gemeinden bei bedeutender Steigerung der von ihnen durchzuführenden Aufgaben zurückgingen. Im Gegensatz zu dieser rigorosen Drosselung der Kapitalbeschaffung der Gemeinden steht die Befürwortung von Industrieanleihen, bei denen von 238,5 Millionen 213,3 Millionen genehmigt worden sind, wobei die geringfügigen Kürzungen sich wieder auf öffentliche Banken bzw. Unternehmungen bezogen. So wurden die Anträge der Sächsischen Landespfandbriefanstalt um 5 Millionen Dollar, die des Bezirksverbandes oberschlesischer Elektrizitätswerke um 1 Million Dollar gekürzt, so daß sich für die privaten Industrieanleihen überhaupt keine Kürzung ergibt. Man darf daraus schließen, daß die privaten Industrieanleihen überhaupt keiner Kontrolle unterstehen, obwohl die letzten Jahre bewiesen haben, daß hier die Kontrolle sehr viel zweckmäßiger gewesen wäre, als bei den Kommunen, deren Anleihepläne ohnehin vorher die zahlreichen Aufsichtsinstanzen durchlaufen müssen.

Ganz besonders auffällig sind die Kürzungen gegenüber den öffentlichen Banken. So hatte der Deutsche Sparkassen- und Giroverband, dem allerdings die Reichsbank lange nicht grün war, eine Kürzung seiner Anträge auf fast ein Drittel zu verzeichnen. Ebenso wurde die Landesbank der Rheinprovinz behandelt. Von der 15-Millionen-Dollar-Anleihe der Stadt Dresden wurden nur 5 Millionen anerkannt und aufgelegt. Wir wissen nicht, ob diese Stellen diese hohen Beträge tatsächlich benötigten. Es wäre aber ein Zeichen größten und berechtigten Mißtrauens in die Objektivität der Beratungsstellen, wenn diese Stellen, um überhaupt etwas zu bekommen, ihre Anträge von vornherein hätten überspannen müssen.

Die Sozialdemokratische Partei hat schon immer auf das schärfste gegen die Schlechterbehandlung der Gemeinden protestiert und die Aufhebung der ganz unangebrachten Sonderkontrolle gefordert. Daß die Gemeinden unter Ausnahmerecht gestellt werden, ist ein Zustand, der für das Ansehen der Reichsbehörden absolut untragbar ist. Die Sonderbehandlung der Gemeinden und die Bevorzugung des Privatkapitals ist allerdings eine Erscheinung, die vortrefflich in die offizielle Wirtschaftspolitik der Behörden paßt, die gegenüber dem Privatkapital immer beide Augen zudrücken, die Taschen dafür aber offenhalten.

Güterbeförderung der Reichsbahn.

Für die 6 Tage der ersten Jahreswoche meldet die Reichsbahn eine arbeitstägliche Gestellung von 120 200 Wagen gegen 120 400 in der vorhergehenden Woche. In der Tabelle ist zu beachten, daß die beiden vorhergehenden Wochen nur je 5 Arbeitstage aufweisen.

Woche	(In 1000 Stück) wöchentlich		durchschnittlich pro Arbeitstag	
	1926	1925	1926	1925
26. 9.— 2. 10.	859,3	785,6	143,2	130,9
3. 10.— 9. 10.	880,3	803,4	146,7	133,9
10. 10.—16. 10.	901,9	835,2	150,3	139,2
17. 10.—23. 10.	931,4	841,1	155,2	140,2
24. 10.—30. 10.	950,1	842,7	158,3	140,5
31. 10.— 6. 11.	900,3	822,2	150,0	137,0
7. 11.—13. 11.	943,2	806,7	157,2	134,5
14. 11.—20. 11.	848,4	716,6	169,7	143,3
21. 11 —27. 11.	939,5	793,4	156,6	132,2
28. 11.— 4. 12.	907,2	731,4	151,2	122,0
5. 12.—11. 12.	881,0	702,4	146,8	117,1
12. 12.—18. 12.	872,4	717,1	145,4	119,5
19. 12.—25. 12.	662,3	454,6	132,5	113,6
26. 12.— 1. 1.	602,0	500,2	120,4	100,0
	1927	1926	1927	1926
2. 1.— 8. 1.	721,3	602,2	120,2	100,3

Die seit Mitte November sinkende Kurve der Wagengestellung ist also weiter rückgängig geblieben. Wenn der Rückgang auch gering war, so ist die sinkende Tendenz noch nicht aufgehoben.

Teilkonjunktur in der Waggonindustrie. Die Gebr. Schöndorff A.-G. in Düsseldorf verzeichnet im Waggonbau die üblichen Schwierigkeiten, unter denen die gesamte Waggonindustrie zu leiden hat. Dagegen ist die Abteilung Holzbearbeitung, die von der Wirtschaftskrise des Jahres 1926 nach dem Geschäftsbericht nur eine „vorübergehende Geschäftsstille" zu spüren bekommen hat, schon wieder befriedigend und zu auskömmlichen Preisen beschäftigt. Weitere große Aufträge, die die Vollbeschäftigung bis Ende 1927 sicherstellen, sind bestimmt zu erwarten. Nachdem erst Ende 1925 eine Sanierung der Gesellschaft (früher Sichel-Konzern) durch Kapitalverringerung auf ein Drittel erforderlich war, konnte im Geschäftsjahr 1925/26 wieder, bei einem nunmehr um 1,34 Millionen auf 3,60 Millionen Mark erhöhten Aktienkapital, ein Bruttogewinn von 260 764 Mark erzielt werden. Davon wurden 218 760 Mark zu Abschreibungen verwandt und 42 004 Mark als Reingewinn auf neue Rechnung vorgetragen.

Förderung und Arbeitslage im Ruhrbergbau. Die Steinkohlenförderung im Ruhrgebiet lag im Monat Dezember mit 10,67 Millionen Tonnen noch höher als im Glanzmonat November, in dem nur 10,44 Millionen Tonnen gefördert worden sind. Gegenüber dem Dezember 1925 mit 8,66 Millionen Tonnen, bedeutet das eine Steigerung um fast 25 Proz.; die Dezemberförderung von 1913 ist ebenfalls noch um volle 15 Proz. übertroffen. Entsprechend hoch liegen die Ziffern für die Koksherstellung mit 2,39 Millionen Tonnen gegen 2,20 Millionen im November und 2,10 Millionen im Dezember 1913. Auch die Brikettherstellung hat mit 355 000 Tonnen die Ziffer vom Dezember 1913 fast erreicht. Die Gesamtförderung im Jahre 1926 mit 112,11 Millionen hat die Förderung 1925 mit 104,06 Millionen Tonnen beträchtlich überstiegen und die von 1913 mit 114,55 Millionen fast erreicht. Die Kokserzeugung des Jahres 1926 betrug 22,19 gegen 22,60 Millionen im Vorjahr, die Brikettherstellung 3,78 gegen 3,54 Millionen Tonnen. An Arbeitern waren Ende Dezember beschäftigt 411 214 Mann gegen 407 512 Ende November. Im Jahresdurchschnitt 1926 betrug die Beschäftigtenzahl 385 153 gegen 432 691 im Jahre 1925. Wie man sieht, hat das Jahr 1926 eine ganz gewaltige Leistungssteigerung pro Kopf erbracht, die unter Berücksichtigung der erhöhten Förderung auf etwa 20 Proz. anzuschlagen ist.

Gemeinden als Mitglieder von Konsumvereinen. Die Stadt Zwickau wurde Mitglied des Konsumvereins für Zwickau und Umgegend, der zu Weihnachten für die Erwerbslosen 1200 Stollen zu je zwei Pfund lieferte.

Weitere Dämpfung von Hochöfen in Frankreich. Wie aus Paris gemeldet wird, haben die früheren Rombacher Hüttenwerke in Lothringen wieder zwei Hochöfen stillgelegt. Von den 12 Hochöfen der Gesellschaft bleiben damit nur noch 7 unter Feuer.

Geldmarkt und Wirtschaftslage.

Reichsbank schwach. — Bankengelder wieder ins Ausland.

Nicht nur für die Frage, ob die Diskontherabsetzung bankpolitisch gerechtfertigt war, sondern auch für die Beurteilung der gegenwärtigen Wirtschaftslage ist die Inanspruchnahme der Reichsbank in der ersten Woche nach der Diskontherabsetzung von Bedeutung. Wenn man die Diskontfrage rein kreditpolitisch ansieht, so wird die Ermäßigung des Diskonts durch den Reichsbankausweis zum 15. Januar durchaus gerechtfertigt. Die gesamte Kapitalanlage (Wechsel und Schecks, Lombards und Effekten) hat sich um 200,1 auf 1608,9 Millionen verringert. Die Wechselbestände, die man früher als das wichtigste Merkmal für den Kreditbedarf der Wirtschaft ansah, sind um den sehr hohen Betrag von 189,2 auf 1505,2 Millionen gesunken. Die Lombarddarlehen zeigen eine Senkung um 9,8 auf 14 Millionen, wobei allerdings berücksichtigt werden muß, daß durch die Nichtermäßigung des Lombardsatzes die Pfandkredite relativ verteuert worden sind. Auf der anderen Seite sind die nichtverzinslichen Kundengelder der Reichsbank auf Girokonto sehr erheblich und zwar um 169,9 auf 1012,7 Millionen angewachsen, ein Betrag, der seit längerer Zeit um die Monatsmitte nicht erreicht worden war.

Aus dieser starken Entlastung der Reichsbank ergibt sich angesichts der Tatsache, daß die Verbindung der Reichsbank mit dem Geldmarkt heute doch unvergleichlich viel enger ist als früher, für die Wirtschaftslage kein günstiger Schluß. In Uebereinstimmung mit den Verhältnissen auf dem Arbeitsmarkt muß vielmehr gesagt werden, daß diese Entlastung als neues Zeichen der noch keineswegs überwundenen wirtschaftlichen Depression angesprochen werden muß. Der Rückgang des Zahlungsmittelumlaufs (der Reichsbanknotenumlauf sank um 303,7 auf 3133,1 Millionen, der an Rentenbankscheinen um 43,7 auf 1047,3 Millionen) ist natürlich für die Vorgänge auf den Reichsbankkonten nur der einfache Reflex, aber er beweist auch, daß die Wirtschaft für den großen Umlauf an Zahlungsmitteln heute keine Verwendung hat. Auf den übrigen Konten der Reichsbank sind die Veränderungen gering, nach wie vor sind weder Reichsschatzwechsel ins Portefeuille genommen, noch Reichsschatzwechsel beliehen worden, die Vorräte an deckungsfähigen Devisen sind um 12,2 auf 501 Millionen gesunken, während die Goldbestände dieses Mal nur um 3,4 auf 1834,5 Millionen gestiegen sind. Die Deckung der Reichsbanknoten durch Gold und deckungsfähige Devisen machte infolge der Zahlungsmittelrückflüsse einen kräftigen Sprung nach aufwärts. Sie stieg von 68,2 auf 74,5 Proz., während die Notendeckung durch Gold allein sich von 53,3 auf 58,6 Proz. besserte. Es sind riesige Beträge, die bei der Reichsbank als Notendeckung leider ertragslos ruhen; die Vorratsgröße beweist aber, wie stark sich die Reichsbank für alle Zwischenfälle der Wirtschaftsentwicklung sichern zu müssen glaubt.

Zur Beurteilung der Wirtschaftslage sind auch noch einige andere Momente sehr beachtlich. Auf den Börsen herrscht wieder Hochbetrieb, die Kurse streben jenem höchsten Niveau zu, das vor etwa zwei Monaten erreicht worden war, und die bei den Banken und in der Wirtschaft verfügbaren Gelder sind wieder so umfangreich geworden, daß die Banken in kurzer Zeit den Diskontsatz für Finanzwechsel zweimal auf 4 Proz. ermäßigen konnten, womit der Privatdiskontsatz wieder ein volles Prozent unter dem Reichsbanksatz liegt, und daß deutsche Wirtschaftsgelder wieder dem Ausland geliehen werden müssen, weil sie im Inland keine Verwendung finden. Die Geldfülle und die Börsenspekulation wären natürlich sehr viel weniger groß, d. h. die Wirtschaft hätte für die Gelder zur stärkeren Beschäftigung der Betriebe mehr Verwendung, wenn die Zinsen für die letzten Kreditnehmer mit acht und mehr Prozent nicht noch empfindlich hoch lägen. Die Spanne zwischen den von den Banken für Einlagen vergüteten und den für Wirtschaftskredite geforderten Zinsen ist mit 5½ bis 6 Proz. eben noch zu groß.

Unter diesen Gesichtspunkten ist es besonders erfreulich, daß wenigstens die Zinssätze für den Realkredit mit infolge der Diskontherabsetzung weiter ermäßigt worden sind. Nachdem vor kurzem die Hypothekenbanken erst mit der Ausgabe von sechsprozentigen Pfandbriefen begonnen hatten, ist jetzt die Preußische Zentralstadtschaft Berlin mit 10 Millionen fünfprozentigen Goldpfandbriefen auf dem Wege zum Handel und zu den Börsen, womit auch die Gewährung langfristiger Hypotheken eine erhebliche Verbilligung erfährt. Als einfache Konsequenz allerdings der Diskontermäßigung wird man die Zinsermäßigungen der Deutschen Rentenbank und der Rentenbankkreditanstalt für Personalkredite anzusehen haben, die nunmehr auf 5 Proz. und für die Zwischenstellen auf 4½ und 4 Proz. herabgesetzt worden sind. Die Höchstzinssätze, die die Landwirte bei den letzten Kreditgebern für diese Sonderkredite zu zahlen haben, liegen damit bei 7¼ Proz. einschließlich aller Provisionen.